

17. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2006

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

■ Solidarische Ökonomie
und gerechter Preis

■ Klimawandel - Aufforderung
zum Sinneswandel

■ Doppelgängerproblematik
im sozialen Leben

■ Betrachtungen,
Berichte, Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen _____	3
Solidarische Ökonomie - Die Frage nach dem gerechten Preis Fairer Handel und die Notwendigkeit einer solidarischen Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung (C. Strawe) _____	5
Klimawandel - Aufruf zum Sinneswandel (Wilhelm Neurohr) _____	13
Der Wanderer und sein Schatten Die Doppelgängerproblematik und ihre Bedeutung im sozialen Leben - Doppelgängerwirksamkeiten im Zeitgeschehen (Christoph Strawe) _____	16
Berichte und Betrachtungen	
Kongress Solidarische Ökonomie (C. Strawe) _____	22
Friedensnobelpreis für Mohammed Yunus _____	23
Service public (Michael Rist) _____	24
Regionalwährungen (Anton Kimpfler) _____	24
Strömungen in der öffentlichen Debatte über das Grundeinkommen (C. Strawe) _____	25
Hochschulen sind keine Marktunternehmen! _____	27
Freies Geistesleben im Sozialstaat (Michael Opielka) _____	29
Alternativer Nobelpreis für Chico Whitaker _____	30
EU-Verfassungsvertrag (C. Strawe) _____	30
Demokratiebewegung _____	31
Termine und Initiativen	
Weltsozialforum in Nairobi _____	32
Konferenz „Europe - Not without the people“! _____	32
Stuttgarter Tagung „EUropa - Traum oder Alptraum im Osten?“ _____	33
Tagungen in Achberg _____	34
Aktionen zu G8-Gipfel und Bahnprivatisierung, Saatguttagung, Gentechnik-Kongress. _____	35
Europäische Allianz für angewandte Anthroposophie ELIANT _____	36
Trainingswoche mit N. Perlas, Verschiedenes _____	38
Literaturhinweise _____	39
Kostenausgleich - Etat 2007 _____	41
Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ _____	43

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus.
Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Haß-
mannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950,
Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.
sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr.
Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister,
Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen
vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kosten-
beitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-). Zahlungen bitte durch
Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto
Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE
65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST).
Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD
können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen
Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni,
Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Wieder geht ein Jahr dem Ende zu. Es war ein Jahr, in dem viel Arbeit geleistet werden musste, ein Jahr auch, in dem die Lage in der Welt zu großer Sorge Anlass gegeben hat. Wir haben uns bemüht, nach Kräften zu sozialer Erneuerung beizutragen oder wenigstens Einstiegspunkte in eine Entwicklung hin zu einer neuen Welt zu finden und offenzuhalten.

An vielen verschiedenen Stellen sind Einzelne von uns aktiv geworden: Im gesellschaftlichen Diskurs über ein bedingungsloses Grundeinkommen, in den Auseinandersetzungen um die Freiheit des Schulwesens und seine solidarische Finanzierung, als Teilnehmer an der Selbstverwaltung in den verschiedensten Einrichtungen in freier Trägerschaft, in der Bewegung für die Erweiterung der Demokratie und die Bewahrung der Umwelt, im Ringen um die künftige Verfasstheit Europas, im Einsatz für eine ökologische Landwirtschaft, im Kampf gegen die Agro-Gentechnik, im Ringen um eine soziale Geldordnung, in Regionalgeld-Initiativen und für ein neues Bankwesen - und in vielen anderen Bewegungen, nicht zuletzt auch in Zusammenarbeitsinitiativen im Wirtschaftlichen.

Eine Wirtschaftsform, die nicht auf dem Gegeneinander beruht, sondern auf dem Miteinander und der Sorge um würdige materielle Existenzbedingungen der Menschen, kann man als Solidarische Ökonomie bezeichnen. Solidarische Ökonomie ist ein Schwerpunkt des Heftes, das wenige Wochen nach einem Kongress zu diesem Thema erscheint, bei dem 1400 Menschen in der Technischen Universität Berlin zusammengekommen waren. Der Hauptartikel zum Thema geht von der Frage des „gerechten Preises“ aus und betrachtet insbesondere das Zukunftspotenzial des fairen Handels. Ein zweiter Schwerpunkt ist die drohende Klimakatastrophe als Aufforderung zum Umdenken. Der Aufsatz „Der Wanderer und sein Schatten“ ist der Versuch, einen inneren Aspekt der sozialen Frage besser zu verstehen, der viel stärker ins alltägliche soziale Leben hineinspielt, als man sich gewöhnlich bewusst macht.

Ein besonderer Aspekt der solidarischen Ökonomie besteht in unserem jährlichen Kostenausgleich. Ohne die Solidarität der Freundinnen und Freunde, die sich daran beteiligen, wäre die Arbeit, die im Rahmen der Initiative Netzwerk Dreigliederung nun schon seit dem Jahr 1989 geleistet wird, nicht möglich. Dafür bin ich Ihnen allen immer wieder aufs Neue dankbar. Zugleich erbitte ich die Unterstützung für das kommende Jahr 2007. Sie finden den Etat und Erläuterungen zum Kostenausgleichsverfahren am Ende des Heftes.

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich friedvolle Feiertage und alle Gute im neuen Jahr!

Ihr



Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Die Zerstörung der Twin-Towers des World Trade Center am 11. September 2001 jährt sich zum 5. Mal +++ Massive Proteste in der islamischen Welt gegen eine Rede des Papstes an der Universität Regensburg zum Thema Glaube und Vernunft, bei der Benedikt die Aussage eines byzantinischen Kaisers aus dem 14. Jahrhundert zitiert, Mohammed habe der Welt nur Übles gebracht. Der Vatikan bemüht sich um Schadensbegrenzung, der Papst habe zitiert, ohne sich den Inhalt des Zitats selbst zu eigen machen zu wollen +++ 50. Jahrestag des Volksaufstandes in Ungarn 1956, der von der Sowjetarmee blutig niedergeschlagen wurde +++ Unruhen in Budapest, ausgelöst durch das Eingeständnis des Regierungschefs, im Wahlkampf mit Unwahrheiten operiert zu haben +++ Repräsentantenhaus und Senat der USA stimmen einem Gesetzentwurf zu, der zwar brutale Verhöre verbietet, jedoch faktisch auf eine Lockerung des Folterverbots hinausläuft +++ In Thailand stürzt das Militär die Regierung, der Korruption vorgeworfen wird. Der Putsch verläuft weitgehend friedlich, die Militärs kündigen Neuwahlen an +++ Die Koalitionsregierung in Polen zerbricht +++ Sieg der bürgerlich-konservativen Kräfte bei den Parlamentswahlen in Schweden +++ 23 Menschen kommen ums Leben, als der Transrapid-Magnetschwebezug auf der Teststrecke im Emsland auf eine Arbeitsplattform prallt. Als Unglücksursache wird menschliches Versagen angenommen +++ Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. In den Schweriner Landtag zieht die neofaschistische NPD mit einem Stimmenanteil von 7 Prozent ein, es kommt zu einer großen Koalition von CDU und SPD, letztere bleibt stärkste Partei. In Berlin kommt es erneut zu einer rot-roten Koalition, nach dem Abstimmungsergebnis wäre auch Rot-Grün möglich gewesen +++ Streit über die Absetzung der Berliner Inszenierung von Mozarts „Idomeneo“ aus Sorge vor islamistischen Anschlägen +++ Deutschlands Innenminister Schäuble lädt die Vertreter muslimischer Gemeinden in Deutschland zu einer Islam-Konferenz. Sie soll der Integration dienen +++ Eine Mehrheit im deutschen Bundestag verlängert das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan +++ In einer Volksabstimmung schränken die BürgerInnen der Schweiz das Asylrecht ein. Unter anderem sollen Flüchtlinge, die keinen Ausweis besitzen, generell zurückgewiesen werden +++ Bei den Parlamentswahlen in Österreich überholt die SPÖ die konservative ÖVP in der Wählergunst. Verhandlungen zur Bildung einer großen Koalition verlaufen schleppend +++ Die taiwanesishe Firma BenQ-Mobile will für die von Siemens übernommene Handy-Sparte Insolvenz anmelden, womit der Verlust der Arbeitsplätze in Deutschland droht. Siemens hatte den Verkauf damit begründet, dass damit Arbeitsplätze gesichert würden +++ Die Verzögerung der Auslieferung des Airbus A 380 führt zu einer Krise des Unternehmens, von der für notwendig erachteten Umstrukturierung könnte unter Umständen der Standort Hamburg betroffen sein +++ Tod des Industriellen Friedrich Karl Flick. Mit seinem Namen war ein großer Parteispandenskanal verbunden +++

Die Koalitionsspitzen einigen sich im Gesundheitsstreit. Der geplante Gesundheitsfonds soll jetzt erst 2009 eingerichtet werden +++ Nordkorea meldet den erfolgreichen Test einer Atombombe, die UN drohen mit Sanktionen, die dann auch beschlossen werden. Später erklärt sich Nordkorea zu einer Wiederaufnahme der Sechs-Parteien-Gespräche über sein Atomprogramm bereit +++ In Moskau wird die Journalistin Anna Politkowskaja erschossen. Sie hatte immer wieder auf Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien hingewiesen. Der Mord wird vielfach als Symptom für die Lage der Demokratie in Russland interpretiert +++ Der Bewilligungsausschuss von Bund und Ländern wählt die Universitäten München und Karlsruhe sowie die TU München zur Förderung als Elitehochschulen aus +++ Der UN-Sicherheitsrat nominiert den südkoreanischen Außen- und Handelsminister Ban Ki Moon als Nachfolger von Kofi Annan im Amt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, deren Generalversammlung stimmt der Nominierung zu +++ Mohammed Yunus, Gründer Grameen-Bank in Bangla Desh, erhält überraschend den diesjährigen Friedensnobelpreis. Der Literaturnobelpreis geht an den türkischen Schriftsteller Orhan Pamuk +++ Chico Whitaker, Mitbegründer des Weltsozialforums, erhält in diesem Jahr den Alternativen Nobelpreis (Right Livelihood Award) +++ Das Bundesverfassungsgericht weist eine Klage des Landes Berlin auf finanzielle Hilfe des Bundes beim Abtragen seiner Schuldenlast von 60 Milliarden Euro ab +++ Der Deutsche Murat Kurnaz, der vier Jahre in Guantanamo inhaftiert war und dann freigelassen wurde, beschuldigt in einer Fernsehsendung deutsche Elitesoldaten, ihn nach seiner Verhaftung in Afghanistan misshandelt zu haben +++ Zunehmende Fälle von Kindesmisshandlungen führen zu einer Debatte über eine Verstärkung des Schutzes durch die Behörden +++ „Unterschicht-Debatte“ in Deutschland, ausgelöst durch eine Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung +++ Die Bildzeitung veröffentlicht Bilder über Totenschändungen durch deutsche Soldaten in Afghanistan +++ Israelische Kampfjets feuern Warnschüsse gegen ein deutsches Marineboot vor der libanesischen Küste. In einem Telefonat mit der Bundeskanzlerin bedauert Israels Regierungschef Olmert die Vorfälle +++ Der deutsche Verteidigungsminister Jung kündigt den schrittweisen Rückzug der Bundeswehr aus Bosnien an +++ Der deutsche Präsident Köhler verweigert aus verfassungsrechtlichen Gründen die Unterzeichnung eines Gesetzes über die Privatisierung der Flugsicherung +++ Bei den Parlamentswahlen in Brasilien siegt der linksgerichtete Amtsinhaber Lula da Silva +++ Daniel Ortega wird in Nicaragua zum Präsidenten gewählt, 16 Jahre nach dem Machtverlust der Sandinisten +++ Staatsbesuch des polnischen Ministerpräsidenten in Berlin +++ Die Arbeitslosenzahl in Deutschland sinkt auf 4,1 Millionen +++ Der Bund wird Steuermehreinnahmen von 40 Milliarden über die bisher erwarteten Einnahmen hinaus haben. Dies soll genutzt werden, um die Neuverschuldung deutlich zu reduzieren +++ Unternehmenssteuerreform: Die deutsche Bundesregierung beschließt, die Steuerlast für Unternehmen um jährlich fünf Milliarden Euro zu vermindern +++ Laut ARD-Deutschlandtrend gibt es erstmals eine Mehrheit von 51 Prozent der Menschen, die äußert, mit der Demokratie weniger oder gar nicht zufrieden zu sein +++ Neuauflage des Mannesmann-Prozesses, bei

* 11. September bis 9. Dezember 2006

dem es um Veruntreuungen bei der Übernahme durch den britischen Konkurrenten Vodafone geht. Mannesmann-Vorstandsvorsitzender Esser hatte damals eine Abfindung von 30 Millionen Euro erhalten. Der Düsseldorf-Prozess wird schließlich ohne Urteil gegen Bußgeldzahlungen der angeklagten Spitzenmanager eingestellt +++ +++ Kompromiss in der Auseinandersetzung um den Börsengang der Bahn: Das Schienennetz soll jetzt beim Bund bleiben, allerdings der Deutschen Bahn AG auf mehrere Jahre übertragen werden und auch in ihrer Bilanz erscheinen können +++ Ein Sondertribunal verurteilt Saddam Hussein zum Tode durch den Strang +++ Kongresswahlen in den USA. Die Demokraten gewinnen die Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld tritt daraufhin zurück, sein Nachfolger wird der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates. Neben dem Debakel im Irak haben den gewöhnlich als besonders sittenstreng auftretenden Republikanern auch Enthüllungen über Sex-Affären in ihren Reihen geschadet +++ Gipfeltreffen zwischen den afrikanischen Staaten und China in Peking +++ Stühlerücken in deutschen Großkonzernen: Bei VW muss - offenbar auf Betreiben des Aufsichtsratsvorsitzenden Piëch - Vorstandschef Pischetsrieder gehen, Nachfolger wird der bisherige Audi-Chef Winterkorn. Bei der deutschen Telekom löst René Obermann Vorstandschef Ricke ab +++ Ein Stromausfall schneidet mehr als eine Million Menschen in mehreren europäischen Ländern für etwa eine Stunde von der Stromzufuhr ab +++ Tod des ehemaligen Spionagechefs der DDR Markus Wolf und des ehemaligen südafrikanischen Staatschefs Botha +++ Kein Durchbruch im Kampf gegen die Erderwärmung: Bei der Klimakonferenz in Nairobi/Kenia können sich die Staaten nicht auf neue stringenteren Regeln für den Ausstoß an CO₂ einigen. Auch wurde kein Mandat für ein Kyoto-Folgeabkommen vereinbart. Wie es mit dem Kyoto-Protokoll weitergeht, kann nun frühestens in einem Jahr entschieden werden. Das Kyoto-Abkommen läuft im Jahr 2012 aus +++ Der Irak kommt nicht zur Ruhe: Terrorkommandos verschleppen und töten zahlreiche Menschen +++ Neue Entwicklung im Fall Motassadeq: Nachdem der Bundesgerichtshof ihn der Beihilfe zum Mord bei den Abschlagen vom 11. September für schuldig hält, muss das OLG Hamburg sein Urteil revidieren, das nur von der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung ausging +++ Zur Präsidentschaftskandidatin der sozialistischen Partei Frankreichs für die Wahlen im April wird mit großer Mehrheit in einer parteiinternen Abstimmung Ségolène Royal nominiert +++ Der Ökonom Milton Friedman stirbt im Alter von 94 Jahren. Der Nobelpreisträger war Vordenker eines radikalen Neoliberalismus und beriet Ronald Reagan und Margaret Thatcher +++ Die deutschen Innenminister einigen sich auf eine Regelung für sogenannte geduldete Ausländer. Wer schon längere Zeit in Deutschland lebt und einen Arbeitsplatz nachweist, kann das Bleiberecht erhalten +++ Amtsinhaber Joseph Kabila gewinnt die Präsidentschaftswahl im Kongo mit 58 Prozent der Stimmen. Herausforderer Jean-Pierre Bemba erhält 42 Prozent. Die Wahlbeteiligung liegt bei gut 65 Prozent. Bemba legt gegen das Wahlergebnis Einspruch ein +++ Der „Spiegel“ veröffentlicht einen Bericht der deutschen Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS), wonach das Atomkraft-

werk im schwedischen Forsmark nur 18 Minuten vor einer Kernschmelze gestanden habe. Der AKW-Betreiberkonzern Vattenfall bezeichnet den Bericht als falsch +++ Lopez Obrador, nach offiziellen Angaben bei den Präsidentschaftswahlen in Mexiko dem Wirtschaftsliberalen Felipe Calderon knapp unterlegen, erkennt dieses Ergebnis nicht an und lässt sich zum „moralisch-legitimen“ Gegenpräsidenten ausrufen +++ Straßenschlachten im mexikanischen Oaxaca +++ Die Korruptionsaffäre im Siemens-Konzern weitet sich aus +++ Nach UN-Angaben steigt die Zahl der AIDS-infizierten Menschen auf weltweit fast 40 Millionen +++ Starke Gewinne der Sozialisten bei Wahlen in den Niederlanden, die Christdemokratien bleiben stärkste Partei +++ Ermordung des christlich-libanesischen Politikers Pierre Gemayel. Er bekleidete das Amt des Industrieministers +++ In London wird ein ehemaliger russischer Geheimdienstmitarbeiter mit radioaktivem Material vergiftet, das Opfer beschuldigt vor seinem Tod den russischen Geheimdienst und Präsident Putin +++ Amoklauf eines ehemaligen Schülers in einer Schule in Emsdetten, elf Menschen werden verletzt, der Täter tötet sich selbst +++ Im Gefängnis Siegburg wird ein Jugendlicher von Mitgefangenen zu Tode gefoltert +++ CDU-Parteitag in Dresden +++ Die Zahl der offiziell als arbeitslos Gemeldeten liegt erstmals seit Jahren knapp unter 4 Millionen, was von offizieller Seite als „Wende am Arbeitsmarkt“ gefeiert wird +++ Bei seinem Türkei-Besuch wirbt Papst Benedikt für einen Dialog der Kulturen und bekundet demonstrativ Respekt für den Islam, was in der Öffentlichkeit des Landes ein positives Echo findet. Der eigentliche Anlass des Besuchs ist der Versuch einer Annäherung gegenüber den orthodoxen Christen +++ Nato-Gipfel in Riga +++ Linksruck in Ecuador, wo Rafael Correa die Präsidentschaftswahlen gewinnt +++ Ärzteproteste gegen die Gesundheitsreform, die Gesundheitsministerin heizt die Auseinandersetzung an, indem sie von einer „Geiselnhaft für Patienten“ spricht +++ Anhänger der Hisbollah demonstrieren tagelang gegen die libanesischen Regierung +++ Bundesaußenminister Steinmeier führt Gespräche mit der syrischen Regierung +++ In Venezuela entscheidet der linke Präsident Hugo Chavez die Wahlen klar für sich +++ Parteitag der Grünen in Köln +++ Im amerikanischen Senat sagt der designierte Verteidigungsminister Robert Gates bei einer Anhörung auf die Frage „Gewinnen wir im Irak? - „Nein Sir“ +++ Eine Kommission unter Leitung des früheren US-Außenministers Baker rät dringen zu einer Veränderung der Irak-Strategie der USA. Die Truppen sollten schrittweise abgezogen und Gespräche mit Syrien und dem Iran geführt werden. Außerdem solle die Regierung sich mehr für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts kümmern +++ Die deutsche Bundesregierung macht sich für die Einführung eines sogenannten Investivlohns für Arbeitnehmer stark +++ Ein bundeseinheitliches Rauchverbot scheitert an verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der Befugnisse von Bund und Ländern, - aus ähnlichen Gründen stoppt Bundespräsident Köhler das neue Verbraucherinformationsgesetz +++ Nach Amok-Drohungen im Internet warnt der baden-württembergische Kultusminister Rau die Schulen des Landes, mehrere Schulen werden zunächst geschlossen +++

Solidarische Ökonomie

Die Frage nach dem gerechten Preis

Fairer Handel und die Notwendigkeit einer solidarischen Ökonomie im Zeitalter der Globalisierung*

Christoph Strawe

Fairer Handel genießt zunehmende Sympathien in unserer Gesellschaft. Denn eine wachsende Zahl von Verbrauchern bezieht nicht nur ökologische, sondern auch soziale Gesichtspunkte in ihre Kaufentscheidung ein. „Fair feels good“ lautet die Parole. Pioniere des fairen Handels sind die Weltläden, deren Arbeit nicht hoch genug geschätzt werden kann. Heute sind fair gehandelte Produkte auch in den großen Supermarktketten angekommen.

„Fair“ ist das Gegenteil von „unfair“, ungerecht. Es geht im Kern um eine gerechtere Preisbildung, die den Produzenten in den Ländern des Südens bessere Lebenschancen geben soll. Diese Absicht wird wohl kaum jemand kritisieren, das Konzept des gerechten Preises indes wird von den allermeisten Vertretern der Ökonomenzunft für nicht praktikabel gehalten. Es gebe keine Möglichkeit zur Bestimmung eines „gerechten“ Preises, nur von marktgerechten Preisen könne die Rede sein.

Der Preisaufschlag über den Weltmarktpreis im fairen Handel muss dieser Denkweise als in den Preis einge-

* Der folgende Artikel basiert auf Ausführungen, die ich am 4. November bei einer Veranstaltung des Weltladens Fulda, die vom Evangelischen Entwicklungsdienst EED gefördert wurde, und bei einer Tagung des studentischen Arbeitskreises „Postautaristische Ökonomie“ am 11. November in Berlin gemacht hat. An einigen Stellen konnte ich mich dabei auch auf Ausführungen stützen, die Prof. Harald Spehl bei einer gemeinsamen Veranstaltung Anfang Oktober in Unterlengenhardt im Rahmen des Studiengangs Sozialentwicklung gemacht hat. Wer eine grundlegende Einführung in den Arbeitsansatz der assoziativ-solidarischen Ökonomie sucht, findet diesen in dem Buch von Udo Herrmannstorfer: *Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft*. Stuttgart, 3. Auflage 1997.

rechnete verdeckte Spende erscheinen, die mit Caritas, nicht aber mit Ökonomie zu tun hat. Die Parole der Weltläden „Gerechtigkeit statt Mitleid“ kann dann nur ein mitleidiges Lächeln hervorrufen. Und gesamtgesellschaftlich sehen solche Leute in der Absicht, in der Preisbildung nicht schlicht den „Markt“ wirken zu lassen, sondern die Lebenslagen der Beteiligten einzubeziehen, das Gespenst der Planwirtschaft, die von oben die Wirtschaft mit Normen vergewaltigt. Die ökonomische Globalisierung laufe nun einmal nach anderen Gesetzen ab als denjenigen der von Aristoteles, Thomas von Aquin und anderen Denkern postulierten Preisgerechtigkeit, und wer diese Realität nicht berücksichtige, gerate unter die Räder. Fairer Handel könne allenfalls in der Nische leben.

Gegenüber dieser herrschenden Meinung soll nun im folgenden aufgewiesen werden, dass es gerade die Globalisierung ist, die eine gerechte Preisbildung nicht nur aus ethischen, sondern vor allem aus ökonomischen Gründen immer mehr erforderlich macht.

Wachwerden für die Globalisierung

Erst seit den 90er Jahren ist das Wort Globalisierung in aller Munde. Eine Reihe neuer Phänomene wecken die Öffentlichkeit dafür auf, dass sich entscheidende Veränderungen vollzogen haben. Der Konkurrenzkampf der Standorte tobt. Verteuerten früher hohe Transportkosten Güter aus fernen Kontinenten, so spielt dieser Faktor jetzt eine immer geringere Rolle. Wo alles überall hergestellt werden kann, machen den entscheidenden Unterschied der Standorte die Lohn- und Sozialkosten und die Steuern aus. Zahnersatz aus China wird so lohnend.

Arbeitsplätze werden in großem Stil verlagert, von Deutschland nach Tschechien, von Tschechien nach Rumänien, von Rumänien nach Weißrussland und China. Eine drastische Reduzierung von Steuern und Sozialkosten erscheint vielen als einziger Weg zur Standortsicherung und damit zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Einerseits führt wachsende Produktivität zum Arbeitsplatzabbau, andererseits wird die Konkurrenz um die verbleibende Erwerbsarbeit härter. Die Finanzspekulation blüht. Multinationale Konzerne fusionieren zu noch größeren globalen Playern. Die Umweltprobleme wachsen.

Die Produktivitätsentwicklung als solche ist dabei nicht das Problem: dass wir in kürzerer Zeit mit weniger Arbeitskräften mehr herstellen können, wäre sogar eine riesige Chance, wenn wir die damit verbundenen Umverteilungsprobleme lösen würden. Auch dass Arbeiten in andere Länder verlagert werden, ist nicht an sich ein Unglück - dazu wird es allenfalls dadurch, dass die weltweite Konkurrenz von Sozial- und Steuersystemen eine Abwärtsspirale antreibt, die die sozialen Gegensätze innerhalb der einzelnen Länder und den weltweiten Nord-Süd-Gegensatz ständig weiter verschärft. In 21 Ländern haben sich die Lebensbedingungen zwischen 1990 und 2001 teilweise erheblich verschlechtert, so die UN-Abteilung für die Entwicklung der Menschheit (UNDP) in ihrem Jahresbericht 2003. Allen Kampfansagen gegen die Armut zum Trotz ist die Zahl der

Hungernden weltweit auf 852 Millionen gestiegen, so der UNO-Sonderbeauftragte Jean Ziegler in seinem letzten Bericht.

In Deutschland ist eine Debatte über den Begriff der „Unterschicht“ entbrannt, nachdem Studien ergeben haben, dass die Kluft zwischen oben und unten in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so groß war wie jetzt und dass vor allem Hartz IV-Empfänger zunehmend prekariert werden. Gleichzeitig explodieren die Managergehälter, während das Vertrauen in die Demokratie gefährlich abnimmt, wie Umfragen zeigen.

Die Hoffnung von 1989, auf die „eine Welt“ der Nachhaltigkeit und der Solidarität des Nordens mit dem Süden - nach der Überwindung des Ost-West-Konflikts - haben sich nicht erfüllt. Von den „Angreiferstaaten“ Indien und China war jüngst in einem Artikel eines großen deutschen Nachrichtenmagazins die Rede, gegen die eine Wirtschafts-NATO in Gestalt einer Transatlantischen Freihandelszone gebildet werden müsse.

Globalisierung und Individualisierung

Die Globalisierung drohe den Globus zu zerstückeln, wenn sie nicht gestaltet werde, so der verstorbene Johannes Rau in seiner Berliner Rede als Bundespräsident im Jahre 2002. Aber kann sie überhaupt gestaltet werden? Oder muss man sie schlicht als ein Unglück für die Menschen bekämpfen?

Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was man als das Wesen und den historischen Ort der Globalisierung ansieht. In den 90er Jahren gipfelt im Grunde nur etwas auf, was von Anfang an zu dem Bewusstsein der Erde als „Globus“ gehört, das unsere Neuzeit prägt. Zugleich entsteht aber auch der Mündigkeitsanspruch des einzelnen Menschen, das Streben nach Freiheit und Gleichheit. Globalisierung und Individualisierung gehören insofern zusammen, sind zwei Seiten der gleichen historischen Entwicklung.

Die alten überkommenen Gemeinschaftsverhältnisse werden damit nach zwei Seiten hin aufgebrochen: der Einzelne emanzipiert sich von der Vormundschaft der Gemeinschaft, die Entwicklung der Ökonomie überwindet die Beschränkungen regionaler Selbstversorgung und spannt ein Netzwerk von arbeitsteiligen Zusammenarbeitsverhältnissen über den ganzen Globus aus. Der Demokratie- und Menschenrechtsimpuls kommt auf und erzwingt zunehmend eine Neuordnung des Miteinander der Menschen.

Es liegt in der historischen Tendenz der Globalisierung, dass die Menschheit zunehmend ein Ganzes wird, zugleich aber der Einzelne sich in selbstbestimmter Weise in dieses Ganze einzubringen versucht und seine Beziehungen zu anderen auf der Basis der Gleichheit all dessen, was Menschenantlitz trägt, ordnen will. Das ist eine in der Menschheitsgeschichte noch nie da gewesene Situation mit noch nie da gewesenen Chancen. Wirklichkeit werden diese allerdings nur, wenn die Individualisierung sich nicht im Egoismus festfährt, sondern als verantwortlich gelebte Freiheit wirkt. Insofern liegt ein Schatten über der modernen Entwicklung, mit dem

sich der einzelne Mensch und die gesamte Menschheit immer wieder auseinandersetzen müssen. Der Nord-Süd-Konflikt hängt eben damit zusammen, dass die europäische Expansion massiv gegen die Forderungen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verstoßen hat, die in Europa und Nordamerika erstmals erhoben wurden, die aber dann dem Süden verweigert wurden, der sie heute mit Recht vom Norden einklagt.

Die moderne Ökonomie: Teilung der Arbeit und Fremdversorgung

Die moderne Wirtschaft ist Fremdversorgungswirtschaft, in der wir nicht für uns selbst, sondern objektiv für andere arbeiten - so sehr unser Denken und die gesellschaftlichen Einrichtungen auch noch von der eingewurzelten Selbstversorgungsmentalität geprägt sein mögen. Weil wir in der Arbeitsteilung füreinander tätig sind, ist der modernen Ökonomie das Prinzip der Geschwisterlichkeit oder der Solidarität immanent. In ihrer Tiefe ist sie immer schon solidarische Ökonomie. Ausbeuterei und Profitgier sind daher nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch ökonomisch - verstoßen sie doch gegen das immanente Prinzip der Ökonomie selbst: „... nicht ein Gott, nicht ein sittliches Gesetz, nicht ein Instinkt fordert im modernen wirtschaftlichen Leben den Altruismus im Arbeiten, im Erzeugen der Güter, sondern einfach die moderne Arbeitsteilung.“ (Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, 1922, GA-Nr. 340, 3. Vortrag).

Wie hängt das mit der Frage nach der Preisbildung zusammen? Die moderne Wirtschaft ist Geldwirtschaft, der Geldausdruck des Werts einer Ware bzw. Leistung ist der Preis. Wenn wir zum Beispiel ein Produkt wie den Kaffee nehmen, so spannt sich die Zusammenarbeitskette von der Produktion auf der Plantage bis zum Einzelhandelsgeschäft, wo der Endverbraucher den Kaffee kauft. Dazwischen liegen Stufen der Weiterverarbeitung, des Transports und der Veredelung und der Großhandel. Jede Stufe ist auch wieder Bestandteil anderer Ketten, die Transportstufe z.B. ist Abnehmer der Werftindustrie bzw. der Autoindustrie usw. Es fließt ein Warenstrom von der Produktion zum Endverbrauch, bei dem die Ware, der Kaffee, in eine konsumierbare Form gebracht, „aufgewertet“ wird. Wir sprechen deshalb auch von Wertschöpfungsketten.

Preisformel

„Ein richtiger Preis ist dann vorhanden, wenn jemand für ein Erzeugnis, das er verfertigt hat, so viel als Gegenwert bekommt, dass er seine Bedürfnisse, die Summe seiner Bedürfnisse, worin natürlich eingeschlossen sind die Bedürfnisse derjenigen, die zu ihm gehören, befriedigen kann so lange, bis er wiederum ein gleiches Produkt verfertigt haben wird.“

(Rudolf Steiner: Nationalökonomischer Kurs, 1922, GA-Nr. 340, Sechster Vortrag)

Indem der Kunde sein Portemonnaie zückt und für ein Pfund Kaffee im Laden einen bestimmten Preis bezahlt, setzt er einen Geldstrom in Bewegung, der gegenläufig zum Warenstrom fließt: die Summe, die der Einzelhandel über den Endpreis einnimmt, teilt sich im Rückfluss auf alle Unternehmen auf, die an der Wertschöpfungskette beteiligt sind. Der Einzelhändler zahlt den Großhändler, er zahlt seine Steuern, seine Ladenmiete usw., tätigt seine Investitionen. Was als Ertrag übrigbleibt, kann als Einkommen unter alle Mitarbeiter verteilt werden. Und so geht es weiter auf allen Stufen, bis sich alles in Einkommen aufgelöst hat. Über die mögliche Einkommenshöhe und damit die Lebenslage der Beteiligten wird mit dem Preis eine wesentliche Vorentscheidung getroffen. Auf diesem Wege werden wir mitverantwortlich für die Lebenslage unserer Wirtschaftspartner. Erzielt jemand einen schlechten Preis, d.h. muss er viel arbeiten und bekommt fast nichts dafür, dann geht es ihm schlecht, erzielt er einen im Verhältnis zu seinem Aufwand hohen Preis, geht es ihm gut.

Dadurch ist die Preisfrage die „Kardinalfrage des Wirtschaftslebens“ (Rudolf Steiner). Das Preisgefüge ist daran zu messen, dass es sowohl ermöglicht, unter angemessenen („fairen“) Bedingungen zu leisten und unter ebenfalls angemessenen Bedingungen Leistung in Anspruch zu nehmen (zu kaufen). Erwerbe ich zu billig, beute ich den Produzenten aus, vor allem den am Ende der Kette, an der Naturseite (Rohstoffe, Landwirtschaft usw.), der vorliebnehmen muss mit dem, was übrigbleibt. Verkaufe ich zu teuer, beute ich den Abnehmer aus.

Der „gerechte“ Preis ist so ersichtlich nicht nur eine Gerechtigkeitsfrage, sondern auch eine ökonomische Gleichgewichtsfrage: Ist der Preis zu hoch, kann irgendwann nicht mehr gekauft, ist er zu niedrig, kann irgendwann nicht mehr geleistet werden. Daher ist der gerechte Preis zugleich der ökonomisch „richtige“. Wir werden allerdings noch genauer hinschauen müssen, um was für eine Art Richtigkeit es sich handelt. Man sieht zunächst, dass es in irgendeiner Form zu einer Aufteilung des Endpreises kommen muss, wobei das Nächstliegende wäre, zwischen allen Beteiligten eine Verständigung über die angemessene Marge auf jeder Stufe herbeizuführen. Warum dieses Nächstliegende eine so untergeordnete Rolle in der gegenwärtigen Ökonomie spielt, werden wir noch zu betrachten haben. Ebenso die Frage, wieso heute in der Regel nicht Ertrag geteilt, sondern Arbeit bezahlt wird.

Einen Bestimmungsgrund des Preises haben wir allerdings noch gar nicht betrachtet: Verbilligung durch Senkung des Aufwands. Je mehr aufzuwendende Arbeit, um so höher wird tendenziell der Preis. Einsparung von Arbeitsaufwand durch Intelligenzeinsatz (Arbeitsorganisation, Technik) macht niedrigere Preise möglich. Wichtig ist, sich klarzumachen, dass „Erträge“ die durch die Ersparnis von Arbeit entstehen, nicht zu Lasten anderer gehen. Deshalb darf man hier nicht von Ausbeutung sprechen. Wohl aber kann solcher Produktivitätsgewinn zur Verbesserung der Lage anderer eingesetzt werden, und auch hier ist die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu lösen.

Widerstände gegen notwendige Veränderungen und die Gründe dafür

Woher kommt das Credo der Ökonomen, es gebe keinen gerechten, sondern nur einen marktgerechten Preis, und eine Preisbildung, die auf die Lebenslagen der Beteiligten Rücksicht nimmt, sei eine Illusion?

Es hängt zusammen mit den Widerständen, die sich generell gegen eine moderne Sozialgestaltung erheben. Da ist das Misstrauen in die eigene Fähigkeit, mit Freiheit verantwortlich umzugehen, mehr aber noch das Misstrauen in die entsprechenden Fähigkeiten anderer. Dieses Misstrauen erleben wir auch anderswo: beim Widerstand gegen direkte Formen der Demokratie oder dagegen, eine freies Schulwesen nicht nur als Randerscheinung im Bildungswesen zu dulden, sondern Freiheit und Selbstverwaltung ganz allgemein zum axialen Prinzip des geistig-kulturellen Lebens zu machen.

In der Ökonomie drückt sich dieses Misstrauen in der auf Adam Smith zurückgehende Prämisse aus, der homo oeconomicus sei ein nur nach der Maximierung des eigenen Vorteils und Genusses strebender Egoist. Folglich muss er durch Gewinnerwartungen dazu getrieben werden, etwas zu tun, was Egoisten normalerweise nicht tun: für andere zu arbeiten, wie es die Arbeitsteilung verlangt. Diese, davon ist auch Adam Smith überzeugt, ist die Quelle einer ungeheuren Steigerung der Produktivität und damit des Reichtums.

So ergibt sich ein bestimmtes, bis heute weithin akzeptiertes Modell des Marktes: Angebot - auf höchsten Gewinn aus - und Nachfrage - auf billigsten Erwerb aus - begegnen sich. Die Konkurrenz sorgt dafür, dass nicht die Bäume eines einzelnen Marktteilnehmers in den Himmel wachsen. Vielmehr schleifen sich die Egoisten aneinander ab und hinter dem Rücken der Akteure, wie durch eine unsichtbare Hand bewirkt, tritt eine Verteilung im Sinne des größten möglichen Wohlstands aller ein. Damit dies funktioniert, soll der Staat einerseits die Einhaltung der Konkurrenzregeln erzwingen, aber im übrigen nicht in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen. Verständigungsprozesse über gerechte Preisbildung sind in diesem Modell nicht nur überflüssig, sondern sogar schädlich, denn: Müssen nicht Absprachen zwischen Egoisten prinzipiell zu Lasten Dritter gehen? Sie führen zur Kartellbildung und setzen den Marktmechanismus mit seinen wohltätigen Wirkungen außer Kraft: Preise macht der Markt, und damit basta!

Alternative: Staat oder Markt oder was?

Kritiker eines solchen Marktfundamentalismus haben immer wieder darauf hingewiesen, dass das Marktmodell, das der heutige Neoliberalismus von Adam Smith übernommen und teilweise noch radikalisiert hat, nicht den Realitäten entspreche. Nur die Schaffung sozialer Sicherungssysteme habe im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts das Marktversagen ausgleichen können und das Arbeiterelend verringert. Denker wie Silvio Gesell hielten das Marktmodell zwar im Bereich der Güterproduktion für richtig, vertraten aber die Auffassung, dass die Geld- und Bodenordnung erst verändert werden

müssen, um eine Marktwirtschaft ohne ausbeuterischen Kapitalismus zu ermöglichen.

In Deutschland gilt heute vielen die Situation auf dem Energiemarkt, wo die Liberalisierung mitnichten zu einer Verbilligung geführt hat, als Beweis für das Versagen des Marktes und als Begründung für die Forderung nach einer strengeren strafbewehrten Kartellgesetzgebung, die striktere Genehmigungsregeln für Fusionen einschließt. Auch ruft man nach einer Verschärfung der Verbraucherschutzgesetzgebung als Gegengewicht gegen manipulative Werbung und Umgehung von Grenzwerten für Schadstoffe u.ä. Durch Ökosteuern, Abgaben oder Umweltauflagen müsse man ökologisch schädlichen Wirkungen der Ökonomie beikommen. Das würde natürlich verschärfte Kontrollen erfordern, wogegen wiederum das Argument angeführt wird, dies sei ein erster Schritt in planwirtschaftliche Verhältnisse, die niemand wünschen könne.

Die Gegenthese, die seit Ende der 80er Jahre die Oberhand gewann, lautet: Eine Überregulierung durch den Staat habe die Marktkräfte gefesselt („Staatsversagen“), Deregulierung liege daher im Interesse des Gemeinwohls. Marktmacht sei nur ein vorübergehendes Phänomen, dem man durch Sicherstellung der Wirksamkeit der Konkurrenz begegnen müsse. Eine Überdehnung des Verbraucherschutzes führe zur Bevormundung des Verbrauchers. Gegen Rückwirkungen des Marktgeschehens auf die Natur sei marktwirtschaftlich vorzugehen, indem zusätzliche Märkte geschaffen werden (Beispiel: Handel mit Emissionszertifikaten).

Ausbruch aus dem Zirkel falscher Alternativen

Alle diese Debatten bewegen sich im Spannungsfeld von Staat und Markt. „Weniger Staat, mehr Markt“ rufen die einen, „weniger Markt, mehr Staat“ die anderen. Aber ist das nicht eine Scheinalternative, die darüber hinwegsieht, dass zuallererst die ökonomischen Akteure gefragt wären, wenn es darum geht, die Ökonomie sozial und solidarisch zu machen? Denn Solidarität ist eine Verhaltensweise, die sich nur in der Gestaltung ökonomischer Prozesse von innen, durch die beteiligten Menschen, entwickeln kann. Modelle, die davon geprägt sind, dass der Beobachterstatus nicht verlassen, d.h. die Ökonomie nur von außen angeschaut wird, bieten keinen Raum für Solidarität. Eine solidarische Ökonomie verträgt sich weder mit der Vormundschaft des Staates - selbst wenn sie in milderer Formen auftritt als in der Planwirtschaft - noch mit der Vormundschaft des Marktes. Das Marktmodell spricht die Ökonomie im Grunde frei von sozialer Verantwortung. Es wird ein Menschenbild kultiviert, das dem wirklichen Menschen nicht entspricht. Der Mensch hat eben nicht ausschließlich egoistische Neigungen, er zeigt auch immer wieder das Bestreben, seine Fähigkeiten einzubringen, um gute Leistungen für andere zu erzielen. Weil das Marktmodell diese Seite ausblendet, stachelt es den Egoismus geradezu an. Es spricht im Grunde dem Menschen die Entwicklungsmöglichkeit der Sozialfähigkeit ab.

Dass die Globalisierung heute so problematische Formen annimmt, hängt mit diesem „neoliberalen“ Paradigma zusammen. Beseitigung aller Handelshemmnisse,

Deregulierung der Finanzmärkte usw. lautet das Credo der „Trinity“ von Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation WTO. Der IWF mit seiner „Strukturanpassungsprogrammen“ und die WTO mit ihrer Tendenz, einen marktfundamentalistischen Freihandelsansatz auf die Landwirtschaft, nahezu alle Dienstleistungen und sogar auf die lebendige Natur (Patenschutz für Pflanzen) auszudehnen, sind dabei, eine Welt zu schaffen, die der amerikanische Autor Benjamin Barber einmal als „McWorld“ bezeichnet hat und in der alle Versuche, eine Sozialbindung der Wirtschaft zu gewährleisten als Handelshemmnisse ausgehebelt werden können. In der auf diese Art vorangetriebenen Globalisierung funktionieren die klassischen Rezepte gegen das Marktversagen nicht. Beim europäischen Sozialstaatsmodell ist bereits deutlich erkennbar, wie es unter dem Druck der Standortkonkurrenz brüchig wird, jedenfalls solange es nicht gelingt, gegenüber dem globalen Wettbewerb neutrale Formen seiner Finanzierung zu entwickeln. Denn die Nationalstaaten stecken gegenüber den Multis in der „Globalisierungsfalle“.*

Wege zu einer solidarischen Ökonomie

Wir brauchen also einen umfassenden Paradigmenwechsel. In welche Richtung er führt, wurde unter der Überschrift Globalisierung und Individualisierung bereits angedeutet. Für die Ökonomie bedeutet er Überwindung der unfairen globalen Terms of Trade (Handelsbedingungen), also fairen Handel statt „Freihandel“. Er bedeutet Dominanz des Kooperations- und Verständigungsprinzips an Stelle des Konkurrenzprinzips.

Was aber wäre nun zu bedenken, wenn eine Verständigung über gerechte, faire Preise praktisch im großen Stil und Maßstab zustande kommen soll? - Der Einzelne ist hier mit seinem Urteilsvermögen schlechthin überfordert. Gerade wegen der Weiträumigkeit der modernen Ökonomie überschaut ein Einzelner nur ein Segment. Als Einzelner kann er nicht beurteilen, ob der Preis für Bananen, Kiwis oder einen Trainingsanzug angemessen ist oder nicht, weil er nicht durchschauen kann, wie die Aufteilung des Endpreises sich vollzieht, wer bei der Aufteilung des von ihm bezahlten Endpreises was bekommt und wie sich das auf seine jeweilige Lebenslage auswirkt. Selbst wenn mir der Preis zu niedrig vorkommt, kann ich das Problem nicht dadurch lösen, dass ich dem Verkäufer 20 Euro mehr in die Hand drücke - sie kämen doch nicht da an, wo sie meiner Vermutung nach hingehören.

Beim fair gehandelten Produkt ist es anders: Dort haben ja bereits Verständigungsprozesse stattgefunden, die zu transparenten und nachvollziehbaren Kriterien der Preisgerechtigkeit geführt haben. Allerdings wird dort meist der faire Preis vom Weltmarktpreis her definiert (Weltmarktpreis + Aufschlag von X Prozent). Auch wird manchmal versucht, „objektive Kriterien“ von außen als Standards zu definieren. Wenn das auch im Einzelfall dazu führt, dass den Produzenten mehr Gerechtigkeit widerfährt und ihre Leistungen angemessener bewertet

* Vgl. z.B. Harald Spehl: Wie kann man Sozialsysteme unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs gerecht finanzieren? (ref. C. Strawel). In: Sozialimpulse. Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 3/2006.

werden, so ist es doch kein Weg, um im großen Stil die wirtschaftlichen Verhältnisse umzuformen, also auch den Weltmarktpreis selbst zu korrigieren.

Um auf das Beispiel mit den 20 Euro zurückzukommen: Man sieht daran, dass Einzelurteile in der Ökonomie sich auf keine umfassende und damit ausreichende Erfahrungsgrundlage stützen können. Dadurch müssen sie geradezu falsch werden. - Die Urteilsunsicherheit betrifft im übrigen auch Produzenten und Händler, die - wenn auch auf Marktforschung gestützt - letztlich auch nur vermuten können, was der Kunde honorieren wird.

Wenn man die Ökonomie weder dem Markt noch bürokratischer Staatskontrolle überlassen will, sondern den Beteiligten selbst die Gestaltungsverantwortung geben möchte, so lautet daher die Schlüsselfrage: Wie sind richtige, der Lebenswirklichkeit angemessene soziale Urteile im Wirtschaftsleben möglich?

In kleinräumigen sozialen Verhältnissen ist der Markt selbst noch ein Ort, wo ein Gespräch stattfindet, das durchaus die Lebenslagen der Beteiligten mit einbezieht. Auch heute kommt das noch vor, wo sich Anbieter und Nachfrager direkt gegenüber treten. Wenn ich z.B. mit einem Schreiner über die Anfertigung eines Schrankes verhandele, wird es sowohl um den im Hinblick auf Aufwand und Lebensrealität angemessenen Preis gehen, als auch um Form und Funktion, vielleicht um ökologische Gesichtspunkte bei der Auswahl von Holz und Lack. Der Preis, der auf diese Weise zustande kommt, hat den Charakter eines sozialen Urteils. Das Urteil muss nicht automatisch richtig sein, aber hier besteht zumindest die Chance, zu einem richtigeren Urteil zu kommen. In der Anonymität gibt es diese Chance nicht.

Assoziation als gesellschaftliche Lösung

Der Grundgedanke

Im regionalen Maßstab oder im Maßstab einer ganzen Branche ergibt sich eine solche Situation, die Verständigung erlaubt und damit Handlungsräume in Bezug auf die Gestaltung von wirtschaftlichen Verhältnissen eröffnet, nicht von selbst. Vielmehr muss man sie erst herstellen, indem man eine Art runden Tisch zwischen Vertretern der beteiligten Akteure bildet: Produktion und Verarbeitung - Zirkulationsstufen, Handel usw. - Endverbraucher. Solche Organe nennt man Assoziationen, die Wirtschaftsform, die auf der Tätigkeit solcher Organe beruht, nennen wir assoziatives Wirtschaften.

Funktionen von Assoziationen

Assoziationen sind Begegnungsorte. Ohne solche Begegnung kann sich kein Interesse an den Problemen des Wirtschaftspartners entwickeln. Während der Konzern oder gar ein Kartell oder Monopol eine Form

der Interessenbündelung darstellt, ist die Assoziation ein Ort des Interessenausgleichs, schon dadurch, dass tendenziell immer alle Beteiligten, so gut es eben möglich ist, einbezogen werden - also nicht nur die Gruppe der Produzenten oder die der Händler oder die der Konsumenten. Natürlich wird zunächst einmal jede Gruppierung ihre Interessen einbringen und artikulieren. Produzenten wollen möglichst teuer verkaufen, Konsumenten möglichst billig kaufen, der Handel will eine möglichst große Spanne haben. Die Begegnung und der Dialog bieten jedoch die Chance, die eigenen Interessen im Hinblick auf die Lebenssituation des anderen zu relativieren und so zu einem Ausgleich der Interessen, zu tragfähigen und fairen Lösungen zu kommen. Es ist natürlich ein Unding, diesen Interessenausgleich zwischen allen Partnern einer kartellartigen Interessenverstärkung gleichzusetzen und ihn als „Absprache“ mit der Waffe des Kartellrechts zu unterbinden.

Assoziationen sind Selbstverwaltungsorgane des Wirtschaftslebens, die eine unbürokratische Vernetzung von unten ermöglichen. Sie sollen „Organe der gegenseitigen Ergänzung der wirtschaftlichen Sacherfahrungen, des in der jeweiligen Wirtschaftspraxis erworbenen Realitäts-Gespürs der beteiligten Praxisvertreter (nicht Funktionäre!) sein. So sind die Assoziationen Organe des Erfahrungsaustauschs. Erst die so zusammenklingenden Erfahrungen können die Grundlage sinnvoller Urteile sein, an denen der einzelne sein Verhalten im Hinblick auf dessen Folgen für das Ganze überprüfen kann. Im Wirtschaftlichen zählt nicht das Einzelurteil, sondern die gegenseitige Ergänzung der Urteilskraft. Insofern sind die Assoziationen Organe selbsttätiger Vernunft, in denen „objektiver Gemeinsinn“ (Rudolf Steiner) gepflegt werden kann.“^{*} Verbindlichkeit in der Zusammenarbeit entsteht dabei auf der Basis der Freiwilligkeit, das heißt durch Verabredungen und Verträge.

Assoziative Wirtschaft: zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft

Assoziationen setzen den Markt nicht außer Kraft, aber sie ordnen und gestalten ihn. Der Preis, der sich spontan am Markt bildet, wird weder wie in der Planwirtschaft durch politisch gewollte Preise ersetzt und damit als Bewusstseinshilfe ausgeschaltet, noch einfach als letztinstanzliches Urteil des Marktes hingenommen. Vielmehr arbeitet man gemeinsam darauf hin, dass das aus ökonomischen, sozialen und ökologischen Gründen wünschenswerte Preisgefüge entsteht. Assoziationen bieten auch die Möglichkeit, sich vor Dumping und unlauterem Wettbewerb zu schützen, die dort keine Chance haben, wo die entscheidenden Akteure in einer Region sich einig sind. Eine große Bedeutung könnten die diese Schutzfunktion z.B. für Länder des Südens zur Abwehr der ihre Märkte zerstörenden Agrarexportsubventionen etwa der USA und der EU haben.^{**}

* Christoph Strawe: Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Assoziative Wirtschaft - Utopie oder aktuelle Gestaltungsaufgabe? (Die Drei, Nr. 2/1994, http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/wirtschaftsleben.htm).

** Vgl. Christoph Strawe, Nicanor Perlas: Farming after Cancun: Agriculture in the WTO and beyond. http://www.globenet3.org/Features/Feature_Farming_After_Cancun.shtml

Weltwirtschaft als Organismus von Regionen

Assoziatives Wirtschaften geht von der Realität der Globalisierung aus, jedoch versteht sie - im Gegensatz zum Marktfundamentalismus - die Weltwirtschaft nicht als einen Raum des freien Vagabundierens von Kapital, sondern vielmehr als ein Gefüge, in dem jede einzelne Region ein schützenswerter Lebensort ist. Gerade in der Landwirtschaft, dem Naturpol der Ökonomie ist der Regionalgedanke zentral, wie er gegenwärtig auch von der Regionalgeldbewegung artikuliert wird.

Anknüpfen am Bestehenden

„... Assoziationen müssen nicht künstlich neu geschaffen werden, sondern lassen sich auf den verschiedensten Märkten organisieren, wenn die Beteiligten es wollen“, so Harald Spehl*. Wir finden solche Ansätze vielfach im Bereich der Investitionsgütermärkte, es gibt lokale und regionale Erzeuger-/Verbrauchergemeinschaften und man kann in vielen Bereichen von den heute gegebenen Verhältnissen Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung auf assoziative Koordination erkennen, z.B. bei Fair Trade“. Einzelaspekte - eine Absprache über Fördermengen - findet man sogar bei einer Organisation wie der OPEC.

„Eine assoziative Steuerung der Wirtschaft ermöglicht auch, die Forderung, der Staat solle sich aus der Wirtschaft zurückziehen, positiv aufzunehmen: Je mehr die Beteiligten in einer Assoziation in Bezug auf Naturverbrauch, Produktionsbedingungen, Qualität der Waren usw. selber regeln, um so weniger muss dies durch den Staat geschehen. - Wesentlich ist, dass die Assoziationen kein neues Modell sind. Sie können und dürfen nicht von außen gestaltet oder gar verordnet werden. Damit würde man sich wie beim Marktmodell der wirtschaftlichen Realität gegenüberstellen, wir stehen aber in der wirtschaftlichen Realität und damit ‚in der Retorte‘. Der Ansatz des assoziativen Wirtschaftens ermöglicht es, Entwicklungen zu sehen und zu verstehen, Krisen in ihrer Bedeutung einzuschätzen. Es wird möglich zu fragen, welche Schritte in Richtung einer assoziativen Entwicklung erforderlich sind und auch zu fragen, was man selbst dazu beitragen kann.“**

Arbeit ermöglichen, nicht bezahlen

Durch die geschilderten Merkmale wären Assoziationen die Orte, an denen die Selbstversorgungsmentalität, die im Gegensatz zur objektiv arbeitsteilig-altruistischen Ökonomie steht, überwunden werden kann. „Die Assoziation ermöglicht nun, den objektiven Altruismus der Arbeitsteilung auch subjektiv zu erleben. Damit wird nicht mehr die Bezahlung meiner Arbeit, sondern die Leistung für den anderen zum Motiv des Handelns. An die Stelle der Bezahlung der Arbeit tritt die Teilung des Ertrages, der sich aus den Leistungen und den in der Assoziation erzielten Preisen ergibt. Aus der Arbeitsbezahlung wird eine Ertragsteilung.“*** Nicht mehr vergangene Arbeit wird bezahlt, sondern die künftige

* In einem dem Verfasser vorliegenden unveröffentlichten Text. Alle weiteren Zitate sind ebenfalls dort entnommen.

** Harald Spehl, a.a.O.

*** Spehl, a.a.O.

Arbeit wird ermöglicht. Einkommen wird zum Kredit, der es dem einzelnen ermöglicht, seine Fähigkeiten für andere zu entfalten. Das alles geschieht selbstverständlich nicht automatisch. Es geht um Lernorte, an denen eine Entwicklung weg vom „Sinn des Habens“ (Marx) zum Motiv des Gebenwollens gelingen kann.

Assoziative Wirtschaft braucht neue rechtliche Rahmenbedingungen

Gegenüber der neoliberalen Globalisierung, die einer von Konzernen und Finanzmärkten bestimmten Ökonomie zur gesellschaftlichen Hoheit zu verhelfen droht, gilt es, die Fähigkeit der Demokratie wieder herzustellen, überhaupt der Ökonomie einen rechtlichen Rahmen zu setzen, der verhindert, dass sie der Sozialbindung entgleitet. Das beginnt mit dem Kampf gegen Kinderarbeit und brutalste Formen der Ausbeutung in den Ländern des Südens, endet aber nicht dort, sondern reicht bis zu einer grundlegenden Erneuerung der Rechtsformen, die für die Ökonomie relevant sind: Wer über neue Formen des Eigentums an Unternehmen und an Grund und Boden, wer über eine Reform der Geldordnung nicht sprechen will, der soll über eine neue Ökonomie schweigen.

Wenn wir die Arbeitsbezahlung zugunsten einer Arbeitsermöglichung (aus der Teilung des Ertrags) überwinden wollen, dann müssen wir den Zustand überwinden, dass Unternehmen und Ertrag einzig den Kapitaleignern gehören, d.h. wir müssen uns für eine Eigentumsform einsetzen, die einerseits vollständige Distanz wahrt zum staatsbürokratischen Kollektiveigentum, aber andererseits ebenso zum privatkapitalistischen Eigentum. Es geht um ein „operatives Eigentum“, das eine unternehmerische Nutzung der Produktionsmittel als Instrument des Tätigwerdens in der Fremdversorgung ermöglicht, jedoch zugleich verhindert, dass Unternehmen zu veräußerbaren Vermögenswerten von „Anlegern“ werden. In diesem Sinne ist das Kapital zu neutralisieren. Eine solche Eigentumsreform ist im Großen zu erstreben, kann aber heute bereits ansatzweise praktiziert werden, wobei es verschiedene Anknüpfungsmöglichkeiten an bestehende Rechtsformen gibt - von der Stiftung bis zur Genossenschaft. Letztlich könnten aber auch neue Rechtsformen entstehen. Genauso unvereinbar mit einer solidarischen Ökonomie ist die Veräußerbarkeit von Grund und Boden. Auch hier muss es Formen geben, die gleich weit von staatsbürokratischer Bodenverwaltung und von der heute bei uns bestehenden Form des Bodenrechts entfernt

„Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist umso größer, je weniger der Einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, d.h. je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt und je mehr seine Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden. Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen.“ (Rudolf Steiner, Geisteswissenschaft und soziale Frage)

sein müssen. Boden muss genutzt werden können, zum Wohnen, zur Landwirtschaft usw., aber wo individuelle Nutzung herrscht, muss eine Kompensation an die Gemeinschaft erfolgen, in welcher Form auch immer, etwa als Bodennutzungsausgleich oder Pacht. Es kann nur ein Nutzungseigentum am Boden geben, jedoch keine Rentenbildung, die den gesellschaftlichen Reichtum zu Gunsten der Bodenbesitzer umverteilt. Ähnliches gilt für den Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

Und schließlich muss es eine Rückbindung der Geldprozesse an den realwirtschaftlichen Prozess geben, die die Zinseszinsdynamik mit ihren Wachstumszwängen ausschaltet und das Geld auf seine eigentlichen Funktionen - Kaufen, Leihen und Schenken - hinlenkt. Dorthin zu gelangen gibt es verschiedene Handlungsansätze, von denen einer die Regionalgeldbewegung ist.

All diese Punkte können hier nur angedeutet werden. Die Wege zur ihrer Realisierung sind in verschiedenen Teilen der Erde unterschiedlich. In Ländern mit brachen Flächen, riesigem Großgrundbesitz und einer großen Masse landloser Bauern gibt es andere Handlungsansätze für die Bodenfrage als in dichtbesiedelten Industriestaaten, in denen die Landwirte nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen. Die Grundrichtung der Veränderung ist jedoch dieselbe: hin zu einer modernen sozialen Boden-, Geld- und Eigentumsordnung.

Praktische Ansätze im Kleinen

Noch stehen die Ansätze zu einer anderen Ökonomie erst am Beginn ihrer Entwicklung, die vielfach von Rückschlägen bedroht ist. Dennoch: auch wenn es kaum Beispiele eines reifen, „ausgewachsenen“ Assoziationswesens gibt, so gibt es doch viele Initiativen, die in dieser Richtung unterwegs sind. Wir finden sie z.B. im fairen Handel und in der Naturkostszene. In dieser Zeitschrift wurden immer wieder solche Beispiele geschildert: Die Arbeit von SEKEM in Ägypten, das Maikaal-Projekt in Indien, mit der Vermarktung von Produkten aus ökologischer Baumwolle in der Schweiz, das Experiment „Verbund freie Unternehmensinitiativen“ und viele andere mehr. Der Gedanke einer verantwortlichen Partnerschaft und Zusammenarbeit von der Produktion bis zum Endverbrauch liegt so sehr „in der Luft“, dass unterschiedlichste Initiativen in verschiedenen Regionen der Welt Schritte in diese Richtung unternehmen. Oft wissen sie nicht einmal etwas voneinander. Darum sind Veranstaltungen wie der Kongress Solidarische Ökonomie so wichtig.

Bedingungsloses Grundeinkommen als Einstiegspunkt

Ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg heraus aus der Globalisierungsfalle und hinein in eine menschenwürdige Gesellschaft kann das bedingungslose Grundeinkommen sein. „Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil im klassischen Erwerbsarbeitssektor nicht mehr die Arbeitsplätze entstehen werden, die für ‚Vollbeschäftigung‘ nötig wären. Wir brauchen es, weil permanentes Wachstum der materiellen Produk-

Neuer Kaffeekodex die Bohne wert?

Für Naturland und das Fair Handelshaus gepa ist die auch als Kaffeekodex oder 4C-Kaffee bezeichnete Initiative der Kaffeebrauerei weder eine adäquate Antwort auf die Probleme der Kaffeebauern noch garantiert sie eine nachhaltige Kaffeeproduktion. Der Kodex lässt das Thema „Fairer Preis“ außen vor und kann dadurch zwangsläufig nicht halten, was er verspricht, nämlich die Lebensverhältnisse von 25 Millionen Kaffeeproduzenten zu verbessern. „Nur bio-fairer Kaffee wird den Bauern und der Umwelt gerecht. Initiativen wie der Kaffeekodex, die den Mainstream-Kaffee letztlich aufwerten, ohne die wirklichen Probleme anzugehen, sind in keiner Weise mit den Standards des Fairen Handels und des ökologischen Anbaus zu vergleichen“, kommentieren Hans Hohenester, Präsidiumsvorsitzender von Naturland und gepa-Geschäftsführer Thomas Speck den Kaffeekodex.

Das größte soziale Problem im Kaffeeanbau ist der extrem schwankende Weltmarktpreis, dessen Ausschläge über das Schicksal von Millionen von Kaffeebauern entscheiden. Ein neuer Kodex, der das Thema Preis nicht behandelt, nimmt auch nicht die Probleme der Kaffeebauern ernst. Die Mindeststandards des Kodex im Umweltbereich mögen dazu beitragen, dass schlimmste Umweltsünden wie die Rodung von Urwald oder der Einsatz gefährlicher Pestizide im Kaffeeanbau vermieden werden, eine nachhaltige Produktion garantieren sie aber nicht. Naturland und gepa begrüßen ausdrücklich jede Initiative, die sich dafür einsetzt, dass Mindeststandards in der konventionellen Kaffeeproduktion eingehalten werden. Doch zwischen der Vermeidung von Umweltsünden und nachhaltiger Kaffeeproduktion ist ein großer Unterschied.

Kaffeekodex - was kommt bei den Bauern an?

Aus Sicht von Naturland und Fair Handelshaus gepa geht die Rechnung für die Bauern nicht auf. Sie verpflichten sich in dem Kodex gewisse Standards in der Kaffeeproduktion einzuhalten, bekommen dafür aber im Gegenzug weder eine Garantie, dass die Kaffeekonzerne möglichst viel von dem Kaffee aufkaufen, noch einen Preisaufschlag. Ein Mehrpreis für soziale Entwicklung, wie die Sozialprämie im Fairen Handel ist nicht vorgesehen. „Im Fairen Handel dagegen haben die Kleinbauerngenossenschaften einen Anspruch auf Mindestpreise mit Zuschlägen für soziale und ökologische Aufgaben, auf den sie sich verlassen können“, so gepa-Geschäftsführer Thomas Speck.

Pressemeldung vom 01.12.2006, <http://www.gepa.de>, presse@gepa.org, naturland@naturland.de

tion immer weiter in die ökologische Katastrophe führen muss. Wir brauchen das Grundeinkommen, weil ein immer größerer Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit Bildungsarbeit, Umweltarbeit, Gesundheitsarbeit, Kulturarbeit und so weiter ist und weil man gerade diese Arbeit nicht mehr auf die herkömmliche Art - durch Arbeitsbezahlung - mit dem Einkommen in der Höhe ausstatten kann, das sie erst im notwendigen Umfang möglich macht. Wir benötigen das Grundeinkommen, weil moderne Menschen den Freiraum brauchen, durch

den sie Initiative ergreifen können. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird diese Initiativkräfte der Menschen anregen und etwas auslösen, was Arbeitszwang - wie ihn hierzulande Hartz IV implementiert - niemals vermag. Wir brauchen das bedingungslose Grundeinkommen, weil nur mit ihm die durch Produktivitätsentwicklung freigesetzte Arbeitskapazität in die heute unterversorgten Aufgabenfelder gelenkt werden kann. Nur mit Hilfe des bedingungslosen Grundeinkommens werden die Menschen vermehrt die Müße finden, die zu einem sinnerfüllten Leben dazugehört, - den Raum, sich anderen zuzuwenden und sich selbstbestimmt entwickeln zu können. Zum Gelingen all dessen müssen keine vollkommenen Menschen vorausgesetzt werden, sondern entwicklungsfähige. Raum für Entwicklung schaffen, ist vielleicht die wichtigste Funktion des Grundeinkommens.“* Für den Süden wäre bereits ein für unsere Verhältnisse äußerst bescheidenes, aber eben bedingungslos ausgezahltes Grundeinkommen, wie es Organisationen wie FIAN fordern, für viele Menschen ein Weg heraus aus dem Hunger.

Auf die Probleme der Umsetzung, Ausgestaltung und Finanzierung eines solchen Grundeinkommens ist der Verfasser an anderer Stelle ausführlich eingegangen. Hier sei nur betont, dass ein solches Grundeinkommen die Arbeitsbezahlung zwar ein Stück weit zurückdrängt, ohne sie indes vollständig zu überwinden. Deshalb sollte man das bedingungslose Grundeinkommen als Einstieg in eine Entwicklung sehen, die zu einer assoziativen, solidarischen Ökonomie in einer Gesellschaft führt, die zugleich die Freiheit des geistig-kulturellen Lebens und umfassende und gleiche demokratische Teilhabe für jeden Menschen garantiert.

Zivilgesellschaft: Von der Protestbewegung zur Alternativenbewegung

Seit der WTO-Konferenz in Seattle 1999 hat die globale Zivilgesellschaft als dritte Kraft neben den Akteuren der konventionellen Ökonomie und den staatlichen Akteuren die Weltbühne betreten. Sie setzt der neoliberalen Globalisierung Widerstand entgegen, zugleich aber ist sie im „offenen Raum“ (Chico Whitaker) der Weltsozialforen in eine umfassende Diskussion über Alternativen eingetreten, über die Möglichkeit einer anderen Welt. Die Auseinandersetzung um den Weg dorthin hat erst begonnen. Aber es ist für die Zukunft der Erde und der Menschheit von großer Bedeutung, wie dieser Weg weiter beschritten wird, wie es dabei zu einem wirklichen Paradigmenwechsel kommt und der Rückfall in altes Denken vermieden wird.

Die Bewegung für fairen Handel gliedert sich mit anderen Initiativen zur Erneuerung der Ökonomie in diesen Strom zivilgesellschaftlichen Engagements ein. Der faire Handel ist keine vielleicht liebenswerte, aber letztlich doch irrelevante Nischenerscheinung. Er ist vielmehr ein Stück Welt von morgen, an der wir heute schon mitbauen können.

* Christoph Strawe: Überlegungen zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens, Beitrag für den Ende 2006 bzw. Anfang 2007 erscheinenden Tagungsband „Karlsruher Symposium Grundeinkommen: bedingungslos“. Vgl. Sozialimpulse, Heft 3/2006.

Was ist solidarische Wirtschaft?

Paul Singer

Die solidarische Wirtschaft wurde zu Beginn des Industrielkapitalismus von Arbeitern als eine Antwort auf die Armut und die Arbeitslosigkeit eingeführt, die sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts aus der ‚deregulierten‘ Verbreitung der Maschinen und des Dampfmotors ergaben. Die Genossenschaften waren Versuche der Arbeiter, unter Ausnutzung der neuen Produktivkräfte Arbeit und wirtschaftliche Autonomie zurückzuerobern. Ihre Struktur richtete sich nach den Werten der Arbeiterbewegung, Gleichheit und Demokratie, zusammengefasst in der Ideologie des Sozialismus. Die erste große Woge der Produktionsgenossenschaften ergab sich in Großbritannien zeitgleich mit der Ausbreitung der Gewerkschaften und dem Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Das solidarische Unternehmen lehnt die Trennung zwischen Arbeit und Besitz der Produktionsmittel, anerkanntermaßen die Grundlage des Kapitalismus, ab. [...]

Das Kapital des solidarischen Unternehmens ist im Besitz derer, die in ihm arbeiten, und nur von ihnen. Arbeit und Kapital sind miteinander verschmolzen, weil alle, die arbeiten, Eigentümer des Unternehmens sind und weil es keine Eigentümer gibt, die nicht im Unternehmen arbeiten. Und das Eigentum am Unternehmen ist unter allen Arbeitern gleich verteilt, damit alle das gleiche Entscheidungsrecht über den Betrieb haben. Solidarische Unternehmen werden im Allgemeinen von Genossen verwaltet, die für diese Funktion gewählt sind und sich nach Regeln richten, die in Vollversammlungen der Genossen oder, wenn das Unternehmen zu groß ist, in - von allen Arbeitern gewählten - Delegiertenräten beschlossen worden sind. [...]

Tatsächlich gibt es im solidarischen Unternehmen keinen Profit, weil kein Teil seiner Einnahmen proportional zu den Kapitalquoten verteilt wird. Das Unternehmen kann Darlehen bei den eigenen Genossen oder bei Dritten aufnehmen und sucht, den (internen oder externen) Gläubigern die niedrigsten Marktzinsen zu zahlen. Die solidarische Wirtschaft besteht vorwiegend aus Unternehmungen, die wegen ihres Ursprungs wirklich demokratisch und egalitär sind und diese Eigenschaften in ihrer täglichen Praxis immer wieder bestätigen. [...]

In Brasilien entsteht die solidarische Wirtschaft in dieser historischen Phase wahrscheinlich als Antwort auf die große Krise von 1981 bis 1983, als viele Industrien, sogar einige der großen, um einen Vergleich bitten müssen oder in Konkurs gehen. In dieser Zeit bilden sich die Genossenschaften, die die Firma Wallig (Ofen-Industrie) in Porto Alegre übernehmen, oder die Cooperminas, die eine stillgelegte Kohlenmine in Crisciuma (Santa Catarina) wieder ausbeutet, und die Genossenschaften, die (in Recife und in São José dos Campos) die Fabriken der traditionellen Bettdeckenfirma Parahyba betreiben. All diese Kooperativen setzen bis heute den Betrieb fort. Die Schließung von Fabriken und die Entlassung einer großen Anzahl von Arbeitern setzte sich in den achtziger und neunziger Jahren - den beiden ‚verlorenen‘ Jahrzehnten - fort.

Aus: Paul Singer: Solidarische Ökonomie in Brasilien heute: eine vorläufige Bilanz. http://www.solidarische-oekonomie.de/media/texte/singer_solidarische_oekonomie_in_brasilien.pdf. Paul Singer ist Staatssekretär für solidarische Ökonomie in Brasilien. Ca. 1 Mio. Menschen leben dort von der solidarischen Ökonomie. Die Regierung Lula hat es sich auf die Fahnen geschrieben, Kooperativen zu unterstützen.

Klimawandel

Aufruf zum Sinneswandel

Weltklimagipfel in Nairobi - Neue Studien und Ereignisse signalisieren dringenden Handlungsbedarf

Wilhelm Neurohr

Als „Schicksalstage für den blauen Planeten Erde und die Menschheit“ galten Mitte November die Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll über den Klimaschutz auf dem 12. UN-Weltklimagipfel in Nairobi. Neue Studien warnten vor dramatischen Folgen für Mensch, Umwelt und Weltwirtschaft. Der unabwendbare und nicht mehr zu leugnende Klimawandel trifft uns alle. Erkennen die Menschen vor allem in den Industrienationen die Zeichen der Zeit? Der folgenschwere Klimawandel ist auch eine spirituelle Herausforderung angesichts der materialistischen Naturwissenschaften und der bedrohten Lebensräume und -chancen.

„Erst wurde bestritten, dass das Klima sich wandelt. Dann, dass der Mensch dafür verantwortlich sei. Und dann, dass der Klimawandel gefährlich sei. All dies sind Debatten von gestern. Der wissenschaftliche Befund ist eindeutig: Wohin man auch schaut, erteilt das Wetter weiteren Anschauungsunterricht, schneller als prognostiziert.“ * Mit diesen Aussagen verstärkt die Organisation „Germanwatch“ ihre „Kampagnen für Klimaschutz und Klimagerechtigkeit“. Der Klimawandel trifft die ärmsten Länder am härtesten infolge der Produktions- und Lebensweisen in den Industrieländern.

Die Vorboten der Klimakatastrophe sind längst auch in Deutschland und Europa angekommen - und besonders heftig beim Hauptverursacher Vereinigte Staaten von Amerika, die sich nach wie vor dem Kyoto-Protokoll verweigern. Es mangelt inzwischen nicht mehr an wissenschaftlichen Fakten und Klimadaten, sondern an politischem und persönlichem Umdenken und Handeln. Aufsehen erregte eine aktuelle britische Studie, wonach der Kampf gegen die Erderwärmung auch aus ökonomischer Vernunft höchste Priorität erhalten muss. Andernfalls drohe ein dramatisches Schrumpfen der Weltwirtschaft - mit der Gefahr einer

* Germanwatch-Zeitung 2/2006 (Schwerpunkt Klima und Entwicklung)

Weltwirtschaftskrise. Die ökonomischen Folgekosten und wirtschaftlichen Schäden wären größer als jene der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts.

Es ist also das rein ökonomische Kalkül, das die Politik nun antreibt, weniger die seit Jahren lahrende ökologische Einsicht. Der deutsche Bundesumweltminister Gabriel errechnete, dass 1% des Bruttosozialproduktes, eine zweistellige Milliardensumme jährlich, in den vorsorgenden Klimaschutz gesteckt werden müsste. Sogleich gab es Gegenreaktionen zur britischen Studie aus der Wirtschaft und von den Luftverschmutzern der Kraftwerksindustrie: Präventive Maßnahmen gegen die weitere Erderwärmung seien teurer, als die Katastrophe zuzulassen und anschließend kostengünstigere Nachsorge zu betreiben. Statt Klimabilanz kleinkarierte Buchhalterei? Bedroht das Klima die Weltwirtschaft oder ist es nicht eher umgekehrt?

Globale Erwärmung unaufhaltsam

Der Klimaschutz ist auf Platz Eins der Tagesordnung angelangt und soll unter dem deutschen Vorsitz des nächsten G-8-Gipfels der reichen Industrienationen sowie während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft vom Randthema zum Schwerpunktthema werden. Der Klimawandel ist kein Horrorszenario mehr für die Zukunft, er findet längst statt. Längst geht es nicht mehr um ein „Verhindern oder Verzögern“ der voranschreitenden Klimakatastrophe, sondern nur noch um ein „Anpassen von Mensch und Umwelt“ und ein „Abmildern der Folgen“.

Denn selbst drastische Sofortmaßnahmen - in Wirklichkeit steigen die Emissionen ungebremst - würden erst nach Jahrzehnten Wirkung zeigen. Die konsequente Umsetzung des Kyoto-Protokolls von 1997 zur Verringerung der Treibhausgase würde nur 3% dessen bewirken, was nötig wäre, um die Erderwärmung zu stoppen.** Es ist also zu spät, die globale Erwärmung zu verhindern, da die Temperaturen auf der Erde viel schneller steigen, als alle Computermodelle prognostiziert haben. Es geht nur noch darum, „das Unbeherrschbare zu vermeiden und das Unvermeidbare zu beherrschen.“*** Man wird die Urbanität neu erfinden müssen.

Leben und Sterben mit der Klimakatastrophe

Begleitet wurde diese öffentliche Krisendiskussion am 1. November zu Allerheiligen von sturmflutartigen Wetterphänomenen an der Nord- und Ostseeküste. Längst leben die Menschen mit der Klimakatastrophe und viele sterben auch daran: Allein die Hitzewelle des Jahres 2003 in Westeuropa hat etwa 35.000 Menschen das Leben gekostet. Die jährlichen Durchschnittstemperaturen in Deutschland steigen bis zum Jahr 2100

** Atlas der Globalisierung, Kapitel „Der Klimawandel und seine Folgen“

*** Hans-Joachim Schellnhuber, Leiter des Potsdamer Institutes für Klimafolgenforschung

Nairobi: Außer Spesen nichts gewesen!

„Wenn 6000 Experten der UNO 10 Tage lang über Klimafragen diskutieren, ist immer schon vorher absehbar, dass der Langsamste das Tempo bestimmt.“ So Franz Alt in einem Artikel unter dem oben genannten Titel auf seinen Internetseiten www.Sonnenseite.com.

Die größten Klimasünder wie USA und Australien täten gar nichts, die „meisten Industriestaaten sagen, Indien und China müssen mit ins Boot des Kyoto-Prozesses - und Indien und China argumentieren: Sollen doch die Industriestaaten mal anfangen. Sie verschmutzen noch immer bis zu zehnmal mehr die Umwelt wie die Inder oder Chinesen. Alle haben Recht und kaum einer tut etwas.“

Unterschiedliche Interessen blockierten jeden effektiven Schritt zum Klimaschutz. Wenn wirklich etwas erreicht werden sollte, wäre die „die größte gemeinsame internationale Anstrengung aller Zeiten nötig. Statt dessen wurde auch in Nairobi das Motto deutlich: Global diskutieren und national nichts tun. Die Reichen wollen ihren Kurs nicht ändern, die Armen wollen erst reich werden und die Ölförderstaaten und Russland wollen weiterhin möglichst viel Öl und Gas fördern und verkaufen.“

Der einzige Fluchtweg: einzelne Nationen müssen Vorreiter sein, ganz bewusst auf erneuerbare Energien setzen und die damit verbundenen ökonomischen Chancen ergreifen. „Kriege um Öl oder Frieden durch die Sonne?“ - das sei die Frage: „Klimaschutzpolitik ist immer auch Friedenspolitik“.

Quelle: Franz Alt 2006

um prognostizierte 2 bis 3 Grad, vor allem im Winter. Das hätte einen Rückgang der Niederschläge um 30% sowie Trockenheiten in weiten Teilen Deutschlands zur Folge. Zu erwarten sind extreme Wetterphänomene mit Unwettern und schweren Stürmen, mit Hitze und Trockenheit in den Sommermonaten bei tropischen Nächten von über 20 Grad, zwischendurch von heftigen Regenfällen überflutet.

Extreme Wetterereignisse haben in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland bereits Schäden von insgesamt 16,5 Mrd. EUR verursacht. Bei einem lokalen Temperaturanstieg von nur 1 Grad würden die volkswirtschaftlichen Kosten auf 137 Mrd. Dollar steigen, weltweit auf 2 Billionen US-Dollar. Wegen überschwemmter Küstenregionen werden bis zur Jahrhunderthälfte etwa 150 bis 400 Millionen Klimaflüchtlinge ihre Siedlungsgebiete aufgeben müssen, so die Voraussagen.

Die ganze Welt wird sich verändern

Der Verlauf der Mittelmeerküste wird sich wegen der Erderwärmung immer mehr verschieben, es wird regelmäßig zu Extremsommern mit Hitzewellen und

Flutkatastrophen kommen. Die Pflanzenwelt wird sich wandeln und der Wasserkreislauf verändern - mit dem Risiko sintflutartiger Regenfälle und Überschwemmungen einerseits sowie landwirtschaftlicher Schäden auf vertrockneten Böden andererseits. Zu rechnen ist mit Engpässen bei der Nahrungs- und Trinkwasserversorgung, mit der Ausbreitung von Krankheitsepidemien, mit Auswirkungen auf Talsperren und Kraftwerke, auf Siedlungsräume und auf Weltkulturerbe, auf Tourismus und Verkehr, mit dem Schwinden der biologischen Artenvielfalt in der Pflanzen- und Tierwelt, ferner mit Waldbränden wie schon jetzt im pazifischen Raum und einem Absterben der Korallenriffe. Bereits eingetretene Felsstürze in den Alpen werden sich häufen, und die Alpengletscher schmelzen bis auf ein Fünftel oder verschwinden in 20 Jahren sogar ganz: „Das Eis geht und die Palmen kommen“. Die voranschreitende arktische Eisschmelze mit dem Anstieg der Meeresspiegel um 0,25 m bis 1,00 m wird große Teile Nordeuropas unbewohnbar machen.

Die Rede ist bereits von einer der „größten Lebensvernichtungsphasen der Erdgeschichte“. Manche sehen allerdings in dem Klimawandel nicht nur Risiken, sondern auch Chancen, z.B. für alternative und innovative Energieerzeugung und Wirtschaftsformen mit Abkehr vom bloßen Wachstumsdenken. Landschaftsökologen hoffen auf mehr Laub- und Mischwälder statt Fichten- und Monokulturen. Ein großer Transfer ausgleichender finanzieller Hilfen in die hauptsächlich betroffenen ärmeren Länder durch die Verursacher in den reichen Industriestaaten könnte solidarisches Verhalten fördern, da beim Klimawandel „alle in einem Boot sitzen“.

Die geistige Seite der Natur wird ausgeblendet

Auch die Wissenschaft wird bei den Phänomenen des Klimawandels gründlich umdenken müssen: Den Reichtum und die Komplexität der Natur versucht die Wissenschaft von allen Seiten in den Griff zu bekommen. Aber sie bildet je nach Blickwinkel immer nur einen Teil der Realität ab und blendet vor allem die geistige Seite der Natur aus. So gelangt sie nicht zu einem wahren Verständnis des Phänomens Klimawandel mit einem vollständigen Gesamtbild.

Die wirklichen Zusammenhänge werden vielmehr verschleiert. Sind es allein die chemischen Schadstoffe in der Erdatmosphäre, die das Klima beeinträchtigen? Haben nicht auch die korrespondierenden geistig-seelischen „Schadstoffe“ in der geistigen Atmosphäre der Menschheit Auswirkungen auf die kosmische Raumeschleife der Erde mit ihrem bewegten Klima- und Wettergeschehen, die ja ein lebendiger Organismus ist? Auch die Erde besitzt eine lebendige Biografie, die mit der Menschheitsbiografie im Zusammenhang steht. Die Klimakatastrophe ist eine Chance, das einseitig materialistisch orientierte Menschen- und Weltbild der Naturwissenschaften zu erweitern.

Johannes Kepler bemerkte schon 1618: „Die Erdkugel ist ein Leib, der einem Lebewesen zugehört.“ Und Rudolf Steiner nannte die Erde „eine solche Ganzheit, dass nichts im Erdenlaufe geschehen kann, ohne dass der Mensch selbst unter den wirkenden Ursachen ist“.*

Die Beziehung des Menschen zu den Naturreichen und Naturwesen ist aus dem Bewusstsein geraten oder weitgehend verloren gegangen. Der Mensch kann aber nicht ohne die zusammen mit ihm entstandenen und vergehenden Naturreiche der beseelten, der belebten und der unbelebt erscheinenden Umwelt gedacht werden. Es handelt sich um eine gemeinsame und einheitliche Lebenswelt.

Radikales Umdenken und geistiger Sinneswandel erforderlich

Mit dem Klimawandel, der ja auch Folge des materialistischen Wirtschaftshandelns ist, muss ein radikales Umdenken einhergehen, ein Wandel der geistigen Gesinnung. Ohne einen solchen Sinneswandel ist der Klimawandel weder vollständig erklärbar noch annähernd beherrschbar. Über die meteorologischen und materiellen Aspekte der Erde hinaus muss alles einbezogen werden: die kosmische Hülle, das Strömen der Flüsse und der Weltmeere mitsamt Ebbe und Flut, der Rhythmus der Jahreszeiten, das Zusammenwirken der Kontinente und Ozeane, die Stoffwechselprozesse der Erde, das Pflanzenleben und seine Beziehung zu Licht, Luft und Wasser; ebenso die Lebensbedingungen der Tierwelt und der Menschen als Naturwesen und als geistig-seelische Wesen, aber auch der Landwirtschaft mit ihren Ernährungskreisläufen und des urbanen menschlichen Lebensraumes.

Das Wetter ist aus den Fugen und aus dem Gleichgewicht geraten und neigt zu Extremen, wie derzeit die Menschen selber, die gegen alle Lebensgesetze und Naturgesetze handeln. So neigt die strömende Vielfalt zu einem sensiblen Chaos und zu gewaltigen Kräfteverschiebungen, bis hinein in die Atmungsprozesse der Erde. Das Wissen vom Geist in der beseelten Natur, von der notwendigen Verbindung zwischen Naturreich und Geistwelt, muss wiedergewonnen werden. Dann stärkt sich die fehlende Empfänglichkeit für die Wahrnehmung des Geistigen in der Natur, in jeder ihrer Wolken, in Sturm, Wind und Wasser, in Blitz und Donner, im Element des Feuers oder im Beben der Erde.

Menschliche Wärme statt Erderwärmung: Eine neue Empfänglichkeit für die Naturwelten und die Mitmenschen

Weist nicht das Wasser als seelisches Element über das sinnlich Begrenzte hinaus? Spiegeln sich nicht die wogenden Leidenschaften der Menschen in den wogenden Fluten? Und steht nicht das Wasser

den Menschen bei den sintflutartigen Regenfällen bis zum Hals, so dass ihre Gedanken abtauchen, schwimmen und zerrinnen? Und zeigen nicht die zunehmenden Wüsten den Zustand der Verarmung, der Vertrocknung und der Öde unter den zerstörerischen Menschen? Lebt nicht im Aufbäumen des Meeres, in den Tsunamis, das schwankende Auf und Ab der aufgewühlten Gedankenwelt, in der die Menschen den Boden unter den Füßen verlieren und zu ertrinken drohen?

Menschheits- und Erdenschicksal sind unlösbar miteinander verknüpft. Wenn die Menschen in der physischen Welt stecken bleiben, dann stellen sich die elementarischen Wesen gegen sie, gegen ihre Stumpfheit, die sich mit dem Verfall ihres Intellektes in der zivilisierten, zunehmend dekadenten Welt gegen die spirituellen Wahrheiten stemmen.

Die Klimakatastrophe aber weist mit jedem Ereignis und jedem Menschenopfer über das Irdisch-Vergängliche hinaus und ruft die Menschen zur Wandlung auf: Nicht die Erde soll immer wärmer werden, sondern „die menschliche Liebe muss immer wärmer und wärmer werden“.** Wir brauchen menschliche Wärme, nicht fiebrige Erderwärmung, wenn wir den „blauen Planeten Erde“ retten wollen - mit Liebe zum Menschen und zur Umwelt statt zum Mammon.

* Rudolf Steiner, Vortrag vom 9. November 1919, in Soziales Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis, GA 191.

** Rudolf Steiner am 25. Juni 1908 zur Zukunft der Menschheitsentwicklung.

Der Wanderer und sein Schatten

Die Doppelgängerproblematik und ihre Bedeutung im sozialen Leben*

Christoph Strawe

Sich mit den eigenen Schattenseiten zu konfrontieren, gehört zu den schwierigsten Dingen im Leben. Es zu unterlassen, hat soziale Folgen: es sind die anderen, die - in der Partnerschaft, der Zusammenarbeit usw. - diese Schattenseiten erleiden müssen.“ Es geht um Wissen um die entsprechenden Zusammenhänge, aber mehr noch um die aus solchem Wissen sich ergebenden Möglichkeiten eines besseren Umgangs mit dem Thema.

„Doppelgänger“ ist ein anderes Wort für diese Schattenproblematik, das vor allem in der Anthroposophie verwendet wird, während der Begriff des Schattens aus der Tiefenpsychologie von C.G. Jung stammt und von dort aus ein Stück weit in das allgemeine Bewusstsein eingedrungen ist. Das Bild vom Wanderer und seinem Schatten stammt von Nietzsche***, doch wird es bei ihm in einem anderen Sinne verwendet, als wir es hier tun. Auch Adalbert Chamissos Erzählung von Peter Schlehmihl, der seinen Schatten verkauft, behandelt nicht das, was hier gemeint ist, - wenn auch dem Text für unser Thema zu entnehmen ist, dass es in gewissem

Sinne ein Unglück für einen Menschen ist, keinen Schatten zu haben.

Mir geht es um den Menschen, der auf der Lebenswanderschaft den eigenen Schattenwurf nicht los wird - jenen Schatten, der daher rührt, dass wir von dem Licht beschienen werden, dem wir entgegenstreben. Man könnte auch denken, dass wir erst dann keinen Schatten mehr werfen, wenn wir ganz leuchtend geworden sind. Auch die Vorstellung, dass wir ein Licht tragen, kann zum Verständnis helfen. Interessanterweise finden wir gerade dieses Bild bei C.G. Jung: „Es war Nacht an einem unbekanntem Ort, und ich kam nur mühsam voran gegen einen mächtigen Sturmwind. Zudem herrschte dichter Nebel. Ich hielt und schützte mit beiden Händen ein kleines Licht, das jeden Augenblick zu erlöschen drohte. Es hing aber alles davon ab, dass ich dieses Lichtlein am Leben erhielt. Plötzlich hatte ich das Gefühl, das etwas mir nachfolgte. Ich schaute zurück und sah eine riesengroße schwarze Gestalt, die hinter mir herkam... Als ich erwachte, war es mir sofort klar: Es ist mein eigener Schatten auf den wirbelnden Nebelschwaden, verursacht durch das kleine Licht, das ich vor mir trug. Ich wusste auch, dass das Lichtlein mein Bewusstsein war; es ist das einzige Licht, das ich habe.“****

Verdrängung und Projektion

In der Psychologie von C.G. Jung ist der Schatten der verdrängte oder unbewusste Teil der Persönlichkeit, der im Verlauf des Prozesses der Individuation vom bewussten Geist erkannt und integriert werden muss. Oft habe ich diesen Teil deswegen verdrängt, weil er nicht meinem Selbstbild entspricht, weil ich anders oder besser sein will, als ich bin. In einem umfassenderen Sinne sind die Schatten für Jung der nicht entwickelte Teil jedes natürlichen Paares von Charaktereigenschaften. Männer haben einen weiblichen Schatten (Anima), Frauen einen männlichen (Animus).

Wir könnten auch sagen: es ist etwas in uns, das unerlöst bleibt dadurch, dass man es wegdrängt und nicht lebt. „Lieber Gut oder Ganz?“ Das Unbewusste strebt nach Ganzheit, nach Einbeziehung der unterdrückten Seiten des Menschen. Gelingende Individuation ist immer eine Integrationsleistung. Das Unaufgelöste und Unbewältigte in uns ist kein bloßer „Ballast“, sondern wir brauchen es, um den Lebensweg zur Selbständigkeit gehen zu können.

Eine wesentliche Frage ist allerdings, was „Annehmen“ der Schattenseiten heißt: Ausleben aller unverwandelten Triebe und Impulse? Oder Annehmen der dunklen Seiten in mir und zugleich ihre Verwandlung zu guten Kräften? Gut jetzt allerdings nicht im Sinne der bürgerlichen Wohlanständigkeit, die eben gerade auf der Unterdrückung und Verdrängung beruht. Das Verdrängte gewinnt gerade dadurch seine verhängnisvolle böse Macht über mich, dass ich mich weigere, es anzuschauen. Gerade dadurch entfaltet es im Sozialen seine negative Energie: Ich projiziere das mich

* Der folgende Text fasst einen Vortrag zusammen, den der Autor am 5. November 2004 bei einem Seminar in Frankfurt mit dem Titel „Die Wirkung des Doppelgängers im Sozialen“ gehalten hat. Am Ende werden ergänzende Aspekte eines weiteren Vortrags bei der Tagung skizziert, die im Rahmen der Fortbildungsseminare „Individualität und soziale Verantwortung“ stattfand.

** Vgl. zum Gesamthema: Flensburger Hefte 65, Doppelgänger - Der Mensch und sein Schatten

*** Friedrich Nietzsche, Der Wanderer und sein Schatten. Menschliches Allzumenschliches: Zweite Abteilung (1880), Vorwort.

**** C.G. Jung: Erinnerungen, Träume, Gedanken, aufgezeichnet und herausgegeben von Aniela Jaffé, Zürich und Stuttgart 1962, zitiert nach: Bernhard Lietaer, Mysterium Geld, München 2000, S. 25.

Bedrängende und Verhasste auf andere Menschen. Man kann die „Projektion“ tiefenpsychologisch als eine schief laufende Integration der abgespaltenen Anteile verstehen.

Wir treffen jemanden. Wir empfinden eine tiefe Antipathie ihm gegenüber. Er bringt uns richtig in Rage. In Wirklichkeit zeigt sich für uns an ihm etwas, was uns an eigene uneingestandene Schattenseiten erinnert. Wir empfinden das als einen stillen Vorwurf, den wir uns nicht bewusst machen und den wir deshalb als Wut auf den anderen ausleben, dem wir nun alles mögliche Böse oder wenigstens Böswilligkeit uns gegenüber zuschreiben.

Wir suchen unter Umständen das schwarze Schaf, den Sündenbock. Im Extremfall führt das bis zum Genozid an den Trägern dieser aus Projektion erwachsenen Rolle („Die Juden sind unser Unglück“). An diesen schrecklichen Beispielen ist ersichtlich, wie wichtig es für das soziale Leben ist, sich der Schattenproblematik bewusst zu sein. Aber auch in der „Normalität“ des Sozialen ist die Einsicht in die Problematik sehr wichtig. Wo Menschen sich für Ziele wie Nachhaltigkeit, Menschenrechte usw. engagieren, wo sie in selbstverwalteten Einrichtungen zusammenarbeiten, sind Konflikte programmiert, wenn die Beteiligten keine „Schattenarbeit“ leisten, sondern immer nur Schuldzuweisungen an andere vornehmen.

Der Mensch an der Schwelle

Bei Rudolf Steiner und in der von ihm begründeten Anthroposophie finden wir das Motiv des Schattens unter dem Begriff des „Hüters der Schwelle“ oder auch des Doppelgängers. Unterschiede zur Perspektive C.G. Jungs gibt es, sie sind an dieser Stelle für uns jedoch weniger relevant.* Bis auf eine: Steiner schildert die entsprechenden Phänomene zunächst vor allem so, wie sie auf einem individuellen Entwicklungsweg des Menschen zur Erlangung der Erkenntnisse geistiger Welten auftreten, weniger im Hinblick auf den sozialen Alltag.

Das sind allerdings auch keine völlig getrennten Perspektiven, geht Steiner doch davon aus, dass von der ganzen Menschheit heute unterbewusst eine Schwelle überschritten wird, die vergleichbar ist mit jener Bewusstseinschwelle, an die man auf dem „Schulungsweg“ durch gezielte Bemühungen um eine Erweiterung des Bewusstseins herankommt und die man dann überwinden muss.

Die Menschheit ist in das Zeitalter der (Selbst)bewusstseinsseele, d.h. der Freiheit und Mündigkeit eingetreten. Damit werden die Menschen selbst zu Gestaltern ihrer sozialen Beziehungen, können nicht mehr einfach in gegebenen Gemeinschaften mitschwimmen. Damit selbstbewusste Menschen, die zunehmend Herren ihres eigenen Denkens, Fühlens und Wollens bzw. Handelns

* Aus der Perspektive der „Geistesforschung“ Steiners erscheint wichtig, dass es sich nicht bloß um subjektiv-psychische Phänomene handelt. Dennoch ergeben sich vielfältige Übereinstimmungen. Vgl. Gerhard Wehr: C. G. Jung und Rudolf Steiner. Konfrontation und Synopse. Stuttgart 1972.

werden, an dieser Gestaltung nicht gehindert werden, muss der soziale Organismus sich in dreifacher Weise gliedern in ein freies kulturelles Leben, ein demokratisches rechtsstaatliches Leben und eine kooperative Ökonomie, die allen die materiellen Lebensgrundlagen schafft. Die Verquickung und damit Vermachtung der gesellschaftlichen Sphären - Goethe bringt das Problem in seinem Märchen in das Bild des gemischten Königs - muss überwunden werden.

Die Schwellensituation ist charakterisiert dadurch, dass Denken, Fühlen und Wollen des Menschen nicht mehr von selbst in einer Art Einklang sich befinden, sondern auseinander treten und nun der bewussten Steuerung durch den Menschen bedürfen, der „die Zügel in die Hand nehmen“ muss. Auf dem inneren Entwicklungsweg tritt dem Menschen auf einer bestimmten Stufe alles biografisch Unbewältigte, zunächst Missratene, treten ihm alle unaufgehellten Aspekte seiner Existenz, die ihm zuvor verborgen waren, als Erlebnis gegenüber, - unter Umständen wie „ein schreckliches, gespenstisches Wesen“ -, so wie es Bulwer-Lytton in seinem Roman „Zanoni“ beschrieben hat.

Im Grund ist es eine Konfrontation mit sich selbst, zu der man sich erst durch innere Entwicklung die Kraft erwerben muss. Erlebnisse dieser Art treten notwendig gerade dann auf, wenn eine Schwelle überschritten werden soll, jenseits derer eine ganz andere Selbstverantwortlichkeit und Selbststeuerungsfähigkeit vom Menschen verlangt wird als diesseits. Wer die notwendigen Kräfte noch nicht gebildet hat, wird durch das Zurückzucken vor dem Erlebnis davor bewahrt, Schritte zu tun, denen er noch nicht gewachsen wäre, ja die ihn unter diesen Umständen in den Wahnsinn treiben könnten.

Furchtphänomene

In seiner bildhaften Darstellung der Sache lässt Rudolf Steiner diesen Doppelgänger oder Hüter der Schwelle so sprechen: „Meine Schwelle aber ist gezimmert aus einem jeglichen Furchtgefühl, das noch in dir ist, und aus einer jeglichen Scheu vor der Kraft, die volle Verantwortung für all dein Tun und Denken selbst zu übernehmen. Solange du noch irgendeine Furcht vor der selbsteigenen Lenkung deines Geschickes hast, so lange ist in diese Schwelle nicht alles hineingebaut, was sie erhalten muss.“

Es ist Selbstbegegnung, die zugleich Begegnung mit einem Wesenhaften ist, das man selbst geschaffen hat, das nun eine Art Eigenleben entfaltet: „Früher lebte ich von deinem eigenen Leben; aber jetzt bin ich durch dich zu einem eigenen Dasein erwacht und stehe vor dir als sichtbares Richtmaß deiner künftigen Taten, vielleicht auch als dein immerwährender Vorwurf. Du konntest mich schaffen; aber du hast damit auch zugleich die Pflicht übernommen, mich umzuschaffen.“ Das Menschen- und Biografieverständnis, das hinter solchen Darstellungen steht, ist verbunden mit dem Gedanken einer Entwicklung und Arbeit des Menschen an sich selbst durch wiederholte Erdenleben hindurch.

An anderer Stelle charakterisiert Steiner den Drang zur Vermeidung dieser Konfrontation mit sich selbst auf

folgende Weise*: „Dringt der Mensch aber in sich selbst und hält er sich ohne Täuschung diese oder jene seiner Eigenschaften vor, so wird er entweder in der Lage sein, sie an sich zu verbessern oder aber er wird dies in der gegenwärtigen Lage seines Lebens nicht können. In dem letzteren Falle wird seine Seele ein Gefühl beschleichen, das man als Gefühl des Schämens bezeichnen muss. [...] Das Schämen ist also eine Kraft, welche den Menschen antreibt, etwas in sein Inneres zu verschließen und dies nicht äußerlich wahrnehmbar werden zu lassen.“ Es gebe „in den verborgenen Tiefen der Seele eine Art *verborgenes* Schämen [...], dessen sich der Mensch im physisch-sinnlichen Leben nicht bewusst wird. Dieses verborgene Gefühl wirkt aber in einer ähnlichen Art wie das offenbare des gewöhnlichen Lebens: es verhindert, dass des Menschen innerste Wesenheit in einem wahrnehmbaren Bilde vor den Menschen hintritt. Wäre dieses Gefühl nicht da, so müsste der Mensch wahrnehmen, was er in Wahrheit ist; er würde seine Vorstellungen, Gefühle und seinen Willen nicht nur innerlich erleben, sondern sie wahrnehmen, wie er Steine, Tiere und Pflanzen wahrnimmt. So ist dieses Gefühl der Verhüller des Menschen vor sich selbst. Und damit ist es zugleich der Verhüller der ganzen geistig-seelischen Welt. Denn indem sich des Menschen eigene innere Wesenheit vor ihm verhüllt, kann er auch das nicht wahrnehmen, an dem er die Werkzeuge entwickeln sollte, um die seelisch-geistige Welt zu erkennen; er kann seine Wesenheit nicht umgestalten, so dass sie geistige Wahrnehmungsorgane erhielte. - Wenn nun aber der Mensch durch regelrechte Schulung dahin arbeitet, diese Wahrnehmungsorgane zu erhalten, so tritt dasjenige als erster Eindruck vor ihn hin, was er selbst ist. Er nimmt seinen Doppelgänger wahr.“ Jenes verborgene Gefühl wirke „wie ein großer Wohltäter des Menschen“, solange man sich nicht durch innere Entwicklungsarbeit in die Lage versetzt habe, die eigene „Wesenheit in ihrer wahren Gestalt ohne weiteres zu ertragen“ und daher durch „diese Wahrnehmung alles Selbstgefühl, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein verlieren“ müsste.

Aspekte des Doppelgängers

Man müsse sich dessen bewusst sein, dass der Schwellenhüter „für jeden einzelnen Menschen eine individuelle Gestalt bis zu einem gewissen Grade annehmen“ wird. - Wenn man das nicht beachtet, wird man Schwierigkeiten haben, eigene seelischen Erfahrungen richtig zu deuten, weil die nicht den Vorstellungen entsprechen, die man sich über die Art des Auftretens von Doppelgängererlebnissen gemacht hat.

Steiner unterscheidet von dem charakterisierten „kleinen Hüter der Schwelle“ einen großen, ein Bild des höheren Ich, in dem sich zugleich der Christus als das „große menschliche Erdenvorbild“ zeige. Im Zusammenhang mit dem großen Hüter der Schwelle findet sich allerdings nirgendwo der Begriff des Doppelgängers.

* Dieses und die folgenden Zitate sind entnommen aus dem Kapitel „Die Erkenntnis der höheren Welten (Von der Einweihung oder Initiation)“ aus dem Werk „Die Geheimwissenschaft im Umriss“ (1910), GA Nr. 13.

Es wäre vermessen, auf dem knappen zur Verfügung stehenden Raum alle Aspekte der Darstellung Rudolf Steiners in Bezug auf das Doppelgängerthema auch nur berühren zu wollen. Taucht man in die verschiedenen Darstellungen ein, so ergibt sich, dass es für Steiner nicht nur einen Doppelgänger gibt, sondern mehrere. So spricht er von einer geistigen Wesenhaftigkeit, die sich vor der Geburt mit dem unbewussten Teil des menschlichen Leibes verbindet und sich im Tode erst wieder von ihm löst (es handelt sich - um einen Terminus technicus zu verwenden, der die geistige Wesenhaftigkeit beschreibt, die den Menschen mit dem Materiellen verbindet, ja fesselt - um einen „ahrimanischen“ Doppelgänger). Der Verbindung mit ihm kann man sich sowenig entziehen, wie der Verbindung mit der Materie überhaupt im irdischen Leben, weshalb das „Gruseln“ darüber nicht am Platz ist. Auch von einem „luziferischen“ Doppelgänger ist manchmal die Rede. Für den eingangs geschilderten kleinen Hüter der Schwelle findet man in der Literatur auch den Begriff des „karmischen“ ** Doppelgängers“ ***

Die Sozialität wird abhängig von der inneren Entwicklung des Einzelnen

Aus den bis hierher aus unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommenen Phänomenen und Erlebnissen ergibt sich zunächst eine wichtige Konsequenz für das soziale Leben. Eine zunehmende Anzahl von Menschen hat heute Erlebnisse, in denen sich „der Schatten“ an die Oberfläche des Bewusstseins drängen will. Sie können sich als Depression, Missstimmungen aller Art, Verzweiflungsgefühle, Phobien usw. äußern, als Selbsthass und Minderwertigkeitsgefühle, die bis zum permanenten Ankämpfen gegen die Verlockung zum Suicid gehen können. Gespeist werden diese Gefühle aus dem unbewussten Wunsch, besser zu sein als man ist, ohne sich der Aufgabe der Umwandlung des eigenen Gewordenseins durch innere und äußere Arbeit wirklich zu stellen.

Diese Gefühle machen Angst und leiten zu Verdrängungsversuchen, welche wieder in der Projektion der Schattenaspekte auf andere Menschen oder Menschengruppen führen und die zur Quelle von Feindbilddenken und zerstörerischen sozialen Konflikten werden können. Der Falle der Projektion entgeht nur der, der sich selbst in seinem Sosein annehmen lernt, das Unvollkommene seines Soseins aber zugleich auch als Entwicklungs- und Wandlungsaufgabe an sich selber annimmt. Wer Fortschritte in dieser Richtung macht, wird auch im Sozialen jemand sein, der versöhnt, statt spaltet, ermutigt, statt zu entmutigen, initiativ ist, ohne Macht über andere zu beanspruchen. Zu Ende gedacht heißt das aber, dass die Sozialität in ihrer Ganzheit und in einzelnen Gemein-

** Karma = Schicksal, an dessen Zustandekommen ich letztlich mitbeteiligt bin.

*** Eine sehr eindrücklich Darstellung dieser dreifachen Doppelgängerproblematik gibt der wegen seines späteren Engagements für den Katholizismus in der anthroposophischen Diskussion umstrittene Valentin Tomberg (Die drei Doppelgänger, in: Sieben Vorträge über die innere Entwicklung des Menschen, Rotterdam August 1938. Schönach 1993). Ebenfalls sei verwiesen auf Heide Öhms: Über Erfahrungen auf dem anthroposophischen Schulungsweg, Jahrbuch für anthroposophische Kritik, München 1995, s.a. <http://www.anthroposophy.com/trithemiusroot/oehms1.html>

schaften abhängig wird von der Selbstentwicklung des Einzelnen, der sein Doppelgängererlebnis verkraften muss, um sozial konstruktiv wirken zu können. Wobei das „Passieren“ des schwellenhütenden Doppelgängers erst der Beginn der Selbstverwandlung sein kann, nicht schon ihr Ende. Auch wer schon viel an sich gearbeitet hat, ist vor Rückfällen nicht gefeit.

Schattenarbeit und Teilpersönlichkeiten

Ist man einmal auf das Problem aufmerksam geworden, entdeckt man zahlreiche Phänomene und Symptome dafür, dass sich heute letztlich jeder Mensch in dieser oder jener Form damit auseinandersetzen muss. Ein wichtiges Thema in diesem Zusammenhang sind die „Teilpersönlichkeiten“, über die vor allem auch Roberto Assagioli in seiner „Psychosynthese“ gesprochen hat.* Wer sich selbst beobachtet, lernt solche Teilpersönlichkeiten kennen - die auch als Teilaspekte des Doppelgängers oder Nuancen des Schattens betrachtet werden können: Den Angsthasen und die abenteuerlustige „Räuberseele“, den Asketen und den Genussmenschen, den Ordnungsfanatiker und den „Chaoten“, den Rechtshaber und den Harmoniesüchtling, den Ungeduldigen und den Zögerlichen usw.

In solcher Gesellschaft ist innerer Streit programmiert. Die Eigenschaften der Teilpersönlichkeiten können so disparat, ja gegensätzlich sein, dass das Erlebnis der Einheit der Seele verloren gehen kann oder gegenüber den in die verschiedenen Richtungen drängenden Impulsen Handlungsschwäche oder gar Handlungsunfähigkeit sich ausbreitet. Auf der anderen Seite kann man aber auch, wenn man die unterschiedlichen Seiten in sich nicht verdrängt, lernen, gewissermaßen der Leiter des inneren Teams der Teilpersönlichkeiten zu werden, mit inneren Gegensätzen fruchtbar umzugehen.**

An dieser Stelle scheint es Klippen zu geben, die umschifft werden müssen: Versuche ich, das Dunkle in mir zu vernichten, gerate ich in eine Verdrängungsdynamik, die negative Energie in mir erzeugt. Ergehe ich mich in süßlicher Scheinharmonie, Konflikten ausweichend, gerate ich ebenso in die Irre. Nicht besser geht es mir, wenn ich versuche, mich mit dem Dunklen schlicht zu arrangieren - etwa nach dem Motto: Nobody is perfect, bleib also, wie Du bist und rege Dich nicht mehr über Dich auf. Dann lasse ich meinen Doppelgänger unverwandelt und belaste meine Umwelt weiter mit

meinen Schattenseiten. Der Grat, der hier beschriftet werden muss, ist ein sehr schmaler.

„So zähmen Sie Ihren inneren Schweinehund. Vom ärgsten Feind zum besten Freund***“, heißt ein Buchtitel von Marco von Münchhausen. Am besten solle man den inneren Schweinehund zum Verbündeten machen, denn wer ihm Druck mache, provoziere nur Gegenruck. Münchhausens Tipp: „Lassen Sie Ihren Schweinehund ruhig ab und zu gewinnen, dann wird auch er Sie gewinnen lassen.“ Das erinnere zwar, so eine Rezensentin, auf den ersten Blick an die Diätvorschläge mancher Frauenzeitschriften („Auf nichts verzichten müssen und trotzdem abnehmen!“), bestätige sich aber in der Praxis. Wer allzu streng mit sich sei, der halte nichts durch. Wohl wahr. Indes trifft den, der zu lässig mit sich ist, das gleiche Schicksal. „In diesem innern Sturm (dem Gegeneinander der Teilpersönlichkeiten) und äußern Streite (ausgelöst durch die unbewältigte innere Problematik) / vernimmt der Geist ein schwer verstandenes Wort: / Von der Gewalt, die alle Wesen bindet, / befreit der Mensch sich, der sich überwindet (Goethe: Die Geheimnisse).

Gelingende Integration

Präziser als Münchhausen ist da Sebastian Gronbach, der in einem Artikel in Info 3, Januar 2004 (Begegnung mit dem Doppelgänger. Mein Schatten und ich) Selbsterfahrungen schildert. Er beginnt mit folgendem Vorspann: „Neulich haben sie sich getroffen: Info3-Redakteur Sebastian Gronbach und sein Doppelgänger. Zuerst hat der Redakteur ungläubig gelacht, dann war er schockiert. Nach dem Schock lagen die beiden sich in den Armen und jetzt hat er einen neuen Freund.“ Dann geht es um bisher verdrängte Teilpersönlichkeiten, die nun erkannt und benannt werden: „Ulla, die Unpünktlichkeit“ z.B. Sie ist eine „Facette, eine Farbe“ im Mantel des kleinen Hüters der Schwelle. Würde sie frontal bekämpft werden, könnte sie ganz schnell „Ulla Ungeheuer werden“. Der Autor beschreibt, wie er sie dagegen als Teil seines Selbst annimmt: „Die bisher anonyme und für mich als beschämend empfundene Eigenschaft verliert durch die Taufe ihre heimliche Macht über mich. Sie ist nun bewusst in mir, diese Ulla, ein willkommener Teil meines Wesens. Seitdem sie sich in dem Zimmer ausgebreitet hat, fühle ich mich ganzheitlicher. Ich habe mir meine Unpünktlichkeit vergeben und wenn andere unpünktlich sind, fühle ich mich nicht im Geringsten angegriffen. Bin ich unpünktlich? Ja, ein Teil meiner Identität ist unpünktlich und unzuverlässig und ich bin froh, diese Ulla bewusst nutzen zu können. Ich habe nun die freie Wahl mich zwischen starrer Uhrzeitlichkeit und strukturloser Zeitlosigkeit zu bewegen. Einmal hatte ich bei Ulla angefragt, ob sie mal kommen könne -: und tatsächlich, flott und fröhlich stand sie da und wir gingen fast eine halbe Stunde später, als ich geplant hatte, aus dem Haus. Mein Sohn durfte sein Spiel zu Ende spielen und ich noch einmal durchatmen.“ Gronbachs Artikel zeigt im übrigen, dass einer unserer wichtigsten Verbündeten in der Schattenarbeit der Humor ist.

*** Marco von Münchhausen: So zähmen Sie Ihren inneren Schweinehund! Vom Ärgsten Feind zum besten Freund, München 2004.

* Assagioli hielt auf jenem internationalen Philosophenkongress in Bologna 1911, bei dem Steiner über „Die psychologischen Grundlagen und die erkenntnistheoretische Stellung der Theosophie“ sprach, einen Beitrag über das Unbewusste. Ob sich Steiner und Assagioli dort begegnet sind, war nicht zu ermitteln. Auffallend ist die Vergleichbarkeit innerer Übungen - innere Bilder sollen bewusst hervorgebracht und bewegt werden -, die in der Psychosynthese verwendet werden, mit dem damals von R. Steiner dargestellten Grundansatz der Verstärkung des Bewusstseins durch innere Arbeit. Vgl. Piero Ferrucci: Werde was du bist, Taschenbuchausgabe, Reinbek 1986.

** Ein sehr populärer, gleichzeitig von christlich-fundamentalistischer Seite immer wieder angegriffener Autor, der sich mit der Schattenproblematik heute auseinandersetzt, ist der Benediktiner Anselm Grün. Er schließt zum einen an die Tradition der monastischen Askese, betont aber zugleich auch die Notwendigkeit der Integration der Schattenaspekte im Sinne von C.G. Jung. Vgl. z.B. Der Umgang mit dem Bösen, Münsterschwarzacher Kleinschriften 6.

Das Böse ist, wie R. Steiner häufig sagt, das Gute am falschen Ort. Es geht darum, es zu bezähmen, indem es an den rechten Ort gerückt wird, nicht darum, es zu vernichten. In dem Kapitel der „Geheimwissenschaft im Umriss“, in dem Rudolf Steiner über den Doppelgänger spricht, wird die Meditation des Rosenkreuzes geschildert: Die Rosen sind ein Symbol nicht für die Vernichtung der Triebe und Begierden, sondern für ihre Verwandlung. Nur dasjenige, was sie böse, entwicklungsbehindernd gemacht hat, wird dabei negiert. Das Dunkle in uns wird nicht gelegnet, sondern wird so umgeschmolzen, dass es eine lebbare, wesensförderliche Form annimmt. Die Früchte solcher innerer Arbeit strahlen aus in den Alltag des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens.

Ausblick: Doppelgängerwirksamkeiten im Zeitgeschehen und die Aufgaben der sozialen Erneuerung

Doppelgängerphänomene gibt es nicht nur auf der Ebene des Einzelmenschen und seiner Biografie, sondern diese treten auch in Gemeinschaften auf - wobei die unbewältigte individuelle Schattenproblematik natürlich mitspielt. Es erzeugen sich auf diese Weise Gegenbilder, die ein wesenhaftes Eigenleben gewinnen. Es sind Gegenbilder der Impulse, die in einer Einrichtung wirken, die mit der wahren „Mission“ einer Gruppe, einer Ethnie oder eines ganzen Kontinents zusammenhängen. Wo wirkt der gute Geist, der Genius einer Gemeinschaft, wo der Doppelgänger oder Schatten, der manchmal auch als Egregor bezeichnet wird?

So kann man den fanatischen und intoleranten Fanatismus als Schatten religiöser Gemeinschaften betrachten. Der Nationalsozialismus war das gerade Gegenteil und Gegenbild des guten Geistes Mitteleuropas. Das Wort von Karl Kraus, aus dem Land der Dichter und Denker sei das Land der Richter und Henker geworden zielt auf dieses Thema. Im Lande, in dem Fichte seine Ich-Philosophie entwickelte, galt nun der Satz: Du bist nichts, Dein Volk ist alles. Wo Goethe und Schiller geschrieben hatten: „Zur Nation euch zu bilden, ihr hoffet es, Deutsche, vergebens; Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus“ (Xenien) traten Rassenwahn und Herrenmenschendünkel ihre völkermörderische Herrschaft an. Auch den Stalinismus kann man ähnlich deuten: Arthur Köstler fand dafür in einem Roman die Bild der „Sonnenfinsternis“.

Man kann noch weiter gehen und die Frage so stellen: Gibt es so etwas wie Doppelgänger oder Schatten ganzer historischer Epochen? Wenn es so etwas wie einen Zeitgeist gibt, muss es dann nicht auch einen Doppelgänger des Zeitgeistes geben? Jede Zeit stellt

den Menschen Entwicklungsaufgaben. Was geschieht, wo sie nicht wirklich angenommen werden?

Globalisierung und Individualisierung sind wesentliche Impulse der Moderne. Der einzelne Mensch beansprucht seine Mündigkeit und steht vor der Herausforderung, Freiheit verantwortlich zu leben. Die Durchlässigkeit der Sozialstrukturen dafür muss entwickelt werden. Es geht um ein freies und dialogisches geistig-kulturelles Leben. Gleichzeitig sprengt die Entwicklung der Wirtschaft die engen Grenzen der Selbstversorgung und spannt ein Netzwerk von Arbeitsteilung und damit von Kooperationsverhältnissen über den ganzen Globus. Welche Gestaltung braucht eine solche „Fremdversorgungswirtschaft“, damit wirklich alle Menschen „versorgt“ sind? Wie ordnet sich das Miteinander neu auf der Basis der Menschenrechte und der Demokratie? Die Menschheit will ein Ganzes werden, in das sich der Einzelne frei einbringen kann, im Respekt für die Freiheit der anderen und in der Verantwortung für die Bewahrung der gemeinsamen natürlichen Lebensgrundlagen. Eine „Dreigliederung“ der Sozialstruktur wird erforderlich, damit dies möglich wird und Menschen ihre sozialen Verhältnisse selbst gestalten können.

Es ist nur zu deutlich, dass die Aufgaben sozialer Erneuerung, die mit der Moderne heraufkommen, bei weitem nicht gelöst sind. Wir dürfen daher erwarten, dass Gegenbilder auftreten, gewissermaßen Doppelgängerwesen einer in Solidarität gestalteten wirtschaftlichen Globalisierung, einer freien und dialogischen Kultur und eines gleichberechtigten machtfreien Miteinander auf der Grundlage der Menschenrechte.

Gegenbilder: McWorld, Clash of Civilizations, New Empire

Wachsen nach der friedlichen Revolution von 1989 Hoffnungen auf die eine Welt, geprägt durch Freiheit, Gleichheit und soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, haben wir es heute mit einer zunehmend beängstigenden Weltsituation zu tun.

Kaum war das eine Gegenbild einer modernen sozialverantwortlichen und nachhaltigen Ökonomie, das Gespenst der Planwirtschaft, überwunden, entwickelte sich ein Turbo- und Casinokapitalismus, eine oft als neoliberal bezeichnete Form der Globalisierung, die keineswegs alle reicher gemacht, sondern vielen Menschen Elend und Not gebracht hat. Von „McWorld“ hat der amerikanische Autor Benjamin Barber gesprochen - und die Zivilgesellschaft hat der Verwarenformung allen Lebens den Aufschrei „Die Welt ist keine Ware“ entgegengesetzt.

1993 veröffentlichte der amerikanische Politologe Samuel Huntington seine These vom „Kampf der Kulturen“ (Clash of Civilizations). Huntington präsentierte seine Auffassungen als objektive Trendanalyse. In Wirklichkeit gewannen sie jedoch in hohem Maße den Charakter einer self-fulfilling prophecy, durch die Konsequenzen, die sie als Doktrin für die amerikanische Politik zeitigten, für die damit ein Gegenbild des freien Dialogs der Kulturen zur Grundlage wurde.

Gewiss hatte sein Aufsatz zu diesem Thema und das darauf folgende Buch (1996) teilweise analytischen Charakter, in hohem Maße war es aber auch eine Aufforderung zum Paradigmenwechsel, als Grundlage amerikanischer Politik. Huntingtons Vision ist die eines permanenten Krieges „des Westens gegen den Rest der Welt“, der notwendig auf dem Hass gegen alles Andersartige beruhen muss. Huntington verpackt diese Auffassung in ein Zitat: „Eine grimmige Weltanschauung für diese neue Ära formuliert der nationalistische venezianische Demagoge in Michael Dibbins Roman *Dead Lagoon*: ‚Ohne wahre Feinde keine wahren Freunde! Wenn wir nicht hassen, was wir nicht sind, können wir nicht lieben, was wir sind. Das sind die alten Wahrheiten, die wir heute, nach dem sentimental Gesülze von hundert Jahren, unter Schmerzen wieder entdecken. Wer diese Wahrheiten leugnet ; - der verleugnet seine Familie, sein Erbe, seine Kultur, sein Geburtsrecht, sein ganzes Ich! Das wird ihm nicht so leicht vergessen.‘ An der betrüblichen Wahrheit dieser alten Wahrheiten können Staatsmänner und Wissenschaftler nicht vorbeigehen.“^{**} Um die ganze Tragweite dieses Ansatzes zu verstehen, muss man berücksichtigen, dass Huntington schon den orthodox-christlichen Raum als nicht-westlichen beschreibt. Der „Westen“ kann also nur überleben, wenn die Christen dort ihre orthodoxen Mitchristen hassen, von den Muslimen ganz zu schweigen!

Nachdem der 11. September 2001 wie eine Bestätigung von Huntingtons Konzept eingetroffen war, griff innerhalb der US-amerikanischen Eliten der Gedanke um sich, ein neues amerikanisches Empire sei das nötige Instrument des Westens gegen den Rest der Welt. Der Unilateralismus wurde beschworen und mit einer „Koalition der Willigen“ wurde schließlich Krieg geführt gegen den Irak - mit den bekannten Folgen. Auch religiös-fundamentalistische Auffassungen neokonservativer Kreise spielten dabei ideologisch mit. Wir erleben eine allgemeine Krise der Demokratie, das Gespenst einer machiavellistischen Machtpolitik mit sogenannten doppelten Standards geht um - die Menschenrechte sollen nicht mehr für alle gleichermaßen gelten.

Ein Vordenker solcher Machtpolitik ist der US-Sicherheitsstrategie Zbigniew Brzezinski. In seinem Buch „Das große Schachbrett“ (1997)^{**} plädiert er für die Wiederbelebung der „römischen Kunst“ der Geopolitik. Amerika sei heute die einzige Supermacht auf der Welt, und Eurasien der zentrale Schauplatz. Von daher werde die Frage, wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird, für die globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas von entscheidender Bedeutung sein.^{***} „Eurasien ist mithin das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“^{****} „Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutaleren Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen

den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die ‚Barbaren‘-Völker sich nicht zusammenschließen.“^{*****} - Wohlgermer: es ist von Europa die Rede. In Europa selbst keimen angesichts solcher Visionen Träume, eine eigene Supermacht zu werden, zu welchem Zweck man in dem erst einmal auf Eis liegenden Verfassungsvertrag die permanente Aufrüstung zum Verfassungsgebot erheben wollte. Auch will man Europa zum Gewinner der ökonomischen Globalisierung machen (Lissabon-Strategie der EU).

Auch wenn Brzezinski sich angesichts der Folgen der Bush-Politik inzwischen als deren Kritiker hervortut und für mehr Diplomatie und stärkere Einbeziehung anderer Akteure plädiert: Das Ziel bleibt das gleiche. Es geht um eine Machtpolitik, die das Gegenbild globaler Verantwortung darstellt ^{*****}, das Gegenbild einer „Menschheitspolitik“ (R. Steiner), auf deren Notwendigkeit sie zugleich hindeutet.

Diese Bündelung von Fundamentalismus, neoliberaler Globalisierung und geopolitischer Machtstrategie stützt sich zugleich auf technische Allmachtsphantasien, die auch die Vision des Cyborg, des Wirklichkeit gewordenen „l'homme machine“ der französischen philosophischen Materialisten, einschließen.

Gesellschaftliche Veränderung schließt persönliche Transformation ein

Mit diesen Gegenbildern muss unser Zeitalter fertig werden, wenn die Herausforderungen, die sich uns stellen, bewältigt werden sollen. Eine besondere Verantwortung kommt hierbei der Zivilgesellschaft zu. Sie kann zur Schaffung einer besseren Welt jedoch nur dann beitragen, wenn sie sich nicht in die Spiele um Macht und Profit hineinziehen lässt, sondern ihre Selbstständigkeit als „Stimme des Gewissens“ (Jesahia Ben Aharon), als „kulturelle Kraft“ (Nicanor Perlas) entwickelt.^{*****}

Wer verändern will, muss begreifen, dass die Probleme nicht mit der gleichen Denkart gelöst werden können, die sie hervorgebracht hat. Wer verändern will, muss lernen, dass er zugleich sich selbst zu verändern, eine persönliche Transformation und Integrationsleistung zu vollbringen hat. Die zivilgesellschaftliche Bewegung und ihre Verbündeten in Politik und Ökonomie müssen neue Formen der Zusammenarbeit ohne Machtausübung praktizieren, in denen die angestrebte andere Welt bereits im Bestehenden aufscheint.

* Samuel P. Huntington: *Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert.* Aus dem Amerikanischen von Holger Fließbach. Taschenbuchausgabe, München 1998, S. 18.

** *Deutsche Ausgabe Frankfurt/M 1999: Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft.*

*** A.a.O. S.277

**** Ibd. S. 57

***** Ibd. S. 65f.

***** Vgl. Jesaiah Ben-Aharon: *Die globale Verantwortung der USA. Individuation, Initiation und Dreigliederung,* Flensburger Hefte 2003.

***** Vgl. Nicanor Perlas: *Die Globalisierung gestalten. Zivilgesellschaft, Kulturkraft und Dreigliederung.* Frankfurt 2000.

Berichte und Betrachtungen

Solidarische Ökonomie

Kongress „riesiger Erfolg“

Mit 1400 registrierten TeilnehmerInnen seien mehr als doppelt so viele Menschen zum Kongress „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ gekommen als erwartet. Das wird in einer gemeinsamen Presseerklärung am 26. November von Attac Deutschland und dem Kongressträgerkreis „Solidarische Ökonomie“ festgestellt. „Der Kongress war ein riesiger Erfolg“, sagte Dagmar Embshoff von der Bewegungsakademie, einem der Träger des Kongresses. „Eine neue Generation von jungen Menschen hat die Projekte und Ansätze Solidarischer Ökonomie für sich entdeckt.“ Damit entstand eine Brücke zu schon lange bestehenden Projekten der älteren Generation. Neben verschiedenen Sektoren der Solidarischen Ökonomie waren viele Aktive aus sozialen Bewegungen vertreten, darunter viele internationale Gäste.

Solidarische Ökonomie ist mehr als ein Kind der Not - das wurde beim Kongress in über 100 Veranstaltungen deutlich. Es gehe nicht einfach darum, die neue Ungleichheit und Unsicherheit im Zuge der neoliberalen Globalisierung erträglicher zu machen, so die Überzeugung der VeranstalterInnen. Vielmehr eröffnen Projekte Solidarischer Ökonomie den beteiligten Menschen neue Handlungsspielräume, erfinden eine neue Form der Wirtschaft und fordern ihre sozialen Rechte ein. Die politischen Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftssektor sind in Deutschland im internationalen Vergleich denkbar schlecht. Anders als in europäischen und lateinamerikanischen Ländern wie Frankreich, Italien, Brasilien und Venezuela fehle eine aktive politische Unterstützung, kritisierten die ReferentInnen bei verschiedenen Veranstaltungen. Genossenschaften werden im Vergleich zu anderen Rechtsformen sogar benachteiligt. Unterstützung für Betriebsübernahmen durch die Belegschaft gibt es weder von der Politik noch von den Gewerkschaften. Initiiert durch diesen Kongress wird es ein erweitertes Bildungsangebot für Solidarische Ökonomie geben, hoffen die VeranstalterInnen. Auf dem Kongress haben sich Lehrende mehrerer Universitäten zusammengeschlossen, um entsprechende Angebote auf den Weg zu bringen. Der Trägerkreis des Kongresses will seine Arbeit fortsetzen, die Diskussion zu Solidarischer Ökonomie verstetigen und in etwa zwei Jahren erneut eine Großveranstaltung organisieren. Der Kongress soll angesichts des großen Interesses zu einer Institution werden. In den nächsten Monaten wird eine Kongressdokumentation als Buch erscheinen. In der Folge soll eine Vortragstournee stattfinden und die Botschaft des Kongresses in die Regionen tragen. Die Internetseite www.solidarische-oekonomie.de

de wird zu einer Kommunikationsplattform ausgebaut und die dazugehörige E-Mailingliste soll weiterlaufen. Weitere Informationen: <http://www.solidarische-oekonomie.de>. Der Kongress „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ wurde getragen von: Bewegungsakademie, Attac Deutschland, Bundeskongress Internationalismus (BUKO), Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Contraste, DGB Berlin-Brandenburg, Europäisches Netzwerk für ökonomische Selbsthilfe und lokale Entwicklung, Netzwerk für Selbstverwaltung und Selbstorganisation, Netzwerk Grundeinkommen, Netzwerk Selbsthilfe, Weltladendachverband, u.v.a.

Eindrücke vom Kongress

C. Strawe

Dass ein Kongress in dieser Größenordnung mit über 100 Veranstaltungen möglich war, kann man nicht hoch genug schätzen. Ich hatte im Vorfeld manches Gespräch geführt, um Freunde auf das Ereignis hinzuweisen und hatte selbst, wenn auch spät, es doch noch einrichten können, nach Berlin zu reisen. Wenn man sich auch eine stärkere Präsenz der Dreigliederungsbewegung gewünscht hätte, so hatten doch eine Reihe von FreundInnen den Weg zur Technischen Universität Berlin gefunden und konnten zum Gelingen beitragen. So hielt Ulrich Rösch zwei Workshops über das „Konzept einer assoziativen Wirtschaft - solidarische Zusammenarbeit statt Kampf jeder gegen jeden“ und über praktische Erfahrungen in solcher wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Michael Wilhelmi bot neben einem mehr einführenden Thema eine Darstellung über „Eigentum anders gedacht und behandelt im Forum Kreuzberg, Berlin“ und einen Workshop über „Berliner - Regional, eine Währung von unten“ an. Bezeichnenderweise waren die Workshops, die sich auf praktische Erfahrungen bezogen, weit besser besucht, als die mehr konzeptionell ausgerichteten. Die GLS-Bank war mit einem Stand vertreten, ebenso Sylvain Coiplet mit Material zur Dreigliederung. Anregend war ein Workshop mit dem Osteuropa-Experten Kai Ehlers zum Grundeinkommen, auch wenn es in Bezug auf die von ihm propagierte „produktive Selbstversorgung“ sicher noch Gesprächsbedarf gibt.

Arfst Wagner schlug sich prächtig in der Diskussion übers Grundeinkommen mit einer Bedenken tragenden Vertreterin von Ver.di. Mit von der Partie Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen, einer der besten Kenner der Materie. Ein vereinzelter Angriff aus dem Publikum auf den nicht anwesenden Götz Werner - die Grundeinkommenskampagne sei eine clevere Vermarktungsoffensive für Drogeriewaren -, fand zwar kein großes Echo, deckte aber ebenso wie Bedenken aus dem Publikum gegen die Bedingungslosigkeit des Grundeinkommens auch auf, wie ungeklärt viele Fragen sind. Der Beifall einer deutlichen Mehrheit im Saal galt allerdings in diesem Punkt Blaschke und Wagner. Schwierig gestaltete sich in meiner Sicht das Gespräch zwischen Alwine Schreiber-Martens von der Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung INWO und Elmar Altvater vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac, der auf die Versuche eines Brückenschlags so gut wie gar nicht einging. Auch wenn man selbst

eine kritische Aufarbeitung der marktmechanischen Orientierung der auf Gesell zurückgehenden Ansätze in der Geld- und Bodenfrage für sinnvoll hält: Altvaters Argumente vermochten - bei aller rhetorischen Brillanz - nicht zu überzeugen. So kontierte er die Vorschläge zur Bodenreform mit dem Hinweis auf die Landbesetzungen in Lateinamerika, so als hätten wir in Deutschland jede Menge ungenutzte Fläche und als gäbe es das Problem des individuellen Nutzungsrechtes am Boden gar nicht. Die innovativen geldreformerischen Ansätze von Keynes versuchte er wegzuwischen, lies dafür eine Affinität zu solchen Keynes'schen Rezepturen erkennen, die durch die Globalisierung obsolet geworden sind. Auch ist es immer wieder erstaunlich zu sehen, wie schwer es gelingt, sich aus den Fallstricken des Marx'schen Kapitalbegriffs zu befreien. Die Aporien, in die man dabei geraten kann, deckte ein Diskussionsbeitrag von Mohsen Massarrat auf. Was die Aufarbeitung solcher Fragen angeht, stehen wir offenbar noch ziemlich am Anfang.

Der Kongress war gewiss ein großer Erfolg - und berechtigt zu Hoffnungen für die Zukunft. Er machte aber auch eine Reihe von Problemen einer Bewegung deutlich, in der es durchaus unterschiedliche Vorstellungen im einzelnen darüber gibt, was denn unter solidarischer Ökonomie zu verstehen sei. Dies widerspiegelte sich auch bei der Abschlussveranstaltung, wo eine gemeinsame Definition gefordert wurde. Wenn dies zu einer lebendigen Leitbildarbeit führt, die den gemeinsamen Impuls stärkt, ist das nur wünschenswert. Es wird aber darauf zu achten sein, dass keine Standardisierung herauskommt, die mangelnde innere Übereinstimmung durch äußere Normierungen ersetzt und lebendige Weiterentwicklung hemmt.

Was heute unter solidarischer Ökonomie verstanden wird, ist nicht nur schlicht vielfältig, sondern bildet auch ein breites Spektrum von innovativen Ansätzen bis zu recht konventionellen. So muss man bei den Zahlen im Kasten unten bedenken, dass hier alle im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband zusammengefassten Winzergenossenschaften, Wohnungsgenossenschaften, Kreditgenossenschaften usw. erfasst sind. Nicht jede Genossenschaft ist aber schon deshalb wahrhaft solidarisch, weil sie das Wohl der Genossen zum Zweck hat. Auch dominieren noch immer Formen, wie sie aus den Kämpfen der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert hervorgegangen sind (vgl. den Kasten auf S. 12 mit dem Text des Staatssekretärs für Solidarische Ökonomie in Brasilien, Kongressteilnehmer Paul Singer). Die Solidarität als umgreifendes Prinzip der Zusammenarbeit von der Produktion bis zum Endverbrauch, wie sie z.B. ansatzweise im fairen Handel aufgefasst wird, steht noch zu wenig im Focus des Selbstverständnisses dessen, was Solidarische Ökonomie sein kann und sein muss. Was als Alternative in den Nischen begonnen hat, soll sich ja schließlich zur dominierenden Wirtschaftsweise entwickeln: einer Wirtschaftsweise, die ein Drittes zwischen kapitalistischer Marktwirtschaft und bürokratischer Planwirtschaft darstellen wird. Doch bei allen Problemen: Der Kongress vermittelte eine echte Aufbruchstimmung.

Friedens-Nobelpreis für Mohammed Yunus und die Grameen-Bank

Am 10. Dezember nahm der Wirtschaftswissenschaftler aus Bangladesch und Gründer der Grameen-Bank den Friedensnobelpreis in Oslo entgegen. Für die Bank nahm außerdem das Vorstandsmitglied Mossamat Taslima Begum an der Preisverleihung teil. Yunus erklärte, nur weil die Menschen zu wenig dagegen unternähmen, gebe es Armut auf der Welt. Es komme auf den Willen an: „Wir wollten auf den Mond, also sind wir da hingeflogen. Wir erreichen, was wir erreichen wollen“, sagte Yunus. Er glaube fest daran, dass wir eine von Armut freie Welt schaffen können, wenn wir es gemeinsam wollen.

Das Projekt „Grameen-Bank“ begann 1976 in einem Dorf in Bangladesch. Dank eines eigens zu diesem Zweck verabschiedeten Gründungsgesetzes wurde aus dem Projekt im Jahr 1983 eine Bank. Yunus war klar geworden, dass die Armen für ihren wirtschaftlichen Erfolg nur ein kleines Kapital brauchten, um Materialien oder Rohstoffe für ihr Handwerk zu erwerben. Weil sie jedoch Kredite nur von Wucherern aufnehmen konnten oder von den Rohstofflieferanten abhängig waren, hatten sie trotz harter Arbeit kaum einen Ertrag. Die großen Banken waren aufgrund fehlender Sicherheiten nicht bereit, armen Menschen Kredite zu gewähren. Hier setzte Yunus mit seinen Mikrokrediten ein. Die Bank ist im Besitz armer Frauen und ausschließlich für diese tätig. Die Kreditnehmer der Grameen-Bank besitzen derzeit rund 93 Prozent der Anteile. Die restlichen sieben Prozent sind im Besitz der Regierung von Bangladesch. Die Gesamtzahl der Kreditnehmer beträgt 2,4 Mio.; 95 Prozent davon sind Frauen. Seit Gründung der Bank wurden Kredite in Höhe von insgesamt 165,43 Mrd. Taka (2,75 Mrd. EUR) gewährt. Die Rückzahlungsquote beträgt 98 Prozent. 82 Prozent der Einleger sind auch Kreditnehmer der Bank.

Quellen: <http://www.grameen.de> // http://de.wikipedia.org/wiki/Grameen_Bank. http://nobelpeaceprize.org/eng_lect_2006b.html

Zahlen und Fakten

Der Wirtschaftssektor Solidarischer Ökonomie in Deutschland umfasst unterschiedliche Formen von Betrieben und Projekten. Dazu gehören Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Wohn- und Gemeinschaftsprojekte, Tauschringe, fairer Handel, landwirtschaftliche Direktvermarkter, aber auch Initiativen für offenen Zugang zu Wissen sowie Umsonstläden. In der EU sind rund acht Millionen Menschen in der solidarischen Ökonomie tätig. 2,3 Millionen arbeiten in ca. 132 000 genossenschaftlichen Unternehmungen mit 83,5 Millionen Mitgliedern. In Deutschland existierten Ende 2002 insgesamt 8633 Genossenschaften mit 21,8 Millionen Mitgliedern. Darunter waren 1507 Genossenschaftsbanken mit 1,5,2 Millionen Mitgliedern, 3802 ländliche Genossenschaften mit 2,5 Millionen Mitgliedern, 55 Konsumgenossenschaften mit 822 000 Mitgliedern und 1991 Wohnungsgenossenschaften mit 3 Millionen Mitgliedern. Diese bewirtschaften 2,2 Mio. Wohnungen, in denen ca. 5 Millionen Menschen wohnen.

Haidy Damm: Für eine Globalisierung der Solidarität, Neues Deutschland 27.11.06

Service public: Weder durch staatliche noch durch private Aktienmehrheit zu erreichen

Michael Rist
Johannes Kreyenbühl Akademie in
Zusammenarbeit mit dem Konsumentenverein Zürich

*Der moderne Mensch wird in einem Tätigkeitstau-
mel gehalten, damit er nicht zum Nachdenken über
den Sinn seines Lebens und der Welt kommt (Albert
Schweitzer)*

Denkt man wirtschaftlich über das vorangestellte Ge-
leitwort Albert Schweitzers etwas nach, so wird bald
einmal klar - wie schon öfter betont -, dass der Mensch
nicht lebt, um zu wirtschaften, sondern dass er wirt-
schaftet, um zu leben, d. h. um sich geistig und sozial
weiterzubilden. Am Beispiel der Diskussionen um die
Privatisierung oder Nichtprivatisierung der Swisscom,
also um die Grundversorgung, überall und jederzeit in
der Schweiz überall hin telefonieren zu können, wird
dies wieder besonders deutlich.

Die einen fordern die Grundversorgung durch den
Staat, weshalb die Swisscom-Aktien, von denen der
Bund 62,45 % in seinem Besitz hält (Tages-Anzeiger
vom 11. Mai 2006), nicht zugunsten eines einmaligen
Gewinns und mit dem Nachteil des Verlustes laufender
Einnahmen verkauft werden dürften, obwohl die
staatlichen Betriebe nicht immer besonders innovativ
und effizient seien. Die andern fordern im Sinne des
„Neoliberalismus“, überall in der Wirtschaft müsse
Konkurrenz walten, damit der jeweils Innovativste und
Effizienteste zum Zuge kommen. Dem wird wieder
entgegen gehalten, dass meist nach einem kürzeren
oder längeren Konkurrenzkampf doch irgendein in-
oder ausländischer Großkonzern das Monopol auch
über die Grundversorgung übernehme und dann im
Sinne der Gewinnmaximierung die Preise diktiert und
die Randregionen vernachlässigt. Nach der Erfahrung
haben beide Meinungen Recht. Man muss also zu
These und Antithese die Synthese finden. Sie besteht
zunächst darin, dass man einsieht, wie es eigentlich
nicht auf die Betriebsform, staatlich oder privat, sondern
auf die Motive und Triebfedern der jeweils dort tätigen
und leitenden Menschen ankommt.

Bei weiterem Nachdenken über die Grundversorgung
entsteht die Frage, wo denn diese anfängt und wo sie
aufhört. Sind nicht Elektrizitätsversorgung, Wasserver-
sorgung, Abwasserableitung, Abfallentsorgung, das
Eisenbahnnetz, der Straßenbau etc. auch Grundver-
sorgungen? Geht man dieser Frage weiter nach, so
wird deutlich, dass z.B. auch die Lebensmittelversor-
gung und der Wohnungsbau eine Grundversorgung
darstellen könnten. Ja, man bemerkt, dass die ganze
Wirtschaft eigentlich Grundversorgungscharakter
hat, indem sie der Aufgabe dient, die Versorgung
aller Konsumenten entsprechend ihrem Bedarf zu
gewährleisten. Hat man dies durchschaut, so wird
man gemeinnützige Betriebe anstreben, in denen
Menschen gemeinnützig denkend und handelnd
wirtschaftlich tätig sind.

Die gemeinnützige Stiftung stellt unter den heutigen
Verhältnissen tatsächlich einen Weg in die richtige
Richtung dar. Allerdings wird eine Stiftung oft so verstan-
den, dass sie die Mittel geschenkt bekommt und dann
von den Zinsen dieser Mittel lebt. Dies birgt aber die
Gefahr in sich, dass die Stiftungsmittel selbst gerade
dem Gegenteil dienen, wofür die Stiftung statutarisch
nur die Zinsen einsetzen kann. Allerdings ist heute jeder
Pensionskassenangehörige dieser Gefahr ausgesetzt.

Solche Betriebe müssen deshalb wohl den Charakter
der Gemeinnützigkeit haben, aber darüber hinaus
selbständig aktiv gemeinnützig wirtschaften können.
Sie können im Unterschied zu gewöhnlichen gemein-
nützigen Stiftungen als gemeinnützige Funktionsträger-
Stiftungen bezeichnet werden, die nach und nach die
ganze „neoliberale Wirtschaft“ durch ein gemeinnüt-
ziges Wirtschaften in eine assoziative Wirtschaftsord-
nung umwandeln, in der man anstelle der Konkurrenz
geistreich und sozial auf innovative und effiziente Art
wirtschaftlich zusammenarbeitet.

Erschien es früher als Kuriosum, wenn Gottlieb Dutt-
weiler festlegte, dass 1 % des Umsatzes der Migros
für kulturelle Zwecke einzusetzen ist, so sorgen heute
Entwicklungshilfe, Interkulturelle Zusammenarbeit und
Fair-Trade-Organisationen dafür, dass den Produzenten
in der Dritten Welt solche Preise entrichtet werden, die
es ihnen erlauben, ihre Kinder in die Schule zu schicken
und eine eigene Infrastruktur aufzubauen. Auch im
biologischen und biologisch-dynamischen Lebensmit-
telbereich wird durch gerechte Preise den Produzenten
zu einem im Verhältnis zu anderen Gewerbetreibenden
paritätischen Einkommen verholfen. Letztlich zielen auch
die verschiedenen Gütesiegel immer mehr auf gerechte
Preisgestaltung ab, sodass der Grundsatz Gerechte
Preise weltweit am Horizont der Wirtschaft auftaucht.

Literatur

Schweitzer, A. (2006): Schweizer Hilfsverein für das Albert-
Schweitzer-Spital in Lambarene. Postfach 9419, CH-8036
Zürich

MIR (2006): „Mir sind d'Swisscom“. Interessengemeinschaft
verantwortungsbewusster Schweizer Staatsbürger und Kon-
sumenten. lic.oek. R. Menke, Bungertenstr. 30, CH-8307
Effretikon

Witzenmann, H. (1993): Der gerechte Preis. Gideon Spicker
Verlag, CH-4143 Dornach (2. Aufl. 2005)

Regionalwährung Styrrion

Besonders gut durchdacht

Anton Kimpfler

Mit Volker Mastalier, der sehr am Aufbau der Wal-
dorfschule Graz beteiligt war, konnte am 7. Oktober
2006 an dieser Stelle eine Veranstaltung abgehalten
werden, die sich auf die globalisierte Wirtschaft und
die ausgleichende Funktion des Regionalgeldes be-
zog. Inzwischen gibt es ja viele Gegenden, wo eine
komplementäre Währung umläuft. Aber was hier von
der Grazer Waldorfschule ausgehend unter Anleitung
von Volker Mastalier und durch Schülerbeteiligung
entstand, hat doch eine besonders gute Ausformung,

auch im Sinne der sozialen Dreigliederung, mit einer gesunden Beziehung von Kultur, Recht und Wirtschaft. Beim Start im Januar 2003 war für die als Styrrion bezeichnete Regionalwährung wohl der Chiemgauer (aus Bayern, an der Waldorfschule Prien entstanden) ein Vorbild. Aber es wurde auf das regelmäßig nötige Aufkleben von Gebührenmarken verzichtet - bei dem die Auffassungen von Silvio Gesell hereinwirkten.

Als Kaufgeld bezieht sich die rein wirtschaftliche Gültigkeit des Styrrion ganz auf den Euro, mit einer eigenen Stückelung von 1, 2, 5, 10, 20 und 30. Beträge unter 1 Styrrion werden in Euro-Cent ausbezahlt, in Ausnahmefällen auch höhere Beträge, wenn keine Styrrion zur Hand sind. Leihgeld entsteht dadurch, dass Euros gegeben und Styrrion empfangen werden. Das hat seine rechtliche Absicherung als Vereinsgutschein. Jedoch beim Rückwechsel in Euro wird ein Regionalbeitrag von 5 Prozent erhoben. Insofern ist da etwas vom Geldaltern mit drin, denn es soll die Währung in einem organischen Finanzwesen entsprechend den Wirtschaftswerten auch abnehmen. Derzeit hat der Styrrion eine Laufdauer von neun Monaten. (Das könnte sich auf ein bis zwei Jahre ausweiten, um etwas mehr Spielraum zu haben.)

Abgelaufene Styrrion sind ungültig. Sie müssen binnen zwei Wochen bei einer Ausgabestelle entweder in Euro zurückgetauscht oder gegen 2 Prozent Gebühr erneuert werden. Auch dann ist somit noch ein wenig organisches Geldaltern darin. Von den 5 Prozent, die beim Rücktausch einbehalten werden, gehen 2 Prozent an den gemeinnützigen Verein Styrrion, um die Herstellung und den Vertrieb der Gutscheine zu bezahlen. 3 Prozent aber gehen an irgendeinen gemeinnützigen Verein, den der Kunde schon beim Kauf seiner Styrrion bestimmt. Insofern ist jeweils ein Anteil von Schenkgeld dabei, welches vor allem der Finanzierung von kulturellen Bestrebungen dienen sollte.

Ein ganz starkes Anliegen bei der Styrrion-Begründung war, dass es zu einem kooperativen Zusammenwirken von Konsumenten, Unternehmen und kulturellen Einrichtungen kommt. So soll eine assoziative Tendenz gefördert sein. Auch wird auf nachhaltige, möglichst ökologisch verantwortbare Produkte geachtet. Weil Lieferanten oder Mitarbeiter zum Teil in Styrrion abgegolten werden, entstehen eigene Kreisläufe. Eine Umsatzsteigerung von bis zu 8 Prozent ist bei beteiligten Geschäften beobachtet worden.

Von dem, was bei der Styrrion-Ausgabestelle an Euro verbleibt, ist ein genügender Reservebetrag auf einer Bank zu halten. Daneben können in der Region auch Kleinkredite mit minimiertem Zins ausgegeben werden, was weitere Unterstützungen von förderungswerten Initiativen gestattet. Die Beteiligten am Styrrion-Kreislauf werden auch dazu angeregt, nicht benötigte Beträge in Guthaben umzuwandeln, die wertbeständig sind und zusätzlich gestatten sollen, dass interessante Aktivitäten regionaler Art besser gedeihen können.

Angestrebt ist zusätzlich ein elektronisches System, wo über Girokonten eine Transaktion von Styrrion erleichtert werden soll. Doch dürfen die Einzelscheine auf keinen Fall wegbleiben, denn über sie lassen sich manche Bemühungen auf freie Weise unterstützen. Es

sind eben doch auch manche Menschen auf direkte Spenden angewiesen. Wenn das entfielen, würden sie ihr Auskommen verlieren. Deshalb ist es für kulturell Freischaffende ganz wichtig, dass nicht alles den elektronischen Weg nimmt. Es sollte schon auch die einzelnen Scheine geben. Bei den Schülern der Oberstufe in Graz nahm nach einiger Zeit die Begeisterung fürs Betreiben des Regionalgeldes wieder ab. Zwar ist das Büro dafür noch auf dem Schulgelände angesiedelt, aber zuständig sind inzwischen überwiegend andere Menschen.

Stuttgarter Rössle setzt sich in Trab

Am 2. Dezember 2006 startete die Initiative Rössle Regional e.V. im kleinen Sitzungssaal des Rathauses. Durch die Veranstaltung führte Klaus Starke, ehemaliger Koordinator des Regionetzwerks, der Kommunikationsbasis der Regionalgeldinitiativen.

Die neue Stuttgarter Regionalwährung soll die regionale Wirtschaft beleben und kleine und mittelständische Unternehmen stärken. Mit dem Rössle kann man zur finanziellen Förderung gemeinnütziger Einrichtungen und Projekte beitragen. Die Schaffung des Rössle hat zum Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und regionale Produkte und kurze Transportwege zu fördern, was die Umwelt schon. Nähere Informationen im Internet unter www.roessle-regional.de.

Förderverein Rössle Regional e.V., Strohhberg 16, D-70180 Stuttgart, Fon: 0179 / 3105331, E-Mail: info@roessle-regional.de

Bedingungsloses Grundeinkommen

Argumente und Strömungen in der öffentlichen Debatte

Christoph Strawe

Die öffentliche Diskussion über das Thema Grundeinkommen ebbt erfreulicherweise nicht ab, - nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ländern wie Österreich. Dort hat die SPÖ eine Grundsicherung vorgeschlagen, die zwar meilenweit entfernt ist von einem bedingungslosen Grundeinkommen, aber der Vorschlag hat wenigstens die Möglichkeit eröffnet, echte Grundeinkommensmodelle ins Gespräch zu bringen. Besonders die Befürwortung eines „bedingungsloses Grundeinkommen für alle“ durch den Linzer Diözesanbischof Ludwig Schwarz hat Aufsehen erregt.

In einem Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 20. November 2006 antwortete der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker auf die Frage „Welche Mindeststandards halten sie in der EU für unerlässlich?“ mit den Worten: „Ein Grundeinkommen. Das heißt: Jeder, der in einem EU-Mitgliedsland wohnt, hat Anspruch auf ein Mindesteinkommen. Dieses muss natürlich nicht überall gleich sein. Brüssel kann nicht die Höhe festlegen, sollte aber prinzipielle Regeln für eine soziale Grundsicherung formulieren“. Das klingt gut, lässt aber auch vieles offen, z.B. die Frage der Bedingungslosigkeit. Immerhin eröffnet es weitere Möglichkeiten des gesellschaftlichen Diskurses über das Thema.

Am schwersten tut sich mit dem Thema die SPD. Nicht nur, dass sie sich als alte Partei der Lohnabhängigen nicht vom Paradigma der Lohnarbeit lösen kann. Vor allem fürchtet sie offenbar, dass Politiker wie CDU-Ministerpräsident Althaus ihr mit dem Thema Wähler abspenstig machen. Daher zückt Generalsekretär Hubertus Heil die argumentative Keule. Das richtet sich vordergründig zwar nur gegen den in der Tat problematischen Althaus-Vorschlag, soll aber die Idee des Grundeinkommens als solche treffen: „Das ist eine konservative Stilllegungsprämie. Menschen werden einfach aufgegeben, als nutzlos abgestempelt, in die Sackgasse geschoben und mit Geld abgefunden“, sagt Heil in einem Interview WELT.de.* Das sogenannte Bürgergeld sei „ebenso leistungsfeindlich wie unsozial“, so Heil. Die SPD hingegen gebe niemanden auf, ergänzt er. Undankbare Hartz IV-Empfänger, die das nicht so zu sehen vermögen!

In das gleiche Horn wie Hubertus Heil stößt Oliver Schmolke in der TAZ vom 26. Oktober. „Das ‚Bürgergeld‘, wie es von Dieter Althaus und einigen anderen Konservativen ins Gespräch gebracht wird, ist nichts anderes als eine miserable staatliche Abfindungszahlung für den Ausstieg aus der Erwerbsarbeit. Dieses Geld ist kaum mehr als ein Trostpflaster und Armutsgroschen. Es ist leistungsfeindlich und unsozial in einem. Das ist kein Zufall. Denn sozial ist eine Gesellschaft, die zum Mitmachen ermutigt. Und nur eine solche „inklusive“, motivierende Gesellschaft kann eine leistungsstarke Gesellschaft sein.“

André Presse vom Interfakultativen Institut für Entrepreneurship der Universität Karlsruhe schrieb Schmolke daraufhin einen Brief, in dem es heißt: „Bitte erlauben Sie mir, in aller Kürze auf Ihren Beitrag mit dem Titel ‚Investitionen statt Alimente‘ einzugehen und darauf hinzuweisen, dass es sich bei dem bedingungslosen Grundeinkommen eben gerade um Investitionen handelt und keinesfalls um einen ‚Abfindungsgroschen von Konservativen‘. In was, wenn nicht in Familie, Bildung, Erziehung, Wissenschaft und Forschung sollte eine Gesellschaft investieren, die zukunftsfähig sein will? Das Grundeinkommen repräsentiert eine Investition gerade in diesen Bereichen indem es den Menschen erlaubt, Aufgaben hier zu ergreifen. Natürlich glauben Professor Werner und wir als Befürworter des Grundeinkommens auch nicht, ‚das uns die Arbeit ausgeht‘. Wir differenzieren lediglich automatisierbare und nicht automatisierbare Arbeit und gelangen zu dem Ergebnis, dass erstere

* <http://www.welt.de/data/2006/10/28/1090828.html>

von Menschen immer weniger wahrgenommen wird, während letztere vom Menschen nur initiativ ergriffen werden kann. Die Freiheit zu einer solchen Initiative gibt das Grundeinkommen, im Gegensatz zu den gegenwärtigen ‚gängelungsstaatlichen‘ Rahmenbedingungen. Gerne sind wir hierüber weiter im Dialog.“

„Alle Bundestagsparteien diskutieren über das Grundeinkommen als Alternative zum Zwangssystem Hartz IV - nur nicht die SPD“ stellen Hannes Koch und Ulrike Winkelmann in einem Artikel der TAZ vom 25. 9. 2006 fest - Titel: „Die gefährliche Freiheit“. Die Parteispitzen seien von der Idee irritiert, blockten sie aber nicht komplett ab. Kommunal- und Landespolitiker hätten durchgesetzt, dass das Thema beim Parteitag der Grünen Anfang Dezember auf die Tagesordnung kam. Dort wurde es dann kontrovers diskutiert. Es wurde ein grundlegender Umbau der sozialen Sicherungssysteme gefordert. Eine Entscheidung zwischen der vom Parteivorstand unterstützten „bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung“ und einem bedingungslosen Grundeinkommen fiel aber nicht. Eine Kommission soll jetzt für den Parteitag 2007 eine Entscheidung vorbereiten. Da in der FDP-Programmatik ebenfalls das Bürgergeld eine Rolle spielt, träumt mancher schon davon, dass eine kommende Jamaika-Koalition sich um die Realisierung kümmern könne.

In der Linkspartei gibt es eine starke Pro-Strömung um die stellvertretende Parteivorsitzende Katja Kipping, der aber unlängst eine innerparteiliche Abstimmungs Niederlage beigebracht worden ist. WASG-Bundesvorsitzender Klaus Ernst beispielsweise vertritt in Talk-Shows ähnliche Argumente wie Hubertus Heil - allerdings garniert mit Kritik an Hartz IV - und teilt offenbar auch den Vollbeschäftigungsglauben der Sozialdemokraten. Für die Union hat Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus das Thema geschickt besetzt. Man fragt sich allerdings, ob es sich bei vielen Sympathisanten in der CDU weniger um die Idee als solche handelt, als vielmehr um die Althaus'sche Ausformung, für die er damit wirbt, dass das Ganze billiger komme als die bestehenden Sozialsysteme.

Immerhin wird man es - seit die Konrad-Adenauer-Stiftung die Finanzierung des Althaus-Vorschlags - unter Beteiligung des grünen Sozialpolitik-Professors und Sozialimpulse-Autors Michael Opielka - durchrechnen ließ, schwerer haben, die Grundeinkommensidee generell als unfinanzierbar und illusorisch hinzustellen. Letzteres geschieht mitunter auch im anthroposophischen Umfeld, so in der Zeitschrift „Der Europäer“, wo Franz Jürgens über die „Grundeinkommensfiktion von Drogist Werner & Steuerberater Hardorp“ herzieht und schlicht nicht zur Kenntnis nimmt, dass bei der Finanzierung an eine aufwandsneutrale Umfinanzierung gedacht ist, die gerade nicht zu einer Teuerung führen soll.**

In der Zivilgesellschaft genießt die Grundeinkommensidee erhebliche Sympathien, wird jedoch teilweise auch kontrovers diskutiert. Insbesondere orthodox marxistisch geprägte Menschen können häufig mit der Idee nichts anfangen bzw. halten nicht nur bestimmte

** Cui bono? Das gescheiterte „Grundeinkommen“, November 2006, S. 19. Zur Gesamtproblematik vgl. die Darstellung im letzten Heft der Sozialimpulse.

neoliberale Zerrformen des „Bürgergeldes“, sondern den Ansatz generell für ein abgefeimtes Manöver, um die Arbeiterklasse endgültig zu entrechten. Im Publik-Forum macht Wolfgang Kessler den Versuch. „die Idee des Grundeinkommens mit der Realität der Arbeitsgesellschaft versöhnen“.* Er plädiert für ein Bürgergeld von beispielsweise 700 Euro, für Kinder 250 Euro, das von den Finanzämtern als negative Einkommenssteuer ausgezahlt werden soll. Wer verbindlich und nachweislich gesellschaftlich notwendige Aufgaben erledigt, die heute nicht bezahlbar seien, aber immer wichtiger würden, solle einen Zuschlag von weiteren 350 Euro erhalten. Kessler nennt als Beispiele Pflege von Behinderten, Kranken und Älteren, Bürgerarbeit und kulturelle Arbeit. Die Arbeitslosigkeit werde durch die Möglichkeit der Kombination von Arbeit und Bürgergeld stark zurückgehen. Die Finanzierung sei zum Teil Umfinanzierung bisheriger Sozialausgaben, darüberhinaus denkt Kessler an eine Wertschöpfungsabgabe und einen dritten, höheren Mehrwertsteuersatz für Luxusgüter. Kesslers Versuch, bisher starre Fronten in der Diskussion aufzulösen, ist achtenswert, auch wenn gegen das von ihm vorgeschlagene Konzept manche Einwände erhoben werden können.**

Insgesamt ist davon auszugehen, dass die zunehmende Popularität der Grundeinkommensidee zugleich erforderlich machen wird, noch klarer als bisher die Kriterien herauszuarbeiten, an denen die Seriosität der verschiedenen Vorschläge gemessen werden kann: Bedingungsloses Grundeinkommen muss eine würdige Existenz im Sinne der gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen, darf mit keinerlei Bedürftigkeitsprüfung verbunden sein und keinen Zwang zur Arbeit mit sich führen, auch keinen indirekten.

Freies Geistesleben

Hochschulen sind keine Marktunternehmen!

Beilsteiner Erklärung

1. *Wir, die Unterzeichnenden, sind besorgt über die Umgestaltung der öffentlichen Hochschulen zu kommerziellen Dienstleistungsunternehmen, die sich vermehrt selbst finanzieren müssen, indem sie ihr Angebot - Forschung und Lehre - auf einem Wissens- und Bildungsmarkt verkaufen.*

Öffentliche Hochschulen sind keine Privatunternehmen, die nach Gewinn und Verlust funktionieren. Sie sind Einrichtungen von Bürgern für Bürger, finanziert im

* Der Traum - ganz real. Publik-Forum. Zeitung kritischer Christen, Nr. 20, 20. Oktober 2006

** Vgl. die Argumentation zur Frage der Finanzierung und zur „Bedingungslosigkeit“ im letzten Heft dieser Zeitschrift (Die Idee des Grundeinkommens - Anstoß für eine Revolution der Sozialsysteme und ihrer Finanzierung).

Wesentlichen durch Steuerbeiträge der Bürger, damit unabhängig und frei von wirtschaftlichen und politischen Interessen geforscht und gelehrt werden kann - damit eine akademische Jugend heranwächst, die verantwortungsbewusst wissenschaftlich denken und forschen kann. Eine freie Gesellschaft braucht unabhängige öffentliche Hochschulen.

Wir wenden uns gegen die internationalen Abkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) und TRIPS (Trade-related Aspects of Intellectual Property Rights), die 1995 abseits jeder öffentlichen Diskussion von der WTO beschlossen wurden und die Mitgliedsländer verpflichten, ihre öffentlichen Hochschulen ganz oder teilweise dem kommerziellen Wettbewerb auszusetzen. In diesem Zusammenhang dient offenbar der Bologna-Prozess auch dazu, die Studiengänge und -abschlüsse international zu vereinheitlichen, damit ein globaler Wissens- und Bildungsmarkt entstehen kann.

2. *Wir sind besorgt, dass unsere Hochschulen immer weniger ihren öffentlichen Auftrag erfüllen, Forschung und Lehre frei und zum Wohl der Allgemeinheit zu betreiben. Hochschulstudiengänge müssen **allen** nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen, nicht nur privilegierten Schichten, die dafür bezahlen können.*

Wenn Hochschulen zu kommerziell ausgerichteten Dienstleistungsunternehmen werden, dann hat dies die Einführung allgemeiner Studiengebühren zur Folge. Es ist abzusehen, dass Hochschulen nur noch denen offen stehen, die dafür bezahlen. Diese Art sozialer Selektion, die Geld zu einem Kriterium für den Hochschulzugang macht, lehnen wir ab. Hochschulen müssen allen Zugang bieten, die sich dafür qualifizieren, unabhängig von Rasse, Geschlecht, nationaler und/oder sozialer Herkunft.

3. *Besorgt sind wir auch, dass die dreijährigen Bachelor-Studiengänge immer weniger auf den Grundlagen wissenschaftlicher Methodik aufbauen. Junge Menschen lernen daher nicht mehr, wissenschaftlich selbständig zu denken und zu arbeiten. Sie sollen - im Sinne der Output-Orientierung gemäß der Bologna-Deklaration - am Ende können, was marktkonform ist.*

Wir wenden uns dagegen, junge Menschen nur als Human-Ressourcen zu betrachten, die sich auf dem Markt verkaufen müssen. Das widerspricht der Menschenwürde. Menschen haben ein vitales Interesse an wissenschaftlicher Bildung. Und eine demokratische Gesellschaft braucht wissenschaftlich gebildete Menschen, die mit wissenschaftlichen Kenntnissen und kritischem Denkvermögen auch zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen.

4. *Sorge macht uns, dass es künftig zwei Klassen von Akademikern gibt: Solche mit einem dreijährigen Bachelor-Studium, dem weitgehend die wissenschaftlichen Grundlagen fehlen, und solche mit einem zweijährigen Master-Aufbaustudium, das zum wissenschaftlichen Arbeiten befähigt. Dadurch wird eine Selektionsstufe geschaffen, die zur Bildung einer Wissenschaftselite führt.*

Es ist ein Irrweg, einem Bachelor-Studium, dem die methodischen Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens fehlen, ein Master-Studium aufzusetzen, aus dem eine Forschungselite hervorgehen soll. Man kann aus jungen Leuten, die nicht wissenschaftlich denken und arbeiten gelernt haben, keine Spitzenforscher machen. Was wir brauchen, ist eine solide Bildung junger Menschen durch alle Schulstufen hindurch, damit wir wissenschaftlich gebildete, kreative und verantwortungsfähige Akademiker/-innen und Ingenieure/-innen haben, von denen die Besten Forschung zum Wohl der Allgemeinheit treiben.

Wir wollen kein Studium für eine Masse ungenügend Qualifizierter, die den Hochschulen vor allem Studiengebühren einbringen. Wir wollen auch keine abgehobene Forschungselite an Hochschulen, die sich dafür hergeben muss, für Gewinn und Profit Auftragsforschung zu betreiben, deren Ergebnisse von den Hochschulen patentiert und verwertet werden.

5. Sorge macht uns in diesem Zusammenhang, dass öffentliche Hochschulen heute auch Patente anmelden und vermarkten können. Wissenschaftler/-innen sind gesetzlich gezwungen, Forschungserfindungen - noch vor der Veröffentlichung! - ihrem Dienstherrn, der Hochschule, zu melden, damit Hochschulen Patente für sich geltend machen können.

Wenn öffentliche Hochschulen Patente anmelden können, sind Forschungserfindungen kein öffentliches Allgemeingut mehr; sie werden zum ausschließlichen Recht derer, die das Patent haben, egal ob das Hochschulen oder einzelne sind. Forschungsergebnisse an öffentlichen Hochschulen sind öffentliches Allgemeingut, zu dem alle Menschen freien Zugang haben müssen.

Wir wenden uns gegen die schleichende Entrechtung und Enteignung der Öffentlichkeit. Wir wenden uns gegen das WTO-Abkommen über den Handel mit Rechten an geistigem Eigentum (TRIPS). Wir wenden uns gegen die schrittweise Änderung der Gesetze, so etwa des Arbeitnehmererfindergesetzes (§ 42 & 43, 2002) in Deutschland, des Universitätsgesetzes in Österreich (§ 106, Abs. 2&3, 2002), der Verwertungsrichtlinien der ETH 2005 in der Schweiz, die jenseits einer breiten öffentlichen Diskussion durchgeführt wurden und öffentlichen Hochschulen das Recht einräumen, durch Patentierung ausschließliche Rechte auf Forschungserfindungen zu erwerben und diese gegebenenfalls auch an andere weiterzugeben. Hier stellt sich die Frage, wie das mit dem öffentlichen Auftrag der Hochschulen vereinbar ist.

6. Besorgt sind wir auch darüber, dass immer mehr Institute, Studiengänge und Forschungseinrichtungen geschlossen werden, die wirtschaftlich nicht rentabel erscheinen, entweder weil sie nur wenige Studierende haben, die nicht genügend Geld einbringen, oder weil sich ihre Forschungsergebnisse nicht verwerten lassen.

Davon betroffen sind insbesondere geistes- und humanwissenschaftliche Disziplinen, Musik und bildende Künste, Grundlagenwissenschaften und Grundlagenfächer, allgemein bildende Studiengänge in naturwis-

senschaftlich-technischen Studienrichtungen etc., die keinen unmittelbaren Marktwert aufweisen, aber einen umso höheren persönlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Bildungswert haben. Sie sind für den Bestand von Gesellschaft und Kultur unverzichtbar, weshalb ein weiterer Abbau in diese Richtung katastrophale Folgen hätte.

7. Sorge macht uns, dass der Staat die Rechtsaufsichtspflicht über das öffentliche Bildungswesen immer mehr abgibt und private, häufig kommerziell betriebene Agenturen, die demokratisch nicht kontrolliert sind, Kontrollfunktionen übernehmen lässt.

Private Agenturen überprüfen, zertifizieren und akkreditieren die Bachelor- und Master-Studiengänge und steuern somit die Hochschulentwicklung. Statt die Hochschulen von politisch-staatlicher Bevormundung zu befreien und ihnen die volle Autonomie und Selbstverwaltung bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgabe zu geben, werden sie der Fremdbestimmung durch ökonomische Interessen ausgeliefert. Dadurch verlieren die Bürger ihre souveräne demokratische Gewalt über das öffentliche Bildungswesen.

Öffentliche Hochschulen sind eine res publica, eine öffentliche Angelegenheit. Deshalb hat der Staat die Transparenz des Hochschulwesens sicherzustellen, den Hochschulzugang für alle Befähigten unabhängig vom Besitzstand zu garantieren, politische Einflussnahme zu unterlassen und stattdessen die Unabhängigkeit der Hochschulen und damit die Freiheit der Forschung und Lehre gegenüber wirtschaftlichen Interessen sicherzustellen. Wir verlangen eine breite und öffentliche Diskussion über den Stand der WTO-Verhandlungen bezüglich des Dienstleistungsabkommens GATS und des Abkommens über den Handel mit Rechten an geistigem Eigentum TRIPS und deren Folgen für die Hochschulen. Es geht nicht an, dass unsere Universitäten und Fachhochschulen durch schrittweise Gesetzesänderungen, die kaum einer überblickt, zu Marktunternehmen umfunktioniert werden, ohne dass wir Bürger, Professoren, Dozierende, Studierende umfassend darüber informiert werden. Wir wollen unsere eigenen öffentlichen Angelegenheiten - wie es sich in einem demokratischen Gemeinwesen gehört - selbst in die Hand nehmen können.

Erklärung, verabschiedet von Hochschullehrern, die den Beilsteiner Kreis begründet haben - als kritisches Forum, das sich mit aktuellen Entwicklungen im Bereich der Hochschulen auseinandersetzt.

Beilstein am Neckar, 2006, für den Beilsteiner Kreis:
Für den Beilsteiner Kreis: Bernhard, Willi, Fachhochschule Basel, Schweiz | Bohrmann, Steffen, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Bollin, Elmar, Prof. Dipl.-Ing., Hochschule Offenburg | Dietrichs, Irene, Prof., Hochschule Technik & Architektur Horw, Schweiz | Diwald, Werner, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Fischer, Andreas, Prof. Dr., Universität Lüneburg | Fleuchaus, Ruth, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Foßhag, Erich, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Friedrich, Thomas, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Gemrich, Armin, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Grüninger, Elisabeth, , Fachhochschule beider Basel, Schweiz | Herrmann, Ulrich, Prof. Dr., Tübingen | Hoefele, Joachim, Dr., Zürcher

Hochschule Winterthur, Schweiz | Kammasch, Gudrun, Prof. Dr., Technische Fachhochschule Berlin | Kern, Rudolf, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Krautz, Jochen, Dr., Bergische Universität Wuppertal | Lindner, Matthias, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Lohrengel, Burkhard, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Mueller, Stephan, Prof. Dr. phil., Fachhochschule beider Basel, Schweiz | Patko, Gyula, Prof. Dr., Universität Miskolc, Ungarn | Pätzold, Henning, M.A., Universität Kaiserslautern | Permantier, Gerald, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Pfeil Gomes Pereira, Paulo Roberto, Prof. Dr., Universidad Federal Fluminense, Brasilien | Pfister, Günter, Prof. Dr., University of Maryland, USA | Prochaska, Ermenfried, Prof. Dipl.-Ing., Hochschule Heilbronn | Schinke, Bernd, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Schmäing, Eduard, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Schmidt, Volkmar M., Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Schrott, Peter, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Seeböck, Robert, Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Taesler, Rainald, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Trägner, Ulrich C., Prof. Dr., Hochschule Mannheim | Weber-Gobet, Bruno, , Travail.Suisse, Schweiz | Wild, Jörg, Prof. Dr., Hochschule Heilbronn | Wullschlegler, Linda, , Fachhochschule beider Basel, Schweiz | Ziroff Gut, Vera, Dr., Hochschule für Technik Rapperswil, Schweiz

Mit Ihrer Unterschrift können Sie sich der Erklärung anschließen: Schicken Sie eine Mail mit Ihren Adressdaten und dem Text „Ja, ich möchte die Beilsteiner Erklärung mit unterzeichnen!“ an: beilsteinerkreis@hs-heilbronn.de. Oder per Post an: Prof. Steffen Bohrmann Hochschule Mannheim, Windeckst.110, 68163 Mannheim. Internet: <http://beilsteinerkreis.hs-heilbronn.de>

Freies Geistesleben im Sozialstaat

Anmerkungen zu den Beiträgen von
Thomas Brunner, Ingo Hoppe und Gabriele
Wickenhäuser in „Sozialimpulse 3/2006“

Michael Opielka

Die Diskussion um das Verhältnis von Geistesleben und Staatlichkeit ist von allergrößter Bedeutung, insbesondere in einer sich vernetzenden, „globalisierten“ Welt, in der Institutionen zunehmend Individualität beschränken. Oder erlauben sie überhaupt erst Individualität? Das ist nicht nur eine rhetorische Polarität, vielmehr eine ganz grundsätzliche Frage für die Anthroposophie.

Der Staat ist eine Institution, die sich vielfältig aufgliedert und mit anderen Institutionen verbindet, vermischt, aber auch von ihnen abgrenzt. Der moderne Nationalstaat entstand, indem er von anderen Staaten anerkannt wurde, sich also in Abgrenzung zu den anderen und zugleich durch sie definierte. In der neueren Politikwissenschaft wird dies sehr differenziert begründet (z.B. bei Michael Zürn, „Regieren jenseits des Nationalstaates“, Suhrkamp). Zugleich ist der moderne Staat ein Sozialstaat und zwar relativ unabhängig vom Grad der Demokratie (dazu Opielka, „Sozialpolitik“, Rowohlt). Das liegt vor allem daran, dass „Modernität“

ein anderer Begriff für eine geistig-soziale Entwicklung sein dürfte: die Entbettung des Einzelnen aus einer Gemeinschaftswelt, die der Idee der Blutsverwandtschaft (Familie, Clan) und des göttlichen Kosmos folgte. Nur durch diese Entbettung wurde die Aufklärung möglich und schließlich die moderne Industrie. Max Weber hat dazu das Wesentliche gesagt- und eben auch, dass die Moderne und ihre staatliche Bürokratie ein „Gehäuse der Hörigkeit“ bilden. Das ist die empirische Polarität: nur durch die Gefährdung der Individualität wird Individualität für Alle möglich. Umgekehrt und nur scheinbar schöner formuliert: Individualität für Alle ist nicht ohne ihre Gefährdung zu haben.

Diese Dialektik der Moderne will vor allem Thomas Brunner, so mein Eindruck, nicht einsehen. „Ohne selbst überhaupt einen wirklichen Begriff freien geistigen Lebens zu bilden, um den es ja primär ging, wird so Halbwahrheit an Halbwahrheit gereiht.“ In gewisser Weise muss ich Brunner recht geben: ich traue mir nicht zu, mehr als „Halbwahrheiten“ zu behaupten, gerade wenn ich die „Wahrheit“ suche. Ich misstrauere vielmehr denjenigen, die ihre eigenen Angaben als „wahr“ markieren. Ein „wirklicher Begriff freien geistigen Lebens“ - auch das ist eine bombastische Formulierung, die man nur im Wissen um die Begrenztheit unserer Begriffschöpfungen in den Mund nehmen sollte.

Ärgerlich wird man bei der Lektüre von Brunners wohlfeilen Überlegungen, wenn er (gegen mich und Bodack) schreibt: „Ihr mangelndes Verständnis von ‚freiem Geistesleben‘ wird (...) vor allem daran deutlich, dass sie offensichtlich ‚Geistesleben‘ überhaupt nicht am Individuum als solchem orientiert denken können, sondern nur im institutionellen Rahmen.“ Genauso ist es. Ich kann mir ein „Freies Geistesleben“ tatsächlich „nur im institutionellen Rahmen“ vorstellen. Institutionell heißt natürlich nicht nur staatlich, aber eben auch staatlich, weil das für alle Bürger geltende Recht qua Definition staatlich ist. Es gibt auch „Recht“ außerhalb und neben dem Staat, beispielsweise das (katholisch) kirchliche (kanonische) Recht oder freie Vereinbarungen in Verbänden (z.B. Schiedssatzungen). In der Moderne gibt es allerdings kaum Räume, die gegenüber dem Staat „rechtsfrei“ sind - und unter demokratischen Bedingungen ist das auch nicht so sehr beunruhigend. Das gilt für die Familie, wo wir schätzen, dass Kinder und Frauen nicht misshandelt oder verkauft werden dürfen, aber auch für die Wirtschaft, wo wir Patentschutz ebenso schätzen wie die Möglichkeit, Betrüger und Diebe nicht mit unserer eigenen körperlicher Gewalt von ihrem Treiben abhalten zu müssen.

Die moderne Welt ist eine institutionelle Welt. Diese Institutionen müssen sich „am Individuum als solchem“ orientieren: an diesem unliberalen Anspruch ansetzend, muss man nun genauer hinschauen, welche Institutionen dies wann und wo leisten. Brunner hat diesen Anspruch völlig abstrakt in die Welt gerufen und indem er - ganz unsoziologisch - darauf verzichtet, die Institutionen konkret zu untersuchen, erscheinen seine Ausführungen und teilweise leider auch Ausfälle wenig hilfreich. Warum die Eurythmie an einer staatlich anerkannten Kunsthochschule zur „unfruchtbaren bürgerlichen Tanzkunst“ werden soll, bleibt völlig ungeklärt. Das kann sein, aber

auch genau das Gegenteil. Er schreibt weiter: „D.h. ins Bildungs- und Kulturleben gehören überhaupt keine staatlichen, immanent an Subventionen und staatliche Anerkennungen geknüpften Reglementierungen und Definitionen, weil sie die Erkenntnis der Freiheitsfähigkeit des Menschen durch die Zementierung des bürgerlichen, subjektiven ‚Monadenbewusstseins‘ verstellen.“ Ich wünsche Brunner etwas mehr subjektives ‚Monadenbewusstsein‘, bevor hier alles durcheinander geworfen wird. Denn die Wirklichkeit ist viel komplexer.

Man kann und muss staatliche Institutionen kritisch sehen, das ist das Wesen der Demokratie. Aber zu behaupten, dass nicht-staatliche Institutionen - denn auch diese sind stets Institutionen - immer freiheitlicher wären, ist schlicht Bauernfängerei. Ich kenne weltweit keine private Universität, die auch nur annähernd den jeweils vergleichbaren staatlichen oder staatsähnlichen Universitäten das Wasser in Bezug auf Geistesfreiheit reichen könnte. Gerne zitierte Hochschulen wie Harvard oder Witten-Herdecke sind nur begrenzt „nicht-staatlich“, vielmehr auf komplexe Weise mit dem Staat verwoben. Und je „privater“ die Hochschulen werden, umso weniger legen sie Wert auf nicht-angewandte, „freie“ Forschung und umso weniger sind die Hochschullehrer - und folglich auch die Studierenden - in ihrer praktischen Freiheit geschützt, wenn es darauf ankommt. Das ist kein Argument gegen private, vor allem nicht gegen gemeinnützige (Stiftungs-)Hochschulen. Ich bin sehr für sie - aber ich bin strikt dagegen, sie dogmatisch als solche für überlegen zu halten, ohne genau zu schauen, was ihre Vorteile sind und wo sie sich verbessern müssen, nämlich oft genug in Sachen Freiheit des Einzelnen.

Ingo Hoppes Ausführungen bemühen sich, im Unterschied zu Brunner, um konkrete Argumente. Aber auch hier wird die Wirklichkeit durch Vereinfachungen so eingeebnet, dass sie sich für die eigene These als gefällig erweist. Natürlich sind Hierarchisierungen und Bürokratisierungen ein sehr großes Problem für eine an der Sache und am konkreten Gegenüber orientierten (Hoch-)Schule. Es ist sicher so, dass „Vergleichbarkeit“ (..) in vielen Fällen nur ein anderes Wort für Gleichschaltung“ ist. Andererseits aber kann man nicht behaupten, dass das professionelle Niveau in anthroposophischen Ausbildungsstätten in der Vergangenheit immer ausreichend war. Prüfbar jedenfalls war es für Interessenten meist nicht. Man konnte herumhören, Empfehlungen folgen und seiner Intuition. Bürokratische Formen des Vergleichens, wie sie der „Bologna-Prozess“ durch die Umstellung auf Bachelor und Master, aber auch Hochschul-Vergleiche („Benchmarking“) nahe legen, ersetzen Empfehlung und Intuition nicht. Aber sie bieten Material dafür - kleine Objektivitäten, die zur Moderne gehören und mit denen wir genauso umgehen müssen, wie mit dem PC oder dem Handy.

Ich plädiere also dafür, das Verhältnis von Staat und Freiem Geistesleben viel genauer zu betrachten, als es die flotten Polemiken mancher Anthroposophen nahe legen. Einer „pro-staatlichen Partei“ zuzugehören, wie Gabriele Wickenhäuser bei mir vermutet, läge mir höchstens in einer Hinsicht nah: wenn es den Staat gibt, was nicht zu bezweifeln ist, muss man gerade aus anthroposophischer Sicht klug mit

ihm umgehen. „Alles Wirkliche ist vernünftig“, schrieb einst Hegel, der dann an Humboldts Universität lehrte. Damit Freiheit wirklich wird, muss man sich für sie einsetzen, überall, auch im Rahmen des größten Allgemeinen, des Staates

Alternativer Nobelpreis für Chico Whitaker und das Weltsozialforum

Der brasilianische Initiator des Weltsozialforums, Chico Whitaker Ferreira, bekam einen der vier diesjährigen Alternativen Nobelpreise zuerkannt. Im Rundbrief Dreigliederung erschien in Heft 1/04 Whitakers Aufsatz „Das Weltsozialforum als offener Raum“ in deutscher Übersetzung. Das ist auch das Thema eines Buches von Whitaker, dessen deutsche Übersetzung zur Zeit vorbereitet wird und das bei VSA erscheinen soll. Wie die Stiftung Right Livelihood Award weiter mitteilte, teilen sich der US-Publizist Daniel Ellsberg, die indische Frauenrechtlerin Ruth Manorama und das kolumbianische Medellin-Lyrikfestival die drei weiteren Auszeichnungen, die mit insgesamt zwei Millionen Kronen (220.000 EUR) dotiert sind. Der Alternative Nobelpreis wurde 1980 von Jakob von Uexküll gestiftet. Träger des Preises waren in den letzten Jahren unter anderen Nicanor Perlas, Ibrahim Abouleish, Maude Barlowe und Tony Clarke.

Europäische Union

EU-Verfassungsvertrag - Reanimierung oder Ausstellung des Totenscheins?

Christoph Strawe

Wie Ende Oktober bekannt wurde, sieht der CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler die EU-Verfassung auch in Deutschland als „endgültig gescheitert“ an. Gauweiler klagt beim Bundesverfassungsgericht gegen das Zustimmungsgesetz - und Bundespräsident Köhler will erst unterschreiben, nachdem das Gericht geurteilt hat. Gauweiler begründet seine Einschätzung mit einer neuen Mitteilung des Gerichts: Verfassungsrichter Siegfried Broß argumentiert nach Angaben Gauweilers, das BVerfG werde die Verfassungsbeschwerde zunächst ruhen lassen, da eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt das Gericht zu einem Mitgestalter im europäischen Verfassungsprozess machen würde. Dies sei mit der Unparteilichkeit des BVerfG unvereinbar. In der Financial Times Deutschland polemisieren Daniela Schwarzer und Andreas Maurer gegen den „Querschuss aus

Karlsruhe“, der die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft beschädige.

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat den Auftrag, einen Weg aus der Verfassungskrise zu suchen. In maßgeblichen Kreisen der EU wurden hierzu bereits verschiedene Möglichkeiten erwogen. Einige EU-Politiker wollten notfalls das Projekt aufgeben und die inhaltlichen Positionen der Verfassung - z.B. die neuen Mehrheitsregelungen - in einen neuen EU-Vertrag gießen, der den Vertrag von Nizza teilweise revidiert, andere die Verfassung auseinanderbrechen, um nur die eher konsensfähigen Teile I und II in Kraft setzen zu lassen.

Der Europapolitiker und luxemburgische Premier Jean-Claude Juncker warnte nun jüngst davor, den Verfassungsvertrag aufzubrechen oder die Ratifizierung nicht fortzusetzen. „Die deutsche Ratspräsidentschaft und die Kanzlerin können“, so Juncker, „mit der ihr eigenen Glaubwürdigkeit intensivste Gespräche mit den anderen Mitgliedsstaaten und den Regierungschefs dort führen, um zu ergründen, welche Motive eigentlich daran Schuld sind, dass dieser angedachte europäische Verfassungsvertrag nicht die volle Zustimmung findet. Dann wird es der deutschen Ratspräsidentschaft gelingen, falsche Optionen aus dem Wege zu räumen wie beispielsweise die, dass man jetzt eine Neuverhandlung beginnt, die bei null anfangen wird und nichts mehr berücksichtigen würde, was in diesem europäischen Verfassungsvertrag zusammengetragen wurde. Wenn die deutsche Ratspräsidentschaft eine derartige Problemliste aufstellen könnte und auch erste Andeutungen darüber geben könnte, wie diese Bedenken, die es ja dann in formulierter Form in der Vorlage gibt, ausgeräumt werden könnten, dann wäre schon sehr viel passiert...“ (Interview mit dem Deutschlandfunk am 15.12.2006) Offenbar wird damit gerechnet, dass der oder die neue französische Präsident(in) sich an die Zusagen Chiracs nicht gebunden fühlen werde, das Referendum zu respektieren. Formal könnte man dann argumentieren, die Gründe des Nein seien durch eine einvernehmliche Modifikation im Detail, die in allen Ländern Zustimmung gefunden habe, entfallen.

Wenn man den vorliegenden Vertrag und die Art seines Zustandekommens für schlecht hält, muss man daher bereit sein, durch eine weitere Nein-Kampagne dazu beizutragen, dass der Totenschein für das Dokument ausgestellt und damit der Weg für eine bessere Lösung für Europa frei wird.

Demokratiebewegung

Europäische Demokratie-Aktion gestartet

Europa braucht dringend mehr Demokratie, darin sind sich alle einig. Es fehlt aber an konkreten Vorschlägen und Plänen, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Eine europäische Bewegung für mehr Demokratie, die sich aus über 90 NGOs zusammensetzt, hat nun

eine europaweite Unterschriftenkampagne gestartet. Konkretes Ziel dieser Kampagne ist die Einführung eines Initiativrechts in der EU. Mit Hilfe eines solchen Initiativrechts könnten Bürgerinnen und Bürger - erstmals in der Geschichte der EU - die politische Agenda selbst mitgestalten. Dies würde eine entscheidende Innovation im demokratischen Leben der Union bedeuten und auch die Richtung für weitere Reformschritte weisen. Unter www.citizens-initiative.eu kann man direkt online unterschreiben und die Unterschriftenlisten in über 20 Sprachen herunterladen.

Bremen: Neues Wahlrecht bald gültig?

Die Unterschriften des Bremer Volksbegehrens für ein neues Wahlrecht sind jetzt amtlich überprüft: 65.197 Unterschriften wurden als gültig anerkannt; ein starkes Ergebnis! Am nächsten Mittwoch, dem 13. Dezember, wird das Bremer Parlament, die Bürgerschaft, über den Gesetzentwurf beraten. Die Fraktionsspitzen haben bereits angekündigt, das neue Wahlrecht beschließen zu wollen. Das würde zwar bedeuten, daß der Volksentscheid darüber entfällt. Doch wem es in erster Linie auf das Ergebnis ankommt, kann zufrieden sein: Bremen ist dann das Bundesland, in dem die Wählerinnen und Wähler am meisten Einfluß auf die personelle Zusammensetzung der Bürgerschaft haben. www.neues-wahlrecht.de

Hamburg: CDU nach Wahlrechtsraub im Umfragetief

Die Hamburger CDU ist in der Gunst der Wähler dramatisch abgestürzt. Das ergab eine Umfrage von Infratest Dimap im Auftrag von „Mehr Demokratie“ und „Hamburger Morgenpost“. Die CDU verliert in dieser Umfrage nicht nur ihre absolute Mehrheit, sondern sinkt mit 35% zum ersten mal seit langem auch noch hinter die SPD zurück. Die Hauptursache dieses Absturzes liegt darin, dass die CDU das Wahlrecht im Alleingang geändert und dabei zum wiederholten Male das Ergebnis eines Volksentscheids ignoriert hat. So sprechen sich in der Umfrage auch 80 % der Befragten für verbindlichere Volksentscheide aus. Presseartikel dazu vom 27. Oktober siehe auf: <http://www.rettet-den-volksentscheid.de/index.php?page=pressespiegel>

Quelle: Omnibus-Newsletter. berlin@omnibus.org, Omnibus, Büro Berlin, Haus der Demokratie, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin, Fon: 030 - 42 80 43 90. www.omnibus.org, www.aktion-volksabstimmung.de

Termine und Initiativen

Weltsozialforum 2007

Das siebte Weltsozialforum wird im Gegensatz zu dem dreigeteilten Forum des Jahres 2006 wieder ein zentrales sein. Es wird vom 20. bis 25. Januar 2007 im Stadtzentrum von Nairobi / Kenia / Afrika stattfinden.

Man rechnet damit, dass wie in Porto Allegre 2005 über Hunderttausend Menschen teilnehmen, vielleicht sogar weit mehr.

Das WSF 2007 soll das größte Ereignis seiner Art werden, in dem afrikanische soziale Bewegungen ihren Widerstand gegen fremde und einheimische Kräfte formulieren, die das Streben nach Gewinn vor die Würde des Menschen stellen. Alle diejenigen, die sich am WSF beteiligen, sind dazu aufgefordert, ihre Vorstellungen von Solidarität, menschlicher Würde, Frieden und Gerechtigkeit und dem gegenseitigen Respekt aller Kulturen der Erde voneinander dazulegen. Der Gesamtblickwinkel bleibt die Kritik am neoliberalen Wirtschafts- und Politikmodell, das mittlerweile in die Defensive geraten ist.

Der International Council hat dem Organisationskomitee auf seiner Sitzung im März dieses Jahres eine Reihe thematischer Achsen vorgeschlagen. Er hat im übrigen die Grundsätze der Charta der Prinzipien des WSF bestätigt und bekräftigt, dass das Forum nicht parteigebunden ist und dass Parteien oder Werbung für diese bei einem Weltsozialforum nichts zu suchen habe. Das Forum ist ein open space, es gibt keine Verlautbarungen des Forums als solchem.

Das Konzept der polyzentrischen Foren, das 2006 erprobt worden ist (Januar Bamako / Mali und Caracas / Venezuela, März Karachi / Pakistan) habe sich nicht bewährt. Die Öffentlichkeit habe die Foren nicht als gemeinsame Artikulation wahrgenommen.

An der Vorbereitung ist eine Reihe afrikanischer Netzwerke beteiligt. Der kenianische Staat und die Stadt Nairobi haben Unterstützung zugesagt. Der All-African Council of Churches (AACC) hat zusammen mit Caritas Internationalis ein Ökumenisches Sekretariat eingerichtet, das die Koordination kirchlicher Aktivitäten vornehmen soll. Kirchen in Afrika haben etablierte Netzwerke, die regional und afrikaweit arbeiten; sie setzen sich für Themen wie fairen Handel und nachhaltige Entwicklung ein. Das afrikanische Organisationskomitee organisiert Buskarawanen aus verschiedenen Richtungen in Afrika, um Menschen aus dem ganzen Kontinent die Möglichkeit zu verschaffen, nach Nairobi zu kommen.

Adressen: Website des WSF <http://www.forum-socialmundial.org.br> // Nationales Organisationskomitee (Odour Ongwen) seatinike@sodnet.or.ke; ongwen@sodnet.or.ke // Secretariat of the Ecumenical Coalition, Nicholas Otieno) CRIC_Africa@yahoo.com. Quelle: <http://weltsozialforum.org> - das deutschsprachige Informationsportal zur weltweiten Sozialforum-Bewegung

„Europa - Nicht ohne die Menschen!“ - „Europe - Not without the people!“

Konferenz über die Zukunft Europas
23. - 25. März 2007 in Berlin

Einladung

„Der Europäische Rat ruft die Entscheidungsträger der EU dazu auf, am 25. März 2007 in Berlin anlässlich des 50. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine politische Erklärung anzunehmen, in der die europäischen Werte und Bestrebungen dargelegt werden und in der bestätigt wird, dass sie sich gemeinsam verpflichten, die diesbezüglichen Erwartungen zu erfüllen.“

Unglücklicherweise haben die Staatsoberhäupter und Regierungschefs, die sich in Berlin treffen werden, um sich selbst und die Europäische Union zu feiern, nicht genügend Interesse an den Werten, Bestrebungen und Erwartungen der europäischen Bürger gezeigt. 2005 gab es eine klare Zurückweisung des vorliegenden EU-Verfassungsvertrages durch die Franzosen und Niederländer. Darüber hinaus weisen Umfragen darauf hin, dass es in vielen anderen Staaten Mehrheiten gegen den Vertrag gibt. Es wäre ein ernster Fehler, mit dem Verfassungsvertrag, der so kräftig auf demokratischem Weg zurückgewiesen wurde, oder einem neuen Vertrag auf gleicher Basis weiter zu machen.

Um sicherzustellen, dass die EU-Verantwortlichen unsere Sorgen und Wünsche voll verstehen und Anstrengungen machen, dem Willen der Bürger Rechnung zu tragen, die sie vertreten sollen, werden wir vom 23. - 25. März 2007 in Berlin eine Konferenz über die Zukunft Europas durchführen. An Stelle einer elitären und glamourösen Feier der Vergangenheit ziehen wir es vor, uns den realen Problemen zu widmen: Wie können wir ein demokratisches Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen? Wie können wir eine reale Subsidiarität, demokratische Kontrolle, Transparenz und direkte Bürgerbeteiligung erreichen und sichern? Während der Konferenz werden Vertreter der Zivilgesellschaft aus vielen Teilen Europas Wege aus der aktuellen Krise der Demokratie in Europa und seiner Verfasstheit vorstellen und beraten. In diesem Rahmen werden wir uns auf die Demokratie als den grundlegenden europäischen Wert konzentrieren, der die Aspekte der Freiheit, der Teilhabe und der Solidarität einschließt.

Die Resultate werden sich in unserer Berliner Erklärung niederschlagen. Begleitet durch eine symbolische Aktion werden wir dieses Manifest den europäischen Staats- und Regierungschefs und den nationalen Parlamenten übergeben, um sie mit unseren Forderungen zu konfrontieren.

Wir möchten, dass sie verstehen, dass ihr Herangehen an die demokratische Krise in der EU nicht hinreichend mit dem Willen, den Hoffnungen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger rechnet. Es kann keine weitere EU-Integration geben ohne die Zustimmung der EU-Bürger. Wenn diese Probleme nicht angepackt, diskutiert und ernsthaft und nachhaltig gelöst werden, werden immer mehr Menschen dem Projekt der Europäischen Union ihre Unterstützung versagen. Eine wachsende Zahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen macht geltend, dass die rechtlichen Strukturen der EU nur dann als legitimiert betrachtet werden können, wenn den Bürgerinnen und Bürgern eine wirkliche Möglichkeit gegeben wird, zu ihrer Zukunft in Europa konzeptionell beizutragen und über sie zu entscheiden.

Wir freuen uns auf die Teilnahme von NGOs, Bewegungen, Netzwerken und politischen Aktivisten aus allen Teilen Europas, die ein weites Spektrum von Gesichtspunkten einbringen werden, in denen sich die kulturelle und politische Vielfalt unseres Kontinents widerspiegelt. Und selbst wenn unsere Zielvorstellungen, wie die EU in 10 Jahren aussehen soll, unterschiedlich oder in einzelnen Punkten sogar gegensätzlich sein sollten: Wir alle werden darin übereinstimmen, dass wir nur durch Demokratie hoffen können, unser Ziel eines anderen und besseren Europa zu erreichen.

Die Einladung zu dieser Konferenz wurde von einem Vorbereitungs-komitee verfasst, dem Thomas Rupp (EUD - Allianz für ein Europa der Demokratien), Michael Efler und Thomas Deterding (Mehr Demokratie e.V.), Klaus Starke (Attac EU-AG Stuttgart) und Christoph Strawe (Initiative Netzwerk Dreigliederung) angehörten. In die Vorbereitungen war auch Thomas Wallgren aus Finnland einbezogen. Weitere Mitträger werden sich noch anschließen.

Zum Programm

Freitag, 23. März 2007

15.00: Einchecken. 16.00 Eröffnung und Begrüßung. 16.20 - 19.20 (mit Pause): Der Mangel an Demokratie in der Europäischen Union (Allgemeine Gesichtspunkte, warum der EU-Verfassungsvertrag nicht implementiert werden darf, Erfahrung der Nein-Kampagnen in Frankreich, in den Niederlande n und auf europäischer Ebene). Abends 20.00: Eröffnung der Ausstellung „Citizens Agenda“, Geselliges Beisammensein.

Samstag, 24. März 2007

Vormittags: 9.00 - 10.00: Die Europäische Union: Ziele, Chancen, Gefahren. Runder Tisch mit 5 Sprechern. 10.00 - 12.10 Workshops, bei denen Gesichtspunkte für eine demokratische Reform der EU gesammelt werden sollen. Workshop 1: Reale Subsidiarität und Dezentralisierung // Workshop 2: Wie kommen wir zu einer transparenten EU? // Workshop 3: Reform

der Institutionen und demokratische Kontrolle // Workshop 4: Direkte Demokratie auf europäischer Ebene // Workshop 5: Wie sichern wir die Grundrechte? 12.30 - 13.30: Plenum mit Berichten aus den Workshops.

Nachmittag und Abend: 15.00 - 16.30: Podium: Eine demokratische EU oder eine EU der Demokratien? 17.00 - 19.00 Runder Tisch: Wie finden wir einen Weg zum Europa der Bürgerinnen und Bürger? Vorschläge der Zivilgesellschaft zur Überwindung der demokratischen und konstitutionellen Krise in Europa. 20.00: Nachtcafé mit kulturellen Beiträgen.

Sonntag, 25. März 2007

9.30 - 10.30: Diskussion und Annahme der Berliner Erklärung. 11.00 - 13.00: Öffentlicher Event, Präsentation der Forderungen an den Gipfel. Nachmittags ab 15.00 informelle Treffen zur Vernetzung.

Bei Redaktionsschluss standen noch nicht alle Referenten fest, es ist aber mit einer hochinteressanten internationalen Besetzung zu rechnen. Fest steht, um nur einige Beispiele zu nennen, dass Gerald Häfner beim Runden Tisch Vorschläge von Mehr Demokratie e.V. zu einem Verfassungsprozess von unten präsentieren wird, Herbert Schliffka spricht für das Netzwerk Bürgerkonvent. Christoph Strawe trägt zum Workshop über Grundrechte bei, Thomas Wallgren zum Podium am Samstag Vormittag.

Auch der Tagungsort stand noch nicht fest. Weitere Informationen findet man in Kürze im Internet auf einer eigenen Seite, die über www.sozialimpulse.de, www.mehr-demokratie.de und www.eudemocrats.org verlinkt sein wird. Anfragen sind vorläufig zu richten an: michael.efler@mehr-demokratie.de oder thomas@eudemocrats.org

EU global - fatal?! EUropa - Traum oder Alptraum im Osten?

Konferenz, 30. - 31. März 2007 in Stuttgart

Ziele der Konferenz:

1. Empirische Bestandsaufnahme EU-Osterweiterung: Soziale und wirtschaftliche Lage; Eigentumsverhältnisse in strategisch wichtigen Sektoren (Energie, Banken, Wasser, Medien); Gewinner und Verlierer (Staaten, gesellschaftliche Gruppen)
2. EU-Ost-Politik: Gibt es eine originäre EU-Strategie und wie sieht sie aus (Expansion - Enteignung - Entwicklung?) Bruchlinien innerhalb der EU im Hinblick auf die Erweiterungs-Politik Richtung Osten; Welches sind die zentralen Instrumente / Institutionen / Triebkräfte und Interessen? (Stichworte: Beitrittsverhandlungen als Herrschaftsinstrument; Nachbarschaftspolitik, Privilegierte Partnerschaft, Inogate, Traceca, Ostpolitik der dt. Ratspräsidentschaft, Bertelsmann-Stiftung, ERT, ...)

3. Politische Ökonomie der europäischen Einigung
- Erweiterung - Expansion Richtung Osten

4. Geo-Strategische Analyse: Ansprüche und Strategien von EU und USA in Osteuropa / Zentralasien: Konkurrenz oder arbeitsteilige Kooperation? Position der EU in der Blockkonkurrenz; zukünftige Konfliktlinien im Hinblick auf Ansprüche in Osteuropa / Zentralasien

5. Alternativen und Transformationsansätze für ein humanes, solidarisches EUropa diskutieren, (Verfassung, solidarische Ökonomie nach innen und außen, ökonomische und politische Partizipation, Inseln der Hoffnung ...)

Programm*

Freitag, 30. März 2007

16.00: Globalisierungskritischer Spaziergang, Begrüßung, Einführung. 18.30: Begrüßung, Einführung (Elke Schenk). 19.30 Podiumsdiskussion „Ost-Mittel-Europa von unten“ (EU-Mitgliedschaft: Hoffnungen, Erfahrungen, Verwerfungen, Perspektiven) mit VertreterInnen aus Osteuropa, Moderation Annette Groth. TeilnehmerInnen: Janusz Sniadek, (Solidarnosc-Leiter), Polen (angefragt), Annamaria Artnér, Ungarn, Joze Mencinger, Slowenien, Uni Ljubljana, Sandra Pralong, Bukarest

Samstag, 31. März 2007

09:00 - 10.30: EU-Osterweiterung - Ziele - Gewinner und Verlierer ... (J. Mencinger / D. Bohle / A. Aarten) // EU im Weltsystem; EU zwischen Russland und USA; Konkurrenz und/oder Kooperation zwischen den Machtblöcken (Kai Ehlers). 11:00 - 13:00: Workshop-Phase 1: Workshop 1: Zur Lage der Wanderarbeiter in Europa // Workshop 2: Politische Ökonomie der EU-Erweiterung // Workshop 3: Lizenz zum Plündern? Beitrittsverhandlungen als Instrumente der Enteignung // Workshop 4: Situation im Baltikum // Workshop 5: Philosophisch-politischer Diskurs „Auch wir sind Europa“ (U. Morgenthaler) // Workshop 6: Soziale Lage und ökonomische Funktion von MigrantInnen. 14.30 - 16.00: Ulrich Duchrow: Befreiung vom imperialen Geist des Kapitalismus (Vortrag) // Hans-Jürgen Krysmanski: Power-Structure-Research EUropa (Vortrag). 16.00 - 18.30: Workshop-Phase 2: Workshop 7: Initiative zum EU-Power-Structure-Research // Workshop 8: Politisch-ökonomische Alternativen / Handlungsspielräume von Gewerkschaften // Workshop 9: Wie weiter mit dem Verfassungsvertrag? Alternative Initiativen der Zivilgesellschaft zur EU-Verfassung (C. Strawe) // Workshop 10: Balkan-Kaukasus-Zentralasien // Workshop 11: Lage in Rumänien // Workshop 12: Positive Aspekte der EU-Entwicklung // Ganztägig: Theaterworkshop: Solidarisches Europa. 20:00 Aufführung Theaterworkshop. 20.00 - 22.00: Internationale Gesprächsrunde mit ReferentInnen der Konferenz: Wie kann die Spaltung zwischen den Mitgliedsländern und innerhalb der Länder überwunden werden? - Ziele für ein menschengerechtes Europa - sozio-ökonomische

Alternativen: Was kann der EU-Westen vom Osten lernen? - Revision der EU-Politik: Ansatzpunkte für die sozialen Bewegungen.

Das detaillierte Programm und weitere Informationen gibt es in Kürze unter: www.attac.de und <http://www.attac.de/stuttgart>. Anmeldeunterlagen bei Carol Bergin, Naukler Straße 13, D - 72074 Tübingen, E-Mail Carol.Bergin@gmx.net.

Für eine General-Reform der Europäischen Union durch eine Verfassung aus der Initiative ihrer Völker

Konferenz „Entscheidung 2009“

8. - 11. Februar 2007 im Internationalen
Kulturzentrum Achberg

Die Volksabstimmungen in den Niederlanden und Frankreich haben dem *Verfassungsentwurf* des EU-Konvents, bei dessen Erarbeitung die Völker nicht gefragt waren, eine Absage erteilt. Doch anstatt die Lehren daraus zu ziehen und einen Impuls für die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Erarbeitung einer neuen Konzeption zu geben, geschah vonseiten der politischen Institutionen der Union und ihrer Mitgliedstaaten bisher nichts, was zu einer *Verfassung „von unten“* führen könnte. Die Konferenz beschäftigt sich mit der Frage, was in dieser Lage zu tun ist. Nähere Informationen unter www.ig-eurovision.net Auf dieser Seite findet sich neben dem vollständigen Einladungstext zur „Konferenz“ auch der aktuelle Stand zum Projekt „EU 21“ mit dem Entwurf einer Petition an die Volksvertretungen der Mitgliedsländer und an die Institutionen der Europäischen Union u.a. In einer Rundmail von Wilfried Heidt, Gerhard Schuster und Marie Scherak, heißt es dazu: „Wir sind uns darüber im klaren, dass es nur dann eine Chance gibt für das im Petitionstext dargestellte und begründete Ziel einer ordnungspolitischen Erneuerung der EU, wenn eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit dafür gelingt. Um dies in Gang zu setzen, bitten wir, im Netz die Möglichkeit zur WILLENSBEKUNDUNG www.ig-eurovision.net/willensbekundung-EU21.htm zu nutzen. In den Ländern, in denen die Möglichkeit des volksinitiierten plebiszitären Weges besteht, werden wir versuchen, diesen zu aktivieren. In Deutschland beginnt am 1. Januar 2007 die zweimonatige Eintragsfrist für eine ÖFFENTLICHE PETITION auf der entsprechenden Internetseite des Petitionsausschusses. - Alle diejenigen, welche die Initiative der IG-EuroVision im ersten Schritt - der Petition - unterstützen wollen, bitten wir, das mit ihrer Willensbekundung zu tun bzw. auf ihren Internetseiten und sonstigen Kommunikationen mit einer kurzen Information, worum es sich handelt, auf die Homepage der IG-EuroVision www.ig-eurovision.net hinzuweisen.

* Änderungen im Detail sind noch möglich.

Kontakt: IG-EuroVision e.V., c/o Internationales Kulturzentrum Achberg - D-88147 Achberg - Panoramastraße 30, Fon: +49 8380 335 - Fax: +49 8380 675, E-Mail communication@ig-eurovision.net

Achberg: Tagung zum Jahreswechsel 2006/2007

Der soziale Auftrag der Anthroposophie in den gesellschaftlichen Umbrüchen des 21. Jahrhunderts: Herausforderungen des Bewusstseins und des politischen Handelns - Fragen, Antworten und Projekte

[zur Globalisierung, Arbeitslosigkeit und Volksgesetzgebung, zum Grundeinkommen und zum Verfassungsprozess der Europäischen Union] - Öffentliche Tagung im Internationalen Kulturzentrum Achberg. I. Teil 27. Dezember 2006 bis 1. Januar 2007. II. Teil 2. bis 7. Januar 2007

Als zur Michaeli-Tagung Ende September 2006 mehrere hundert Teilnehmer zum Goetheanum nach Dornach gekommen waren - darunter auch viele jüngere -, um sich dort zu dem *Zukunftskongress „Grundeinkommen für jeden Menschen“* zu versammeln, wurde der große Anklang, den die Tagung gefunden hatte, von manchen wie von einer „Aufbruchstimmung“ begleitet empfunden. Sicher zu früh, um schon an einen Aufbruch zu einer neuen Dreigliederungsbewegung zu denken. Doch um die Dinge in diese Richtung zu fördern, möchte man wünschen, dass in die weiteren Planungen der Arbeit auf diesem Gebiet auch diejenigen Zusammenhänge der anthroposophischen Bewegung einbezogen werden würden, die sich durch viele Jahre kontinuierlicher sozialwissenschaftlicher Arbeit die Fähigkeiten und Erfahrungen erworben haben, die brennend aktuellen sozialen Fragen im Zeitgeschehen kompetent zu behandeln. Denn nur wenn alle Kräfte „kollegialisch zusammenwirken“ und sich zu konkreten Projekten vereinigen, wird es eine Chance geben, dass sich die zeitgemäß weiterentwickelten Ideen der Anthroposophie zur Neugestaltung des sozialen Organismus auch politisch durchsetzen können ...

Zeitplan

Die Tagung besteht aus zwei Teilen. Der I. Teil stellt die Frage nach den gesellschaftlichen Strukturen und Triebkräften des Bewusstseins, die heute das soziale Leben der Menschheit maßgeblich bestimmen und wie sie in der Neuzeit und insbesondere im 20. Jahrhundert zur Herrschaft gekommen sind. Dieser Teil beginnt am 27. Dezember 2006 abends und endet am 1. Januar 2007 zur Mittagszeit.

Der II. Teil stellt die Frage, mit welchen Ideen und Impulsen die Anthroposophie auf die mit den im I. Teil erkannten Herausforderungen antwortet und welche Wege des politischen Handelns zur Verwirklichung der Alternativen sich anbieten. Es kann sein, dass diese Zweiteilung sich relativieren wird, wenn es sich aufgrund

von Formulierungen, die Mitwirkende für das von ihnen übernommene Thema wählen, ergeben sollte. Die Einzelthemen und die Mitwirkenden werden ab 5. Dezember auf der Homepage - laufend aktualisiert - mitgeteilt. (<http://www.kulturzentrum-achberg.de/Tagungen>). Adresse: Internationales Kulturzentrum Achberg - D-88147 Achberg - Panoramastraße 30, Fon: +49 8380 335 - Fax: +49 8380 675

Proteste gegen den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

„Rostock II“: Mehr als 450 Aktivistinnen und Aktivisten aus ganz Europa haben sich auf der zweiten Aktionskonferenz in Rostock, die vom 10. bis 12. November stattfand, auf den Fahrplan für die Protestwoche gegen den G8-Gipfel verständigt. Entstanden ist dabei ein vielfältiges Protestprogramm mit internationaler Ausrichtung. Geplant sind Demonstrationen, Aktionen und Blockaden, inhaltliche Weiterbildung auf dem Alternativgipfel, kulturelle Begleitveranstaltungen und vieles mehr. Details finden sich in der gemeinsamen Abschlusserklärung der Konferenz unter http://www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=638

Das große G8-Protest-Bündnis besteht bis jetzt aus entwicklungs- und umweltpolitischen Verbänden, kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, dem Anti-Atom-Widerstand, antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen, migrationspolitischen Initiativen sowie Dissent!, der Interventionistischen Linken und weiteren Gruppen aus dem Spektrum links von Attac. In zahlreichen Treffen und den gemeinsamen Aktionskonferenzen wird diskutiert und beschlossen, wie die Gipfelprotestwoche mit ihren zahlreichen Aktionen und ihrem Kulturprogramm am sinnvollsten gestaltet werden kann.

Letztlich hängen natürlich alle Erfolge, Kreativität und Wirksamkeit davon ab, was Menschen auf die Beine stellen. Es gibt bereits zahlreiche bundesweite Arbeitsgruppen und Organisationen, zu denen jeweils Kontaktmöglichkeiten und einen kleinen Überblick zusammengestellt wurde (siehe unten). Aber auch lokal haben sich in diversen Städten Initiativen und Bündnisse gegründet, die im Vorfeld und zum Gipfel selber mit Aktivitäten aufwarten werden.

Den besten Überblick, wo und was schon jetzt geplant ist, erhält man auf der Internetseite der Attac-Projektgruppe zum G8-Gipfel (<http://www.attac.de/heiligendamm07>). Die Informationen dort werden regelmäßig ergänzt. Außerdem bietet die Friedenskooperative eine hervorragende Termindatenbank.

Quelle: Attac-d-info

Saatgut-Tagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Entwicklung zur Qualität - Pflanzenzüchtung als Beitrag zur Evolution u.a. mit dem Evolutionsbiologen Prof. Dr. Wolfgang Schad, sowie ökologischen Züchterinnen und Züchtern am Samstag den 27. 1. 2007 in Kassel, 10- 17 Uhr. Veranstaltungsort: Anthroposophisches Zentrum, Wilhelmshöher Str. 261. Kostenbeitrag: 30 €,

Programm und weitere Informationen über: Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Christstraße 9, 44789 Bochum, Oliver Willing, Fon 0234-5797- 141, Fax -188, E-Mail: willing@zs-l.de Saatgut-Tagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft

Aktionskongress gegen Gentechnik

Wolfgang Wiebecke

Attac organisiert mit PartnerInnen aus dem Gentechnik- und Konzernkritikbereich einen Aktionskongress. Als Kombination aus Aktionswerkstatt und Informationsveranstaltungen soll er AktivistInnen aus ganz Deutschland zusammenbringen, um voneinander zu lernen und Netzwerke auszubauen. Er stellt Verbindungen und Synergien her und schafft Gelegenheiten, um neue Aktionsformen gegen Monsanto und gegen Gentechnik in der Landwirtschaft zu entwickeln und damit die regionalen Aktivitäten und den Widerstand gegen Gentechnik zu stärken. Kontakt und weitere Infos: per E-Mail an stop-monsanto@attac.de oder telefonisch bei Melanie Diller 0178-35 94 708.

Bundesbahn: Kampagne gegen Privatisierung geht weiter

Der Bundestag hat beschlossen, dass die Bundesregierung bis März 2007 ein Gesetz zur Teilprivatisierung der Bahn vorlegen soll. Entschieden ist damit nichts. Denn es wäre eine Quadratur des Kreises, die widersprüchlichen Vorgaben in ein juristisch einwandfreies Gesetz zu gießen. Immer mehr Abgeordnete sehen die Gefahren und stehen der Privatisierung skeptisch gegenüber.

Der Verkauf der Bahn ist durch den nun getroffenen Bundestagsbeschluss nicht zementiert. Das Kampagnen-Bündnis „Bahn für Alle“, wird die nächsten Monate nutzen, um weiterhin gegen dieses gigantische Privatisierungsprojekt mobil zu machen. Eine klare Mehrheit von 71 Prozent der Bevölkerung hat sich in

einer repräsentativen Umfrage gegen eine Privatisierung der Bahn ausgesprochen - diese Mehrheit darf nicht übergangen werden! Da die Entscheidung frühestens im Frühjahr 2007 fällt, bleibt noch Zeit, weiter gegen die Privatisierung mobil zu machen. Möglichkeiten dazu finden sich auf der Seite der Kampagne: <http://www.bahn-fuer-alle.de>

Am 23. November sind dem Bundestag bereits 34.000 Unterschriften gegen die Bahnprivatisierung übergeben worden.

Quelle: Attac D-Info 17/06 vom 2.12.2006, Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.

Europäische Allianz von Initiativen angewandter Anthroposophie / ELIANT

Charta

Ziele der Allianz

Unser Leben wird in immer größerem Maße von der EU-Gesetzgebung und EU-Richtlinien bestimmt. Dadurch sind immer wieder auch bereits im nationalen Maßstab errungene Rechte und Freiheiten in Gefahr. Die Gründung von ELIANT soll dazu beitragen, die Raum für ein freies geistiges Leben in Europa zu verteidigen und ausbauen zu helfen. „Sozialimpulse“ dokumentiert nachstehend die Charta von ELIANT:

Menschenwürde und individuelle Entwicklung sind zentrale Werte europäischer Kultur. Zu ihrer Entfaltung haben seit über 80 Jahren die Initiativen der angewandten Anthroposophie Rudolf Steiners beigetragen. Vor allem auf den Gebieten der Landwirtschaft, der Pädagogik, der Heilpädagogik und der Medizin sind menschenwürdige Lebensformen von hoher Qualität und weltweiter Ausstrahlung entstanden. Diese für die Bürger Europas rechtlich zu sichern und als Beitrag für die Gestaltung Europas weiter zu entwickeln, hat sich die Allianz zur Aufgabe gesetzt.

Jetzt müssen die Weichen dafür gestellt werden, dass die Grund- und Menschenrechte in Europa nicht zum Nachteil solcher Kulturinitiativen eingeschränkt werden. Das Recht auf individuelle Entwicklung bedarf für den einzelnen Bürger in der europäischen Wirklichkeit nicht nur der Wahlfreiheit, sondern auch der Wahlmöglichkeit: Eltern müssen für ihre Kinder die Bildungseinrichtungen entsprechend ihrer erzieherischen Überzeugung wählen können. Jeder soll die medizinische Betreuung und die Art der Ernährung für sich in Anspruch nehmen können, die seiner Lebensweise entspricht.

Hierfür sind Rahmenbedingungen erforderlich, die die Vielfalt der Ansätze zu individueller Lebensweise mit

ihren Einrichtungen und Entwicklungen ermöglichen und unterstützen. Der Pluralismus der wissenschaftlichen Methoden und die Freiheit in Forschung und Lehre müssen gewährleistet sein. Ebenso bedürfen die Freiheit der Berufswahl sowie die Freiheit der Ausbildung der gesellschaftlichen Pluralität.

Arbeitsweise und Tätigkeiten der Allianz

Wir, die Träger dieser Allianz, vereinbaren unsere Zusammenarbeit auf der Grundlage einer *Solidarität von Initiativen*. Der Zusammenschluss eröffnet uns gegenseitige Unterstützung in unseren jeweiligen europabezogenen Vorhaben und Aktionen. Das Ziel ist, Zusammenarbeit als gegenseitige Hilfeleistung mit Integrität und Transparenz zu praktizieren. Wir hoffen, dadurch die notwendigen Initiativen auf den verschiedenen Lebensgebieten mit größtmöglicher demokratischer Unterstützung, geringem administrativem Aufwand und hohem kommunikativen Bewusstsein zu verwirklichen.

Wir beabsichtigen, Einfluss auf die Entwicklung der europäischen Politik und Rechtsetzung zu nehmen und die erforderlichen Kontakte zu den europäischen Institutionen aufzubauen und zu unterhalten.

Wir verstehen uns als integrierten Bestandteil der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene mit dem Ziel einer möglichst umfassenden Netzwerkbildung mit Organisationen ähnlicher Zielsetzung.

Wir sind bereit, uns an aktiver Öffentlichkeitsarbeit zu beteiligen und im Rahmen unserer Möglichkeiten an Konferenzen, Seminaren und Workshops mitzuwirken, die den Zielen der Allianz entsprechen.

Um unsere Ziele zu erreichen, suchen wir Partner in Kultur, Wirtschaft und Politik. Wir suchen die Zusammenarbeit mit Institutionen, Verbänden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die unser Engagement für die nachhaltige Sicherung der Freiheitsrechte und für mehr Lebensqualität und Entfaltungsraum für jeden Einzelnen teilen. Wir möchten mit ihnen Positionen erarbeiten und Initiativen unterstützen, die es ermöglichen, die weitere Entwicklung Europas im Sinne der genannten Ziele mitzugestalten.

Die die Allianz als Ganzes betreffenden Beschlüsse werden im gegenseitigen Einvernehmen der Träger gefasst. Bis zur Übersiedlung nach Brüssel werden die Sekretariatsgeschäfte der Allianz vom Sekretariat der Förderstiftung Anthroposophische Medizin in Dornach wahrgenommen.

Mitgliedschaft der Allianz

Die Mitgliedschaft umfasst die Träger der Allianz, die sich in Solidarität zusammenschließen, sowie die fördernden Mitglieder.

Die Träger der Allianz sind die auf europäischer Ebene tätigen Verbände und Institutionen angewandter Anthroposophie, die im Sinne der genannten Ziele aktiv für die Sicherung der Grund- und Menschenrechte, für soziale Selbstbestimmung, für kulturelle Vielfalt und

damit für mehr Lebensqualität in der europäischen Rechtsentwicklung eintreten. Die Träger entwickeln als die führenden Mitglieder die Tätigkeiten der Allianz und setzen sie um.

Förderndes Mitglied der Allianz kann jede natürliche oder juristische Person, Organisation und Institution werden, die die anthroposophischen Kulturinitiativen fördern und zu ihrer Unterstützung ideelle und/oder finanzielle Beiträge leisten will. Fördernde Mitglieder werden regelmäßig über die Aktivitäten der Allianz informiert und tragen gegebenenfalls zur Umsetzung einzelner Projekte und Aktionen bei. Dem fördernden Mitglied erwächst aus der Mitgliedschaft keinerlei finanzielle Verpflichtung, es sei denn, das Mitglied hat eine solche ausdrücklich selbst übernommen.

Die Träger der Allianz sind:

AEFMUTA, Association Européenne des Fabricants de Médicaments utilisés en Thérapeutique Anthroposophique, Huningue; Demeter International e.V., Darmstadt; ECCE, European Cooperation in Anthroposophical Curative Education and Social Therapy, Zeist; ECSWE, European Council for Steiner Waldorf Education, A.I.S.B.L, Brüssel; EFPAM, European Federation of Patients' Associations for Anthroposophic Medicine, Leidschendam; FAM, Förderstiftung Anthroposophische Medizin, Dornach; gesundheit aktiv anthroposophische heilkunst e.V., Bad Liebenzell; IBDA, Internationaler Verein für biologisch-dynamische Landwirtschaft, Arlesheim; IKAM, Internationale Koordination Anthroposophische Medizin, Dornach; IVAA, Internationale Vereinigung Anthroposophischer Ärztgesellschaften, Dornach.

Die Fördernden Mitglieder der Allianz, die bei der Gründung anwesend waren, sind:

Institut Anthroposophique Rudolf Steiner, Brüssel; Konferenz für Heilpädagogik und Sozialtherapie, Dornach; Christof Wiechert, Dornach.

Brüssel, den 29.09.2006

Die Träger und fördernden Mitglieder danken jedem, der diese Charta zur Kenntnis nimmt und durch Teilnahme an der Unterschriftensammlung dazu beiträgt, die politische Wirksamkeit der Allianz zu bekräftigen.

Erstunterzeichner der Charta der Allianz sind: Nand De Herdt, AEFMUTA; Nikolai Fuchs, Andreas Biesantz, Demeter International; B. H. H. Heldt ECCE; Christopher Clouder ECSWE; René de Winter EFPAM; Michaela Glöckler, FAM; Heidrun Loewer, gesundheit aktiv anthroposophische heilkunst e.V.; Jürgen Erdmenger, Institut Anthroposophique Rudolf Steiner*; Nikolai Fuchs IBDA; Jürgen Schürholz, IKAM; Giancarlo Buccheri, Günther Schulz, IVAA; Rüdiger Grimm, Konferenz für Heilpädagogik und Sozialtherapie*; Christof Wiechert*.

1 Million Unterschriften für ELIANT

Menschenwürde und individuelle Entwicklung sind zentrale Werte europäischer Kultur. Zu ihrer Entfaltung haben seit über 80 Jahren die Initiativen der angewandten Anthroposophie Rudolf Steiners beigetragen.

In Landwirtschaft, Ernährungswissenschaft, Arzneimittelherstellung, Wirtschaft, Bankwesen, Architektur, Pädagogik, Sozialtherapie, Heilpädagogik, Psychotherapie, Krankenpflege, Medizin.

Helfen sie mit, die Grund- und Menschenrechte in Europa zu wahren und das Recht auf individuelle Entwicklung fest zu verankern. Je mehr Menschen unterschreiben, desto wirkungsvoller können die Ziele der Allianz in Brüssel vertreten werden.

Mit der Unterschrift bestätigen die Unterzeichner, dass ihnen die Charta der Europäischen Allianz ist, sie die Ziele der Allianz begrüßen und die darauf gerichtete Tätigkeit der Allianz für notwendig halten.

Unterschriftenlisten gibt es im Internet (www.eliant.eu) oder bei: ELIANT, c/o Thomas Göing, Rebgasse 37, D-79540 Lörrach, Fax. +49 7621 168 18 63, dort gibt es ebenfalls Formulare für Beitrittserklärungen als förderndes Mitglied.

Engagement und Bewusstsein

Trainingswoche für junge Menschen mit Nicanor Perlas, Träger des Alternativen Nobelpreises, Philippinen, 22. bis 27. Juli 2007, Forum 3, Gymnasiumsstraße 21, D-70173 Stuttgart

In Form intensiver Trainingseinheiten und Übungen werden wir in den Bereichen arbeiten:

- Bewusstsein-Entwicklung
- Vertrauen
- Herzensqualität
- Schattenarbeit
- Erlernter Optimismus

In diesem Rahmen wird inhaltlich Raum für die Anliegen und Fragestellungen der Teilnehmer sein. Das heißt: Eure Engagement, Eure Impulse und Fragen, seien sie sozial, kulturell, ökologisch, politisch oder spirituell, sind Inhalt dieser Woche.

Was heißt es mit unserem inneren Bewusstsein und äußeren Engagement im Jetzt Zukunft zu gestalten? Ein Experiment mit Raum für gemeinschaftliche Erfahrungen und individuelles, flexibles Training. Mehr zum aktuellen Planungsprozess und Informationen unter: www.engage07.de

Pfingstreise auf die Philippinen

Pfingsten 2007 ist eine Reise auf die Philippinen geplant, bei der die Teilnehmer unter der Leitung des alternativen Nobelpreisträgers und Dreigliederers Nicanor Perlas vor Ort Natur, Kultur und vor allem auch

Initiativen der Zivilgesellschaft kennenlernen werden. Das genaue Programm wird derzeit noch erarbeitet. Das Programm wird 2 Wochen umfassen, dazu kann 1 Woche verlängert werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Kosten werden sich auf ca. 1.400,- EUR belaufen. Hinzu kommt der Flug (Preis abhängig vom Buchungstermin).

Anfragen an Irmgard Wutte, Steinstr. 8, D - 81667 München, E-Mail: irmgard.wutte@web.de

Veranstaltungen des Hardenberg-Instituts

Freitag, 12. Januar 2007, 20:00 - 22:00 Uhr: Die politischen Ereignisse des Jahres 2006. Vortrag von Dr. Johannes W. Schneider (Dortmund)

Samstag, 13. Januar 2007, 10:00 - 18:00 Uhr: Das neue Gesicht des 21. Jahrhunderts. Eine Tagung des forum zeitfragen in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Akademie am Hardenberg Institut

Samstag, 17. März 2007, 10:00 - 18:00 Uhr: Fähigkeitsbildung in der Selbstverwaltung. Tagesseminar mit Dr. Karl-Martin Dietz und Jürgen Paul

Samstag, 24. März 2007, 10:00 - 18:00 Uhr: Denken und soziales Leben. Tagesseminar mit Dr. Thomas Kracht.

Samstag, 16. Juni 2007, 10:00 - 18:00 Uhr: Die Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrern. Tagesseminar mit Dr. Karl-Martin Dietz und Jürgen Paul

Alle Anmeldungen an: Friedrich von Hardenberg Institut e.V., Hauptstraße 59, 69117 Heidelberg, Fon: 06221 28485; Fax: -21640, info@hardenberginstitut.de

MA-Studium Social Banking and Social Finance ab März 07

Welche Rolle spielen spirituelle und weltanschauliche Hintergründe im Berufsalltag von Bankern? Wie wirken sich Darlehen im Vergleich zu Schenkungen in der Finanzierung von Entwicklungshilfe-Projekten aus? Welche Bilanzierungsformen benötigen Landwirte, um Kapitalgebern die vielfältigen nichtmonetären Leistungen für Natur und Landschaft als Ertrag zu verdeutlichen?

Diese Fragen sind eine Auswahl von Themen, die im Rahmen des internationalen Master-Studiengangs Social Banking and Social Finance erforscht und bearbeitet werden. Im März 2007 beginnt der erste derartige Studiengang in Bochum. Träger dieses Studienangebotes ist das Institute for Social Banking -

Training and Research in Kooperation mit der Universität Plymouth (UK) und zehn europäischen, wertorientierten Banken und Finanzdienstleistern, unter anderem der GLS Gemeinschaftsbank eG.

Themenschwerpunkte des Studiums werden aktuelle Ansätze, Methoden sowie das Management im Bereich des ethisch-ökologischen, sozialen Bank- und Finanzwesens sein. Das berufsbegleitende Studium ist praxisbezogen und wendet sich an MitarbeiterInnen und Führungskräfte, die im Bereich des wertorientierten Geld- und Finanzwesens (Banken, Versicherungen, Stiftungen, Microfinance-Organisationen etc.) tätig sind oder tätig sein wollen.

Infos: www.social-banking.org. Institute for Social Banking, C/O GLS Treuhand e.V., Christstraße 9, 44789 Bochum

Globales Netzwerk gegen Waffen und Atomkraft im Weltraum

Konferenz in Darmstadt, 23. - 24. März 2007

Das Thema der 14. internationalen Jahreskonferenz des Netzwerks lautet: Die Rolle der Europäischen Union bei der Militarisierung des Weltraums. Darmstadt beherbergt zwei bedeutende europäische und eine US-amerikanische Weltraumanlagen: das Europäische Space Operation Centre (ESOC), das Satellitenoperationen für die europäische Raumfahrtagentur plant und durchführt, die Europäische Organisation für die Ausnutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT), die wetter- und klimabezogene Satelliten-Daten liefert, und am Rande der Stadt eine US-Spionage-Station, die Teil des weltweiten Echelon Überwachungssystems ist.

Zwei Tage der Debatte, Strategiediskussion, der Planung und des Protests werden über die wachsende Rolle des Weltraums in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik informieren, über die NATO und EU-Raketenabwehrpläne. Es geht um die Verbindungen mit Plänen der USA, den Weltraum zu beherrschen, um die Erde zu kontrollieren, und darum, was man dagegen tun kann.

Weitere Informationen: <http://www.space4peace.org>, E-Mail: gn_darmstadt2007@yahoo.de

Global Network Against Weapons & Nuclear Power in Space, PO Box 652, Brunswick, ME 04011, Fon: (207) 729-0517

Literaturhinweise

„Für eine Welt nach dem Maß des Menschen“

Perspektiven für das 21. Jahrhundert.

Die Alternative zur neoliberal dominierten Gesellschaft ist notwendig und möglich. Ein Lesebuch über die Grundorientierung eines dritten Weges. Texte von Joseph Beuys, Benediktus Hardorp, Wilfried Heidt, Michael Opielka, Ulrich Rösch, Herbert Schliffka und Gerhard Schuster.

Aus dem Vorwort von Wilfried Heidt: Die Idee, ein „Lesebuch“ mit den hier zusammengestellten Texten zu erstellen, entstand aus der Erfahrung, dass bei verschiedenen sozialen Bewegungen, die in Opposition zu den heute herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen stehen, häufig Formulierungen wie „Eine andere Welt erbauen“, „Warum wir ein anderes Europa brauchen“ usw. auftauchen. Es werden dann fast immer viele Einzelheiten, die man ändern möchte, ins Visier genommen, aber häufig fehlt es an klaren Vorstellungen über Alternativen zu den Strukturen, die an die Stelle dessen treten sollen, was man meistens mit dem Begriff „Neoliberalismus“ kennzeichnet und ablehnt.

So scheint es auch anderthalb Jahrzehnte nach dem Ende des staatszentralistischen Kommunismus an alternativen Ideen sowohl zu diesem historischen Irrweg als auch zum seither global und offensiv agierenden Kapitalismus selbst dort oft noch zu mangeln, wo Begriffe wie „eine andere Welt“, „ein anderes Europa“ usw. durchaus nicht mit Sympathien für eines der beiden genannten Systeme einhergehen.

300 Seiten [DIN A4], Edition Medianum - Achberger Verlag, ISBN: 3-88103-023-9, EUR 20,- [+ Porto bei Versand]. Zu bestellen bei: Media-Buchvertrieb, Panoramastr.30, 88147 Achberg, Fax 08380-675

„Das tun, was noch nicht da war!“

„We create the social conditions“

Ein Lesebuch zu Rudolf Steiners sozialem Hauptgesetz, hg. von Ulrich Rösch und Richard Steel

Mit einem Vorwort von Paul Mackay. Beiträge, teils in Deutsch, teils in Englisch, von Georg von Arnim, Wilhelm E. Barkhoff, Michaela Glöckler, Karl König, Christoph A. Lindenberg, Hans Müller-Wiedemann, Ulrich Rösch, Richard Steel und Rudolf Steiner.

In diesem Buch werden Gedanken und Erfahrungen im Umgang mit dem sozialen Hauptgesetz Rudolf Steiners dargestellt. Besondere Berücksichtigung findet dabei die Camphill-Bewegung. Verlag am Goetheanum, Dornach 2006, Einband: Kt., 216 S., ISBN: 978-3-7235-1281-4.

Thomas Fritz: „Wehrhafter Westen“

**Wie ein transatlantisches
Partnerschaftsabkommen die
unipolare Welt gegen China verteidigen soll**

Transatlantiker wittern Morgenluft. Immer zahlreicher werden ihre Vorstöße für einen Zusammenschluss Europas und Nordamerikas. Eine „transatlantische Freihandelszone“ wollen die einen, für einen „Atlantischen Wirtschaftsraum“ plädieren die anderen. Als Klammer diverser Etiketten schält sich das „Transatlantische Partnerschaftsabkommen“ heraus. Der US-Kongress, das Europaparlament und die CDU treten bereits dafür ein. Beim euro-amerikanischen Gipfel im kommenden Jahr soll es womöglich auf den Weg gebracht werden.

Das neue, von Thomas Fritz verfasste Arbeitspapier der Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung BLUE 21 fragt nach Hintergründen und Folgen dieses weitreichenden Integrationsprojekts. In ihm reflektieren sich nach Auffassung des Autors neue Bedrohungsszenarien wirtschaftlicher und militärischer Art: der Aufstieg Chinas, eine weltweite Rezession nach einem möglichen Dollarsturz sowie die im Irak-Krieg gereifte Erkenntnis, dass die USA ohne enge Bündnisse kein Garant globaler „Sicherheit“ sind. Nach Ansicht der Transatlantiker müsse ein gestärktes Westbündnis eine neue globale Lastenteilung durchsetzen. Zwei Ziele stehen dabei im Vordergrund: die Abwälzung eines großen Teils der ökonomischen Anpassung auf die Dritte Welt sowie die Aufrüstung Europas. Zum Herunterladen auf: <http://www.blue21.de/Themen/Welthandel/TAFTA.php>

Liste noch lieferbarer Rundbriefe

Die folgenden Hefte des Rundbriefs Dreigliederung des sozialen Organismus sind noch lieferbar. Sie können gegen Beteiligung an den Kosten (Richtsatz EUR 3,50 pro Heft bei Einzelbestellungen) bezogen werden bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Büro Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel: +49 (0) 711- 23 68 950, Fax: +49 (0) 711- 2360218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de. Bestellung auch direkt über das Internet: www.sozialimpulse.de/rundbr.htm. Betrag bitte überweisen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 600 501 01.

- 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“ - Die europäische Integrationsbewegung
- 3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung - Wer soll die Arbeitslosigkeit bezahlen?
- 4/97: Medien - die vierte Gewalt?
- 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? - Aktion mündige Schule
- 2/98: Die neue Rolle des Staates
- 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922 - Goethe als Minister
- 4/98: Der Euro kommt - Zur apokalyptischen Signatur der Gegenwart
- 2/99: Kosovo - Grundgesetz
- 3/99: Leitbildarbeit - Grundrechte in Europa
- 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung - Demokratiebewegung - Bodenrecht
- 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Charta der Grundrechte
- 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften
- 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung - EU-Gipfel in Nizza
- 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September - Die soziale Fragen als regionale Frage - Kommunale Auswirkungen von GATS
- 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ (WSF Porto Alegre) - Dreigliederung und Viergliederung
- 2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen und geistiges Eigentum - Drohender Ausverkauf der Gemeinden durch GATS
- 3/02: Tendenzen: Rio + 10 - Globalisierung, Initiation und Dreigliederung - Das Verschwinden des physischen Eigentums
- 4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung
- 1/03: Krieg und Frieden - Cross-Border-Leasing - Europäischer Verfassungsvertrag
- 2/03: eGovernment und eDemokratie - Amerikas globale Verantwortung - Gesundheitswesen
- 3/03: Wie die WTO in Cancun entgleiste - Zivilgesellschaft - Freiheit als Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens
- 4/03: Nach Cancun: Wie weiter mit der Landwirtschaft - Freiheit und Selbstverwaltung - Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit
- 1/04: Geist oder Empire? - Das Weltsozialforum als offener Raum
- 2/04: Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung
- 3/04: Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens - Public Public Partnership
- 4/04: Israelische Impressionen - Globalisierung und Ethik - Das Ringen um eine soziale Geldordnung
- 1/05: Grundeinkommen und soziale Dreigliederung - Alternativen zu Hartz IV
- 2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?
- 3/05: Geisteswissenschaft und soziale Frage - Grundeinkommen - Rechtsleben im sozialen Organismus
- 4/05: Die Zukunft des öffentlichen Sektors
- 1/06: Iran-Konflikt und Dollarhegemonie - Therapien für das Gesundheitswesen - Der Schmetterlings-Effekt
- 2/06: Bewusstsein, Macht, Zukunft - Salutogenese - ESF - Kongo - AVENIR-Projekt Togo
- 3/06: Die Idee des Grundeinkommens - Sozialsysteme und ihre Finanzierung

Aufruf zum Kosten- ausgleich

Etat 2007 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Wie jedes Jahr blicken wir zurück auf die geleistete Arbeit und auf die kommenden Aufgaben. Das hat jedesmal auch einen finanziellen Aspekt. Für das vergangene Jahr darf ich mich wieder für die vielen Beiträge zum Finanzausgleich ganz herzlich bedanken.

Auch für die kommenden Aufgaben braucht es wieder entsprechende finanzielle Mittel. Ich bitte daher alle, die in unserer Netzwerk-Initiative für die Dreigliederung des sozialen Organismus etwas Berechtigtes, Notwendiges und Förderungswürdiges sehen, sich an der Umlage der Kosten zu beteiligen.

Das Kostenausgleichsverfahren

Mit erstaunlicher Kontinuität praktizieren wir seit 1990 das Kostenausgleichsverfahren. Wir haben im Netzwerk bei seiner Gründung 1989 bewusst keine Vereinsform mit Mitgliedschaft geschaffen, daher gibt es auch keinen Mitgliedsbeitrag. Der Kostenausgleich ist aber auch keine freie Spende, sondern eine Form konkreter finanzieller Mitverantwortung, die man für eine bestimmte Zeit in Übereinstimmung mit den eigenen finanziellen Möglichkeiten übernimmt. Beim Kostenausgleich gibt es ein jährliches Budget, das auf einer Prognose der zu erwartenden Einnahmen und des zu deckenden Defizits beruht.

Finanziert werden müssen die Sachkosten und angemessene Einkommensbeiträge, um die Informations-, Vermittlungs- und sonstigen Arbeiten des Büros, die im gemeinsamen Interesse für notwendig erachtet werden, zu ermöglichen. Der Aufbau des Etats ist so, dass wir zunächst die für den Rundbrief spezifizierten Kostenbeitragszahlungen abtrennen, um dann das Restdefizit durch ein Umlageverfahren zu decken.

Auch steuerlich betrachtet handelt es sich dabei nicht um Spenden. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Rechnung geht dann auf, wenn der geringere Beitrag finanziell schlechter gestellter Menschen durch einen höheren Beitrag Bessergestellter ausgeglichen wird.

Nach Jahresablauf werden wir auch diesmal wieder gegenüber den Beteiligten Rechenschaft über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben ablegen. (Wer sich im Jahr 2006 an den Kosten beteiligt hat, erhält also im ersten Quartal 2007 die Abrechnung für das Vorjahr.)

Generell gilt: Ergibt sich ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht nicht. Ergibt sich - etwa durch höhere Beiträge - ein Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil, das heißt, ob er ihn zurückfordern oder ihn für das begonnene Jahr stehen lassen will.

Für 2006 deutet sich zum Zeitpunkt der Drucklegung des Rundbriefs an, dass wir die Kosten im Wesentlichen decken konnten.

Etat 2007

Das Budget (Etat) für 2007 ist bei unserem Arbeitstreffen am 9. Dezember in Stuttgart besprochen und einmütig gutgeheißen worden.

Durch Ihren Beitrag helfen Sie mit, dass die Etatziele für das nächste Jahr erreicht werden. Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Baden-Württembergischen Bank, BLZ 600 501 01.

Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (Richtsatz EUR 20,-, siehe weiter unten) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese EUR 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Bezieher in Deutschland können den Betrag auch abbuchen lassen. Das ist aber nur dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Betrag zuwenden möchten. Die Abbuchungsermächtigung kann durch formlose schriftliche Mitteilung erteilt werden, sie muss den Betrag, die Kontonummer und die Bankleitzahl enthalten.

Auslandsüberweisungen

Hier gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren. Bewährt hat sich die Übersendung eines Geldscheins. Bei Auslandsüberweisungen, besonders bei Überweisungen innerhalb der Euro-Zone ist die Verwendung der IBAN Nummer

Etat 2007

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	11.000 EUR	10.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.000 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		1.500 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		22.500 EUR
Zusammen	11.000 EUR	36.000 EUR

Erwartete Unterdeckung 25.000 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

umgehend nachzuholen. Wir verzichten wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen gänzlich. Dafür sind wir um so mehr auf das Verständnis und die Mitverantwortlichkeit unserer LeserInnen angewiesen.

Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von EUR 20,-. Da es jedoch ziemlich viele Bezieher gibt, die aus finanziellen Gründen ihren Beitrag unter dem Richtsatz ansetzen müssen, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher bemessen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie das Kennwort „Rundbrief“.

Und was ist, wenn ich einmal nicht zu den Kosten der Hefte beitragen kann?

Immer wieder einmal werden Abbestellungen mit finanziellen Engpässen begründet. Ein solcher Engpass alleine sollte jedoch kein Grund für eine Abbestellung sein. Die 20,- EUR sind ja nur ein Richtwert, der unter- oder überschritten werden kann. Wenn jemand nur einen Beitrag zu den Kosten des Pressepostvertriebs oder zeitweilig auch gar keinen Beitrag leisten kann, kann er durchaus die Hefte weiter beziehen. Das Kostenausgleichsverfahren soll gerade das auch ermöglichen. Und solange eine Reihe von Freundinnen und Freunden den Richtsatz, zum Teil deutlich, überschreiten, ist das auch kein Problem.

Die Zahl der BezieherInnen ist im vergangenen Jahr nahezu konstant geblieben, Neubestellungen und Abbestellungen hielten sich die Waage. Wir freuen uns, wenn Sie potenzielle Interessenten auf die Zeitschrift aufmerksam machen - hierfür dürfen Sie gerne kostenlose Probehefte bestellen.

Anmerkung

* Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind oder weitere Informationen benötigen, sprechen Sie uns bitte an!

sinnvoll. Die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, ist es in manchen Ländern günstiger, auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) zu überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen. Dieses Konto hat die IBAN-Nummer: DE30 6001 0070 0278 6997 07 (BIC: PBNKDEFF600).

Zuordnung von Überweisungen

Immer wieder erhalten wir Überweisungen zum Kostenausgleich, deren Text so verkürzt wurde - sei es beim Ausfüllen der Überweisung, sei es durch die jeweilige Bank -, dass eine Zuordnung unmöglich ist. Sollten Sie keine Bestätigung Ihrer Kostenausgleichzahlung erhalten, liegt meist darin der Grund dafür. Sprechen Sie uns also an, wenn Sie noch eine solche Bestätigung benötigen.

Steuerliche Behandlung

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.* Auch gemeinnützige Einrichtungen, die sich in dieser oder jener Form Ziele gesetzt haben, bei denen eine Teilnahme am Netzwerk im Zusammenhang mit der Erfüllung der Satzungszwecke steht, können ohne weiteres am allgemeinen Kostenausgleich teilnehmen bzw. sollten den Rundbrief beziehen.

Finanzierung der Zeitschrift

Was die „Sozialimpulse“ angeht: Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug für das Jahr 2007 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Erste Jahreshälfte 2007

Formbildung und Lebenstrom: Spannungsfeld der Qualitätsentwicklung

Seminar, Sa/So, 24./25.
März 2007

Forum 3, Gymnasiumstrasse 21,
D-70173 Stuttgart

Jede Idee, die wirksam werden will, muss sich eine Form aufbauen. In Zeiten, in denen im Sozialen überindividuelle Impulse maßgebend waren, kam deshalb dem Einhalten der geformten Inhalte, dem Befolgen verbindlicher Handlungsnormen, größte Bedeutung zu. Mit dem Hervortreten der individuellen Urteilsfähigkeit löst sich der Handlungsinhalt aus dieser Normierung, muss individuell gefasst werden (schöpferisches Handeln). Sozial-normative Formen und individuelle Formgestaltung treten in Konkurrenz. Bei der Arbeit des Seminars geht es um das Problem der Berechtigung zur Formgebung verbunden mit der Frage nach den Kriterien individueller Handlungsformen. Was kann SOL-LIST-Vergleiche, die bei individuellen Handlungsformen entfallen, ersetzen? Wie kann man das Potenzial einer Organisation und ihrer Mitarbeiter erfassen bzw. beurteilen? Hierzu wird aus den Erfahrungen der Zertifizierungsgesellschaft Confidentia berichtet.

Zielgruppe: Vor allem Menschen aus Organisationen, deren Aufgabenstellung sich direkt mit individuellen Menschen befasst (Beziehungsdienstleistungen wie Heilpädagogik und Sozialtherapie, schulische Pädagogik, Arbeit in Kindergärten, geschützten Werkstätten, medizinischen Einrichtungen usw.).

Samstag, 24. März 2007: 9.15: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15: Die Kunst der Qualitätsentwicklung: Formbildung und Formaflösung in der Zusammenarbeit (Referat Dr. Michael Ross) // 11.30 - 12.30: Aussprache im Plenum // 14.00 - 15.00: Gestalten, Erhalten, Wachsen, Verwandeln: Soziale Formen in Bewegung (Referat Udo Herrmannstorfer) // 15.00 - 16.30 und 17.00 - 18.30: Gruppenarbeit an Fragen der Zusammenarbeit // 19.30 - 21.30: Die Zeitgestalt von Entwicklungen - Wie erkennt man den richtigen Zeitpunkt für Veränderungen? Referat N.N., Aussprache.

Sonntag, 25. März 2007: 09.00 - 12.30: Forum: Bewegte Form - Gefährdung oder Chance der Qualitätsentwicklung? - 9.00 - 10.00: Referat Dr. Robert Zuegg (Confidentia - Gesellschaft zur Förderung institutioneller Eigenverantwortung) - 10.00 - 11.00 und 11.30 - 12.30: Plenum zu Problemen der täglichen Arbeitspraxis

Teilnahmegebühr EUR 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung). Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Ubernachtung.htm oder auf Anfrage.

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung Eine Einführung in den Arbeitsansatz der Dreigliederung des sozialen Organismus

Sa, 12. Mai 2007

Forum 3, Gymnasiumstrasse 21,
D-70173 Stuttgart

Blockseminar für Einsteiger mit Christoph Strawe

Themen: Der Mündigkeitsimpuls der Moderne und seine Folgen für das soziale Leben - Individualisierung und Globalisierung, wie kann die Globalisierung gestaltet werden? - Die Frage nach der Freiheit der Kultursphäre, der Vertiefung der Demokratie und der Entwicklung einer solidarischen Ökonomie - Geschichtliches zur Dreigliederung - Individualisierung der globalen Verantwortung: Welche Handlungsansätze gibt es im Großen und im Kleinen?

Tagessgliederung: Öffnung des Tagungsbüros 9.30 // Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 Uhr // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr. Die Runden werden jeweils durch Impulsreferate eingeleitet. Teilnahmegebühr EUR 60,- (ohne Verpflegung).

Bildung in Bewegung

Die Konsequenzen von PISA und Bologna für die kulturelle Entwicklung Europas

**Arbeitstagung,
Fr, 29. Juni - So, 1. Juli 2007**

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261

Mitveranstalter: Kulturinitiative im
Anthroposophischen Zentrum Kassel

Freitag, 29. Juni 2007: 19.30: Öffnung des Tagungs-
büros // 20.00 - 22.00: Der Kampf um die Aufgabe
der Bildung - Menschenbildung oder Produktion von
Humankapital? (Vortrag Udo Herrmannstorfer, Aus-
sprache)

Samstag, 30. Juni 2007: 9.00 - 10.30: Freies Bildungs-
wesen oder Bildung als sozio-ökonomisches Lenkungs-
instrument? (PISA u.a.) (Referat Michael Ross, Aussprache)
// 11.00 - 12.30: Bildung, Forschung und Ökonomie
(Referat Christoph Strawe, Aussprache) // 14.30 - 16.00:
Die Lissabon-Strategie der EU und ihre Auswirkungen auf das
Bildungswesen (Bologna-Prozess, Bachelor/Master etc.)
(Referat Harald Spehl, Aussprache) // 16.30 - 18.00:
Neue Finanzierungsformen und ihre Rückwirkungen
auf die Bildungsinhalte (Referat Udo Herrmannstorfer,
Aussprache) // 19.30 - 21.00: Lässt sich Bildung
evaluieren? (Bildungsstandards, Qualitätssicherung:
Erfahrungen aus der Praxis) (Verschiedene Beiträge
aus der Praxis)

Sonntag, 1. Juli 2007: 09.00 - 10.30 und 11.00
- 12.30: Konsequenzen für Bildungseinrichtungen in
freier Trägerschaft (Waldorfschulen, anthroposophische
Ausbildungsstätten, Studiengänge etc.) (Einleitende
Beiträge und Gesprächsarbeit)

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)
EUR 140,-, Verpflegung zusätzlich 27,50. Infos über
Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/http://www.sozialimpulse.de/Texte_html/Hotels-Kassel.htm oder auf Anfrage.

Studiengang Sozialentwicklung

**Soziale Dreigliederung als Weg
zu Verständnis und Gestaltung
sozialer Prozesse**

Sozialqualifizierende berufsbegleitende
Ausbildung, Okt. 2006 bis Sept. 2008

Mit Udo Herrmannstorfer, Mag. Friedrich Platzer, Dr.
Michael Ross, Prof. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

Termine und Themen in der 1. Jahreshälfte 2007

Wochenendseminar, 19./20. Januar 2007:
Von der Organisation zum Organismus
(Gliederung, soziale Lebensprozesse und
Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar, 2./3. März 2007:
Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar, 27./28. April 2007:
Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und
in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar: 15./16. Juni 2007:
Soziale Wirkungen von Eigentum, Geld und Kapital

Weitere Infos unter www.sozialimpulse.de/studiengang.htm oder Prospekt anfordern. Dieser Studiengang kann nur als Ganzer besucht werden. Ein zweiter zweijähriger Durchgang ist für Herbst 2008 bis Herbst 2010 vorgesehen. Bei entsprechender Nachfrage kann ein solcher Durchgang auch bereits im Herbst 2007 beginnen.

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung - möglichst 2 - 3 Wochen vor Beginn - erleichtert uns die Organisation und verhindert, dass Veranstaltungen ausfallen müssen. Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 4306 0967. Bitte Name und Veranstaltung vermerken. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben können, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.

Anmeldung

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart,
Haußmannstraße 44a,
D-70188 Stuttgart
Fon: (+49) 0711-23 68 950,
Fax: (+49) 0711-23 60 218,
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
Internet: www.sozialimpulse.de